



**NLStBV**  
*Wir in Niedersachsen:  
mobil. regional. sicher!*

**Niedersächsische Landesbehörde  
für Straßenbau und Verkehr**

# Planfeststellungsbeschluss

**für die Entflechtung der 110-kV-Leitungen am  
Umspannwerk Helmstedt – Umbeseilung, Neubau  
und Rückbau**

---

Ein Vorhaben der Tennet TSO GmbH

05.06.2025

Az.: 4143-05020-266



**Niedersachsen**



## Inhaltsverzeichnis

1	VERFÜGENDER TEIL .....	5
1.1	Feststellung des Plans .....	5
1.2	Planunterlagen .....	5
1.2.1	Festgestellte Planunterlagen .....	5
1.2.2	Nachrichtliche Unterlagen, die keiner Planfeststellung bedürfen .....	6
1.3	Nebenbestimmungen .....	6
1.3.1	Allgemeine Nebenbestimmungen .....	7
1.3.2	Umwelt- und bodenkundliche Baubegleitung .....	7
1.3.3	Natur- und Landschaftsschutz / Artenschutz .....	7
1.3.4	Immissionsschutz .....	9
1.3.5	Bodenschutz und Abfall .....	9
1.3.6	Landwirtschaft .....	10
1.3.7	Wasserwirtschaft .....	11
1.3.8	Verkehr .....	11
1.3.9	Belange der Leitungsträger .....	11
1.3.9.1	Allgemeine Nebenbestimmungen zu den Belangen der Leitungsträger .....	11
1.3.9.2	Belange der Avacon Netz GmbH .....	12
1.3.9.3	Belange der Vodafone GmbH .....	13
1.3.9.4	Belange der Deutschen Telekom Technik GmbH .....	13
1.4	Vorbehalte .....	13
1.4.1	Allgemeiner Vorbehalt .....	13
1.4.2	Entscheidungsvorbehalt .....	13
1.4.3	Vorbehalt der Genehmigung des Bodenschutzkonzepts .....	14
1.4.4	Vorbehalt weiterer Kompensationsmaßnahmen .....	14
1.5	Eingeschlossene Erlaubnisse / öffentlich- rechtliche Genehmigungen .....	14
1.5.1	Naturschutzfachliche Genehmigung .....	14
1.5.2	Forstrechtliche Genehmigung .....	14
1.5.3	Verkehrsrechtliche Genehmigung .....	14
1.6	Entscheidung über Stellungnahmen und Einwendungen .....	15
1.7	Sofortige Vollziehbarkeit .....	15
1.8	Kostenentscheidung .....	15
2	BEGRÜNDENDER TEIL .....	16
2.1	Sachverhalt .....	16
2.1.1	Beschreibung des Vorhabens .....	16
2.1.2	Verfahrensablauf des Planfeststellungsverfahrens .....	17
2.2	Rechtliche Bewertung .....	18
2.2.1	Formalrechtliche Würdigung .....	18
2.2.1.1	Erfordernis eines Planfeststellungsverfahrens .....	18
2.2.1.2	Zuständigkeit .....	18
2.2.1.3	Ornungsgemäßer Ablauf des Planfeststellungsverfahrens .....	18
2.2.2	Umweltverträglichkeitsprüfung .....	19
2.2.3	Materiell-rechtliche Würdigung .....	21
2.2.3.1	Planrechtfertigung .....	21
2.2.3.2	Technische Sicherheit .....	22
2.2.3.3	Ziele und Grundsätze der Raumordnung .....	22



2.2.3.4	Variantenprüfung .....	23
2.2.3.5	Immissionen .....	25
2.2.3.5.1	Baubedingte Immissionen .....	25
2.2.3.5.2	Elektrische und magnetische Felder .....	26
2.2.3.5.3	Betriebsbedingte Schallimmissionen .....	27
2.2.3.6	Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege .....	27
2.2.3.6.1	Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung .....	28
2.2.3.6.1.1	Vermeidung .....	29
2.2.3.6.1.2	Eingriff .....	31
2.2.3.6.1.3	Ausgleich und Ersatz .....	33
2.2.3.6.1.4	Bilanzierung nach dem NWaldLG .....	35
2.2.3.6.2	Gebietsschutz .....	36
2.2.3.6.3	Gesetzlich geschützte Biotope .....	36
2.2.3.6.4	Artenschutz .....	37
2.2.3.6.4.1	Bestand .....	39
2.2.3.6.4.2	Beurteilung der Verbotstatbestände – Relevanzbetrachtung .....	40
2.2.3.6.4.3	Beurteilung der Verbotstatbestände – Artprüfung .....	45
2.2.3.6.4.3.1	Beurteilung der Verbotstatbestände – Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie	45
2.2.3.6.4.3.2	Beurteilung der Verbotstatbestände – Europäische Vogelarten .....	49
2.2.3.7	Bodenschutz und Kreislaufwirtschaft .....	53
2.2.3.8	Klimaschutz .....	54
2.2.3.9	Wald und Forstwirtschaft .....	56
2.2.3.10	Wasserrechtliche Belange .....	57
2.2.3.11	Kommunale Belange .....	57
2.2.3.12	Eigentum .....	59
2.2.3.13	Landwirtschaftliche Belange .....	60
2.2.3.14	Verkehr .....	61
2.2.3.14.1	Bauliche Anlagen an klassifizierten Straßen .....	61
2.2.3.14.2	Sondernutzungen .....	62
2.2.3.15	Sonstige Belange .....	62
2.2.3.16	Gesamtergebnis der Abwägung .....	62
2.3	Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange .....	63
2.3.1	Keine Anmerkungen/Hinweise/Bedenken .....	63
2.3.2	Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange .....	64
2.3.2.1	Vodafone Deutschland GmbH .....	64
2.3.2.2	Avacon Netz GmbH .....	64
2.3.2.3	Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr regionaler Geschäftsbereich Wolfenbüttel (NLStBV) .....	66
2.3.2.4	Stadt Helmstedt .....	67
2.3.2.5	Landwirtschaftskammer Niedersachsen .....	68
2.3.2.6	Deutsche Telekom GmbH .....	68
2.3.2.7	Bundesnetzagentur .....	69
2.3.2.8	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) .....	72
2.3.2.9	Landkreis Helmstedt .....	76
2.4	Begründung sofortige Vollziehbarkeit .....	77
2.5	Begründung Kostenentscheidung .....	77
3	RECHTSBEHELFSBELEHRUNG .....	77
4	HINWEISE ZUM PLANFESTSTELLUNGSBESCHLUSS .....	78
4.1	Entschädigungsverfahren .....	78
4.2	Bodenfunde .....	78



4.3	Hinweise zur Zugänglichmachung .....	79
4.4	Bekanntgabefiktion .....	79
4.5	Außerkräfttreten.....	79
4.6	Berichtigungen.....	79
ANLAGE FUNDSTELLENNACHWEIS UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....		80



# 1 Verfügender Teil

## 1.1 Feststellung des Plans

Der Plan der TenneT - nachfolgend Vorhabenträgerin genannt - für die Änderungen und den Betrieb der 110-kV-Hochspannungsfreileitungen LH-10-1824, LH-10-1869, LH-10-1850 sowie den teilweisen Rückbau der LH-10-1868 auf dem Gebiet der Stadt Helmstedt wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen festgestellt.

Das Vorhaben ist nach Maßgabe der unter Ziffer 1.2 aufgeführten Planunterlagen auszuführen, soweit sich aus den Nebenbestimmungen und Auflagen sowie der Begründung zu diesem Beschluss nicht etwas anderes ergibt. Die im Planfeststellungsbeschluss unter 1.3 aufgeführten Nebenbestimmungen gehen jeder zeichnerischen oder schriftlichen Darstellung in den festgestellten Planunterlagen vor.

## 1.2 Planunterlagen

Dem Planfeststellungsbeschluss liegen folgende Unterlagen zugrunde:

### 1.2.1 Festgestellte Planunterlagen

Der festgestellte Plan besteht aus folgenden Unterlagen:

Anlage Nr.	Bezeichnung der Unterlage	Maßstab	Blatt / Seiten
2	Übersichtsplan vom 16.08.2024	1:25.000	1
3	Mastliste vom 16.08.2024		2
5	Lage- und Rechtserwerbspläne vom 16.08.2024		2
7.1	Bauwerksverzeichnis vom 16.08.2024		4
8	Rechtserwerbsverzeichnis vom 16.08.2024		3
12.2	Landschaftspflegerischer Begleitplan – Übersichtskarte vom 21.06.2024	1:17.500 1:500.000	1
12.3	Landschaftspflegerischer Begleitplan – Bestands-, Konflikt- und Maßnahmenplan vom 21.06.2024 und 28.06.2024	1:5.000 1:500.000	10
12.4	Landschaftspflegerischer Begleitplan – Maßnahmenblätter vom 08.08.2024		29

Die festgestellten Unterlagen sind im Original, das jeweils der Planfeststellungsbehörde und der Vorhabenträgerin vorliegt, mit dem Dienstsiegel Nr. 68 der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gekennzeichnet. Die Folgeseiten einer mehrseitigen Unterlage sind durch Stanzung gekennzeichnet. Unterlagen ohne



Siegelaufdruck gehören nicht zum festgestellten Plan. Sie sind den festgestellten Unterlagen nachrichtlich beigelegt.

### 1.2.2 Nachrichtliche Unterlagen, die keiner Planfeststellung bedürfen

Die nachstehend aufgeführten Unterlagen sind Anlagen des Planfeststellungsbeschlusses:

Anlage Nr.	Bezeichnung der Unterlage	Maßstab	Blatt / Seiten
1	Erläuterungsbericht vom 16.08.2024		56
4	Mastprinzipzeichnungen vom 16.08.2024		5
6	Profilpläne vom 16.08.2024	1:2.000 / 1:200	11
7.2	Kreuzungsverzeichnis vom 16.08.2024		4
10	Vorhabenbeschreibung für die umweltfachlichen Gutachten vom 16.08.2024		9
11	Unterlage zur UVP-Vorprüfung vom 16.08.2024		19
12.1	Landschaftspflegerischer Begleitplan – Bericht vom 16.08.2024		71
13	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag vom 16.08.2024		117
14	Kartierbericht – Vorwort vom 16.08.2024		3
14.1	Kartierbericht 2020/21 Leistungserhöhung 380 kV-Leitung Wolmirstedt – Helmstedt/Ost – Wahle, BBPIG Nr. 10, Regelzonengrenze – Wahle (Abschnitt B) Faunistische und vegetationskundliche Untersuchungen – Bericht von August 2023		196
14.2	Kartierbericht 2024 – Faunistische Untersuchungen 2024 Reptilien-Erfassung		7
14.3	Kartierbericht 2022 – Umspannwerk Helmstedt/Ost Gebäudekontrolle (Fledermäuse)		3
15	Forstrechtliche Unterlage vom 16.08.2024		12

### 1.3 Nebenbestimmungen

Der Plan wird entsprechend der vorstehenden Unterlagen festgestellt, soweit sich aus diesem Beschluss, insbesondere der nachfolgenden Nebenbestimmungen, nichts anderes ergibt.

### **1.3.1 Allgemeine Nebenbestimmungen**

1. Die Fertigstellung der Maßnahmen an den Leitungen ist der Planfeststellungsbehörde innerhalb von drei Monaten nach Abschluss der Bauarbeiten anzuzeigen. Die Inbetriebnahme der Leitung ist der Planfeststellungsbehörde innerhalb von drei Monaten nach Inbetriebnahme anzuzeigen.
2. Soweit im Nachfolgenden keine weitergehenden Anforderungen geregelt sind, sind bei der Durchführung des planfestgestellten Vorhabens die allgemein anerkannten Regeln der Technik (§ 49 Abs. 1 EnWG) zu beachten und die im Bauwesen erforderliche Sorgfalt anzuwenden.
3. Die Vorhabenträgerin hat die Kosten, die aus der Erfüllung der im Planfeststellungsbeschluss genannten Auflagen und Nebenbestimmungen entstehen, vollständig zu tragen. Das gilt nicht, wenn eine Kostentragungspflicht gesetzlich geregelt ist oder sich die Kostentragung nach bestehenden Verträgen zwischen der Vorhabenträgerin und Dritten richtet.

### **1.3.2 Umwelt- und bodenkundliche Baubegleitung**

1. Zur Überwachung und Einhaltung der Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen ist eine ökologische und bodenkundliche Baubegleitung (UBB/BBB) einzusetzen, deren jeweilige fundierte Qualifikation gegenüber der Planfeststellungsbehörde und der UNB, der UWB und UBB des Landkreises Helmstedt nachzuweisen sind.
2. Die UBB/BBB hat ihre Aufgaben in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich entsprechend dem Maßnahmenblatt V0 zu erfüllen.

Darüber hinaus hat die UBB/BBB folgende zusätzliche Aufgaben:

- Erstellung eines Bodenschutzkonzeptes nach DIN 19639
- und Überwachung der Einhaltung desselben
- Bodenkundliche Beweissicherung vor Baubeginn

### **1.3.3 Natur- und Landschaftsschutz / Artenschutz**

1. Die Maßnahmenblätter des Landschaftspflegerischen Begleitplans (Unterlage 12.4) sowie die Plananlagen (Unterlage 12.3: Bestands-, Konflikt- und Maßnahmenplan) des Landschaftspflegerischen Begleitplans werden als Bestandteil der Planfeststellungsunterlagen mit dem Planfeststellungsbeschluss verbindlich. Alle darin aufgeführten Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen betreffend aller dort genannten Schutzgüter sind umzusetzen.

2. Einzelbäume und Gehölze sind während der Bauvorbereitungen und Bauphase dauerhaft vor Beeinträchtigungen zu schützen. Grundsätzlich einzuhalten sind die Bestimmungen nach DIN 18920, RAS-LP4 und ZTV-Baumpflege. Insbesondere Einzelbäume angrenzend an Zuwegungen, Arbeitsflächen oder Lagerflächen sind für die Dauer der Bauarbeiten im Bereich der Kronentraufe durch einen Zaun (Höhe 1,80 m) zu schützen. Ist dies aus technischen Gründen innerhalb des Baufeldes nicht möglich, sind die Baumstämme mittels eines Stammschutzes (Höhe 1,80 m) abzusichern. Dies ist nur dann zulässig, wenn sich der Kronenbereich unmittelbar und unausweichlich im Bereich der Bauarbeiten oder Zuwegungen befindet. Ist ein Befahren im Wurzelbereich nicht zu vermeiden, ist dieser gemäß RAS-LP 4 gegen Bodenverdichtung mit Baggermatten oder Stahlplatten gegen Bodenverdichtung zu schützen. Im Wurzelbereich der Bäume dürfen keine Baumaschinen aufgestellt und Treibstoffe, Baumaterialien oder Materialien wie bspw. Vergussmasse, Öle, Farben, Chemikalien, Zementreste gelagert oder ausgeschüttet werden. Bodenabtrag und Bodenauftrag im Wurzelbereich der Bäume außerhalb der Trasse sind nicht zulässig. Eine Unterhöhlung des Wurzelbereiches ist zu vermeiden, um ein späteres Absterben und die Gefährdung der Standsicherheit zu vermeiden. Schäden sind unverzüglich durch eine nachweislich fachkundige Person baumpflegerisch zu behandeln. Baumausfälle, die trotz entsprechender Vorsicht eintreten, sind unmittelbar nach Abschluss der Bautätigkeit zu ersetzen. Die Einhaltung dieser Maßnahmen sind von der UBB zu überwachen und zu dokumentieren.
3. Bei den Maßnahmen A1 und A2 ist eine zertifizierte Regio-Saatgutmischung aus dem Ursprungsgebiet 5 (UG5) zu verwenden.
4. Auf den Sukzessionsflächen, die innerhalb des Schutzstreifens einer Aufwuchsbeschränkung unterliegen, ist von Beginn an darauf hinzuwirken, dass vorrangig Gehölze gefördert werden, die die Aufwuchsbeschränkung natürlicherweise einhalten.
5. Die Vorhabenträgerin hat der Planfeststellungsbehörde nach Abschluss aller Vermeidungsmaßnahmen sowie nach Herstellung der festgesetzten Kompensationsmaßnahmen einschließlich der erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen einen mit Fotografien belegten Bericht vorzulegen, der unter Bezugnahme auf die diesem Beschluss zugrunde liegenden Planunterlagen die einzelnen Maßnahmen, deren Fertigstellung, Unterhaltung sowie die Maßnahmen zu ihrer zeitlichen Sicherung detailliert, inklusive der Zeitpunkte der Herstellung, darstellt.
6. Der Vorhabenträgerin wird aufgegeben durch geeignete Überwachungsmaßnahmen sicherzustellen, dass das genehmigte Vorhaben im Einklang mit den umweltbezogenen Bestimmungen des Planfeststellungsbeschlusses durchgeführt wird. Die Überwachungspflicht erstreckt sich insbesondere auf die umweltbezogenen Merkmale des Vorhabens, den Standort des Vorhabens, auf Maßnahmen, mit denen erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen ausgeschlossen, vermindert oder ausgeglichen werden sollen.



### 1.3.4 Immissionsschutz

Für den Baustellenbetrieb sind die einschlägigen immissionsschutzrechtlichen Regelungen über nicht genehmigungsbedürftige Anlagen und den Einsatz von Maschinen gemäß § 3 der 32. BImSchV zu beachten. Insbesondere sind in der näheren Umgebung der Baustelle die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm (AVV-Baulärm) unter Ziffer 3.1.1 vorgegebenen Immissionsrichtwerte einzuhalten. Es ist sicherzustellen, dass bei den Bauarbeiten die entsprechenden Schutzvorschriften nach der AVV-Baulärm eingehalten werden. Lärmimmissionen sind so weit wie möglich zu vermeiden.

### 1.3.5 Bodenschutz und Abfall

1. Die von der Vorhabenträgerin beauftragten Firmen sind anzuweisen, bodenschonend zu arbeiten. Die Arbeiten sind nur bei geeigneten Boden- und Bodenwasserverhältnissen durchzuführen. Dies ist durch die bodenkundliche Baubegleitung sicherzustellen. Negative stoffliche oder bodenphysikalische Bodenveränderungen sind zu vermeiden. Die Belange des Bodenschutzes nach BBodSchG sind zu berücksichtigen.
2. Der Planfeststellungsbehörde und der unteren Bodenschutzbehörde ist mindestens vier Wochen vor Beginn der Maßnahme ein Bodenschutzkonzept, das durch die bodenkundliche Baubegleitung erstellt worden ist, vorzulegen. Das Bodenschutzkonzept ist in Anlehnung an die DIN 19639 (Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauarbeiten) zu erstellen. Im Rahmen der Bautätigkeiten sind des Weiteren insbesondere folgende Normen zu beachten: Bodenbeschaffenheit - Verwertung von Bodenmaterial und Baggergut (DIN 19731) und Vegetationstechnik im Landschaftsbau – Bodenarbeiten (DIN 18915).
3. Bei allen Arbeiten sind die zum Bodenschutz entwickelten Maßnahmen V 5 und V 6 zu beachten. Bodenverdichtungen sind so weit wie möglich zu vermeiden. Auf verdichtungsempfindliche Böden sind während der Bauphase Fahrplatten oder Baggermatten auszulegen (V 5), um den Druck auf den Boden zu verteilen. Um Strukturschäden zu vermeiden, ist die Witterung und der Feuchtegehalt im Boden zu beachten. Sollte es zu Verdichtungen der Böden kommen, dann sind die betroffenen Flächen zu rekultivieren (V6). Nach Beendigung der Bauarbeiten ist der Boden wieder aufzulockern und ggf. eingetretene Schäden sind fachgerecht zu beseitigen.
4. Beim Rückbau und der Demontage der Stahlmastkonstruktionen ist sicherzustellen, dass keine Bodenbeeinträchtigungen auftreten. Das Aushubmaterial ist auf stoffliche Verunreinigungen zu überprüfen. Sollte belasteter Bodenaushub festgestellt werden, ist die untere Bodenschutzbehörde zu informieren und die fachgerechte Entsorgung mit dieser abzustimmen.
5. Die bei der Demontage der Mastfundamente entstehenden Gruben sind mit geeignetem und ortsüblichem Boden entsprechend der vorgefundenen Bodenschichten wieder zu verfüllen. Bei der Wiederverfüllung sind Setzungsprozesse zu berücksichtigen. Ggf. ist

eine Nachverfüllung nach Setzung notwendig. Die DIN 18300 (Erdarbeiten), DIN 18915 (Bodenarbeiten) und DIN 19731 (Verwertung von Bodenmaterial) sind zu beachten.

6. Der im Zuge der Mastgründungen anfallende Oberboden ist ortsnah, schichtgetreu, in möglichst kurzer Dauer und entsprechend vor Witterung geschützt zu lagern und vorrangig zum Verfüllen der Maststandorte zu verwenden.
7. Auf den Mastbaustellen sind bei der Beschichtung von Mastelementen mit Korrosionsschutz geeignete Vorkehrungen zu ergreifen (z.B. Abdeckungen durch Vlies) um eine Verunreinigung des Mastumfeldes zu vermeiden. Aus bodenschutzrechtlichen Gründen sind zum Schutz gegen Korrosion ausschließlich Anstriche mit schwermetallfreien und lösungsmittelfreien Beschichtungen aufzubringen.
8. Das demontierte Material ist ordnungsgemäß zu entsorgen oder einer Weiterverwendung zuzuführen. Sofern teerölimprägnierte Schwellenfundamente vorgefunden werden, ist eine mögliche Verunreinigung mit grundwassergefährdenden Stoffen zu beachten und belastetes Bodenmaterial entsprechend zu entsorgen. Hierbei ist der Leitfaden des LGLN („Geofakten 33, Teerölimprägnierte Schwellenfundamente“) zu beachten.

### **1.3.6 Landwirtschaft**

1. Durch die Vorbereitung und/oder Durchführung der Baumaßnahmen entstehende Schäden an Grundstücken und Anlagen sind wieder zu beseitigen. Der ursprüngliche Zustand der Grundstücke bzw. Anlagen ist in Abstimmung mit den entsprechenden Eigentümern bzw. Nutzern wiederherzustellen.
2. Die vorübergehend für temporäre Zuwegungen, Baustelleneinrichtungsflächen, Wege, u.a. in Anspruch genommenen Flächen sind unverzüglich nach Beendigung der Maßnahme in den ursprünglichen Zustand zurück zu versetzen. Eine Abweichung von dieser Regelung ist im Einvernehmen mit dem Eigentümer zulässig.
3. Während der Durchführung der Baumaßnahme sind die Beeinträchtigungen der angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen in der Bewirtschaftung auf ein Minimum zu reduzieren. Die Vorhabenträgerin hat dafür Sorge zu tragen, dass die beauftragten Baufirmen soweit wie möglich auf die betrieblichen Abläufe der Bewirtschafter der betroffenen Flächen Rücksicht nehmen.
4. Die Benutzung landwirtschaftlicher Wege ist sowohl in räumlicher als auch in zeitlicher Hinsicht auf ein Mindestmaß zu beschränken.
5. Die Vorhabenträgerin hat zu gewährleisten, dass bei Durchführung der Baumaßnahmen vorhandene landwirtschaftliche Drainagen nicht beeinträchtigt werden. Ggfs. ist die Funktionsfähigkeit der Drainage für die Dauer der Baumaßnahme auf andere Weise sicherzustellen.
6. Die Fundamente der bestehenden und rückzubauenden Masten der 110-kV-Leitungen LH-10-1824, LH-10-1850 und LH-10-1868 sind an den Maststandorten ohne

anschließende Neugründung bis 1,50 m unterhalb der Erdoberkante zu entfernen. Oberhalb der verbleibenden Fundamente ist das Gelände mit ortsüblichem geeignetem Boden entsprechend den vorgefundenen Bodenschichten wiederherzustellen.

### **1.3.7 Wasserwirtschaft**

Sofern sich im Zuge der weiteren Planung ergeben sollte, dass eine Wasserhaltung erforderlich wird, hat die Vorhabenträgerin die Bauausführungsunterlagen zur Grundwasserhaltung sowie die diesbezüglichen Berechnungen und Abschätzungen vor Baubeginn zu erstellen und die entsprechende Erlaubnis bei der zuständigen Behörde einzuholen.

### **1.3.8 Verkehr**

1. Rechtzeitig vor Baubeginn hat die Vorhabenträgerin in Abstimmung mit den jeweiligen Eigentümern, Nutzern, Unterhaltungspflichtigen oder dem Straßenbaulastträger den Zustand der betroffenen öffentlichen und privaten Straßen und Wege zum Zweck der Beweissicherung festzuhalten. Die betroffenen Straßen und Wege sind von der Vorhabenträgerin auf deren Kosten nach Durchführung der Baumaßnahme wieder in den Zustand zu versetzen, der im Zuge der Beweissicherung festgehalten worden ist.
2. Für das Befahren von gewichtsbeschränkten Straßen des öffentlichen Straßen- und Wegenetzes ist, wenn erforderlich, eine entsprechende Ausnahmegenehmigung vor Bauausführung bei dem zuständigen Straßenbaulastträger zu beantragen.
3. Temporäre Zuwegungen sind nach Ende der Baumaßnahme unverzüglich zurückzubauen.
4. Während der Bautätigkeiten sind Verschmutzungen befestigter Fahrbahnen durch geeignete Maßnahmen nach Möglichkeit auszuschließen.
5. Sollten bauliche Änderungen der Landes- oder Bundesstraßen oder die Zufahrt zur Baustelle über die freie Strecke an der B244 erforderlich werden, so ist die Zustimmung des Fachbereichs 1 der NLStBV rGB Wolfenbüttel einzuholen. Entsprechende Nutzungsverträge über die Sondernutzung sind abzuschließen.

### **1.3.9 Belange der Leitungsträger**

#### **1.3.9.1 Allgemeine Nebenbestimmungen zu den Belangen der Leitungsträger**

Rechtzeitig vor Baubeginn hat die Vorhabenträgerin oder die beauftragten Leitungsbaufirmen Kontakt mit den vom Vorhaben betroffenen Leitungsbetreibern aufzunehmen und die einzelnen Baumaßnahmen im Detail abzustimmen.

### **1.3.9.2 Belange der Avacon Netz GmbH**

Im Hinblick auf Sicherheitsabstände ist die DIN EN 50341-1 (VDE 0210-1) einzuhalten. Arbeiten und geplante Bebauungen innerhalb der Leitungsschutzbereiche sind im Detail mit der Avacon Netz GmbH abzustimmen.

Innerhalb der Leitungsschutzbereiche sind die zulässigen Arbeits- und Bauhöhen begrenzt: Der spannungsabhängige Sicherheitsabstand der 110-kV-Hochspannungsfreileitungen (Abstand bei Arbeiten in der Nähe unter Spannung stehender Teile) beträgt 5,00 m. Der Sicherheitsabstand zu den Leiterseilen ist jederzeit, auch bei Witterungseinflüssen wie Wind, einzuhalten und darf nicht unterschritten werden. Vor Planungsabschluss sind der Avacon Netz GmbH alle Kreuzungsunterlagen in dreifacher Ausführung zur Prüfung zu übergeben.

Eine unmittelbare Überspannung von Freileitungsmasten durch direkte Überspannungen und/oder Überbauungen, die den Betrieb der Hochspannungsmasten und ggf. notwendige Arbeiten am Mast einschränken oder verhindern würden, ist nicht zulässig.

Sollte im Zuge der Planungen seitens der Vorhabenträgerin die Erforderlichkeit einer direkten Überspannung oder Überbauung eines oder mehrerer Hochspannungsmasten der Avacon Netz GmbH erkennbar werden, sind rechtzeitig Maßnahmen zur Vermeidung mit der Übertragungsnetzbetreiberin zu vereinbaren.

Bei Änderungen (Teilungen oder Zusammenlegungen) von Flurstücken im Leitungsschutzbereich der 110-kV-Leitungen der Avacon GmbH sind alle Rechte des alten Bestandes auf den neuen Bestand zu übernehmen und neue Dienstbarkeiten einzutragen.

Im Radius von 10,00 m um sichtbare Mastfundamente sind jegliche Maßnahmen untersagt. Die Maststandorte der Hochspannungsfreileitungen müssen für Unterhaltungsmaßnahmen zu jeder Zeit, auch mit schwerem Gerät wie z.B. Lastkraftwagen oder Kran, zugänglich sein.

Zur Oberfläche neu geplanter Straßen und Verkehrswege müssen die Sicherheitsabstände, gemäß DIN EN 50341-1, im Freileitungsbereich gewährleistet sein. Bäume mit einer großen Endwuchshöhe dürfen innerhalb der Leitungsschutzbereiche nicht angepflanzt werden.

Bei Fernmeldeleitungen ist ein Schutzbereich von 3,00 m, d. h. 1,50 m zu jeder Seite der jeweiligen Leitungsachse zu beachten. Über sowie unter einer betroffenen Fernmeldeleitung wird ein Schutzbereich von jeweils 1,00 m benötigt. Innerhalb des Leitungsschutzstreifens von Fernmeldeleitungen dürfen ohne vorherige Abstimmung mit der Avacon Netz GmbH über dem vorhandenen Geländeniveau nichts aufgeschüttet oder abgestellt werden. Es dürfen keine Abgrabungen oder Erdarbeiten vorgenommen und keine Pfähle und Pfosten eingebracht werden. Maßnahmen, die den Bestand oder den Betrieb von Fernmeldeleitungen beeinträchtigen oder gefährden könnten, sind innerhalb des Leitungsschutzstreifens nicht gestattet. Die Versorgungssicherheit müssen ohne Einschränkungen in ihrem Bestand und Betrieb gewährleistet werden.

Sollte es durch die Maßnahme der Vorhabenträgerin zu Leitungskreuzungen mit Fernmeldeleitungen der Avacon Netz GmbH kommen, so sind gegenseitige Beeinträchtigungen auszuschließen. Hierfür ist ein Gutachten zu erstellen das nachweisen muss, dass gegenseitige Beeinträchtigungen ausgeschlossen sind. Leitungskreuzungen sind 1,00 m unter betroffenen Fernmeldeleitungen vorzunehmen.

Ferner dürfen innerhalb von Leitungsschutzbereichen betroffener Fernmeldeleitungen keine tiefwurzelnden Bäume und Sträucher angepflanzt werden. Erdarbeiten innerhalb von Leitungsschutzbereichen dürfen nur in vorsichtiger Handschachtung und nur nach Einweisung durch unseren Mitarbeiter ausgeführt werden. Entsprechende Absprachen sind drei Wochen vor Beginn der Maßnahme mit der Einsatzplanung der Avacon Netz GmbH abzustimmen.

#### **1.3.9.3 Belange der Vodafone GmbH**

Die Anlagen der Vodafone GmbH sind im Zuge der Bauausführung zu schützen und zu sichern und dürfen nicht überbaut werden. Die vorhandene Überdeckung darf nicht verringert werden.

Sollte eine Umverlegung der Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, hat die Vorhabenträgerin dies mindestens drei Monate vor Baubeginn bei der Vodafone Deutschland GmbH zu beantragen und deren Zustimmung einzuholen.

#### **1.3.9.4 Belange der Deutschen Telekom Technik GmbH**

1. Der Bestand und der Betrieb der vorhandenen Telekommunikationslinien müssen gewährleistet bleiben.
2. Die Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH sind bei den Bauarbeiten erforderlichenfalls zu schützen.
3. Sofern Umverlegungen oder Freilegungen der Anlagen der Telekom erforderlich werden, ist mit der Telekom ein Bauzeitenablaufplan abzustimmen.

### **1.4 Vorbehalte**

#### **1.4.1 Allgemeiner Vorbehalt**

Änderungen und Ergänzungen dieses Beschlusses, die aus rechtlichen, versorgungstechnischen oder bautechnischen Gründen erforderlich sind, bleiben vorbehalten; § 76 VwVfG bleibt hiervon unberührt.

#### **1.4.2 Entscheidungsvorbehalt**

Dieser Planfeststellungsbeschluss enthält eine Reihe von Abstimmungserfordernissen zwischen der Vorhabenträgerin und einzelnen Fachbehörden bzw. Versorgungsträgern über Details der Baudurchführung bzw. -tätigkeit. Die Planfeststellungsbehörde geht davon aus, dass diese Abstimmungen einvernehmlich erfolgen. Sofern im Einzelfall ein solches Einvernehmen nicht erzielbar ist, entscheidet die Planfeststellungsbehörde auf Antrag eines Beteiligten. Eine entsprechende Entscheidung bleibt vorbehalten.

### **1.4.3 Vorbehalt der Vorlage des Bodenschutzkonzepts**

Dieser Beschluss ergeht vorbehaltlich der Vorlage des Bodenschutzkonzepts. Dieses ist der Unteren Bodenschutzbehörde des Landkreises Helmstedt und der Planfeststellungsbehörde spätestens einen Monat vor Baubeginn vorzulegen. Die Planfeststellungsbehörde behält sich die Anordnung weitergehender Nebenbestimmung vor.

### **1.4.4 Vorbehalt weiterer Kompensationsmaßnahmen**

Gemäß § 36 Abs. 2 Nr. 5 VwVfG wird vorbehalten, über die durch Plan oder Auflagen festgestellten Kompensationsmaßnahmen hinaus, weitere Kompensationsmaßnahmen zu fordern, wenn dies erforderlich wird, weil die Bauausführungsplanung zu stärkeren Eingriffen in Natur und Landschaft führt.

## **1.5 Eingeschlossene Erlaubnisse / öffentlich- rechtliche Genehmigungen**

Neben der Planfeststellung sind auf Grund der Konzentrationswirkung nach § 75 Abs. 1 S. 1 VwVfG keine weiteren Entscheidungen anderer Behörden erforderlich.

Es ist nicht erforderlich, dass alle durch den Planfeststellungsbeschluss ersetzten Entscheidungen aufgelistet werden. Ungeachtet dessen, werden nachfolgend die wichtigsten Entscheidungen anderer Behörden genannt.

### **1.5.1 Naturschutzfachliche Genehmigung**

Die Planfeststellungsbehörde erteilt eine Ausnahme nach § 30 Abs. 3 BNatSchG für die Überplanung der gem. § 30 BNatSchG gesetzlich geschützten Biotope.

### **1.5.2 Forstrechtliche Genehmigung**

Die Planfeststellungsbehörde erteilt die Genehmigung zur Umwandlung von Wald gem. § 8 Abs. 1 NWaldLG. Der Umfang der Waldumwandlung sowie der erforderlichen Erstaufforstung ergibt sich aus 2.2.3.9 dieses Beschlusses. Die Genehmigung der Waldumwandlung erfolgt unter der Auflage einer Ersatzaufforstung im Umfang von 889 m<sup>2</sup> (§ 8 Abs. 4 NWaldLG).

### **1.5.3 Verkehrsrechtliche Genehmigung**

1. Das zur Errichtung des planfestgestellten Vorhabens gemäß den Lageplänen (Unterlage 5) in Anspruch genommene öffentliche Straßen- und Wegenetz darf, soweit und solange es für die Realisierung des Vorhabens erforderlich ist, durch Baufahrzeuge auch insoweit in Anspruch genommen werden, als diese Benutzung über den Gemeingebrauch hinausgeht. Die Sondernutzung ist auf den Zeitraum der Baumaßnahme einschließlich den vorgesehenen Rückbaumaßnahmen an den 110-kV-Leitungen LH-10-1824, LH-10-1869, LH-10-1868 und LH-10-1850 beschränkt. Verlängerungen sind bei der zuständigen Behörde zu beantragen, sofern eine Verlängerung erforderlich ist. Einer Beeinträchtigung der Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs ist entgegenzuwirken. Bei der Belieferung der Baustellen sind die Bauklassen der Straßen zu beachten.



2. Es wird die Genehmigung für die Errichtung eines Schutzgerüstes an der Kreisstraße 63 innerhalb der Bauverbotszone gem. § 24 Abs. 7 i.V.m. Abs. 1 NStrG erteilt.

### **1.6 Entscheidung über Stellungnahmen und Einwendungen**

Die im Anhörungsverfahren erhobenen Einwendungen und Stellungnahmen werden zurückgewiesen, soweit sie nicht durch entsprechende Planänderungen, Nebenbestimmungen, Vorbehalte, Hinweise oder Zusagen der Vorhabenträgerin berücksichtigt worden sind oder sich nicht im Laufe des Anhörungsverfahrens auf andere Art und Weise erledigt haben.

Soweit von den Verfahrensbeteiligten Einwendungen und Forderungen grundsätzlicher Art gegen den Plan und das Vorhaben erhoben worden sind, werden diese aus den, sich aus Abschnitt 2.2 des Beschlusses ergebenden Gründen zurückgewiesen und für unbegründet erachtet.

### **1.7 Sofortige Vollziehbarkeit**

Dieser Beschluss ist sofort vollziehbar.

### **1.8 Kostenentscheidung**

Die Antragstellerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Entscheidung über die Höhe der Kosten ergeht durch einen gesonderten Bescheid.



## **2 Begründender Teil**

### **2.1 Sachverhalt**

#### **2.1.1 Beschreibung des Vorhabens**

Gegenstand des Antrags der Tennet TSO GmbH ist die Neuordnung der 110 kV-Leitungen im Bereich der Umspannwerke (UW) im Bereich Helmstedt. Die vorliegende Planung umfasst die Entflechtung und Neuordnung der Leitungen zwischen dem Umspannwerk (UW) der TenneT und dem UW Helmstedt der Avacon und eine Anpassung der LH-10-1824 nördlich des UWs der TenneT. Insgesamt werden 5 Masten neu-/ bzw. umgebaut und 7 Masten rückgebaut. Zudem findet zum Teil eine Umbeseilung statt.

##### 110-kV-Leitung Helmstedt-Hattorf (LH-10-1824)

Die 110-kV-Leitung Helmstedt-Hattorf (LH-10-1824) beginnt nördlich des UW der Avacon. Derzeit verläuft sie Bestand zwischen den Masten M3 und M4 mittels Baueinsatzkabel, um eine Umspannwerkserweiterung des UW TenneT Richtung Osten zu ermöglichen. Um hier dauerhaft Platz zu schaffen und die Anlagensicherheit zu gewährleisten, wird das Baueinsatzkabel durch eine Freileitung ersetzt. Hierfür werden die Masten M4 und M5 zurückgebaut und durch die Masten M1N bis M5N ersetzt. Bis zum Bestandsmast M6 ist eine Umbeseilung erforderlich.

Im Zuge der Baumaßnahme an der Leitung LH-10-1824 ist zwischen den Masten M4/M4N und M6 die Errichtung eines Freileitungsprovisoriums erforderlich, um die Versorgungssicherheit während der Baumaßnahme sicherzustellen. Alternativ kann der bestehende Mast der Leitung LH-10-1824 mit einem Mobilkran abgenommen und versetzt aufgestellt werden, wobei auf die Errichtung eines Fundaments verzichtet wird und die Standfestigkeit durch Abspannseile gewährleistet wird. Der versetzte Mast wird nach Abschluss der Maßnahme wieder zurückgebaut.

##### 110-kV-Trafoverbindungsleitung (LH-10-1869) und 110-kV-Leitung Helmstedt/BKB – Moritzburg (LH-10-1850)

Aktuell überkreuzen sich die Leitungen 110-kV-Trafoverbindungsleitung (LH-10-1869) und die 110-kV-Leitung Helmstedt/BKB – Moritzburg (LH-10-1850) und nutzen teilweise dasselbe Mastgestänge, was bei Wartungsarbeiten und in Störungsfällen Mehraufwand mit sich bringt. Für die LH-10-1869 kann eine direktere Führung zum Umspannwerk vom vorhandenen Maststandort 2 zum UW Avacon erfolgen. Um die Einschleifung der Neubauleitung LH-10-3048 und die Erweiterung des UW TenneT zu ermöglichen, wird die LH-10-1850 umverlegt. Die LH-10-1850 wird direkt vom Maststandort 3 über ein Provisorium zum UW Avacon geführt. Die Masten M1-M3 werden zurückgebaut. Der endgültige Verlauf der LH-10-1850 ist nicht Gegenstand des vorliegenden Verfahrens.

##### 110-kV-Leitung LH-10-1868

Daneben wird die 110-kV-Leitung LH-10-1868 bis auf den Maststandort 1 zurückgebaut. Dieser Maststandort 1 kann zukünftig für die o.g. LH-10-1850 nachgenutzt werden. Im Übrigen



wird die LH-10-1868 aufgrund einer ebenfalls geplanten Realisierung einer 380-kV-Neubauleitung nicht mehr benötigt und kann rückgebaut werden.

### **2.1.2 Verfahrensablauf des Planfeststellungsverfahrens**

Die TenneT TSO GmbH beantragte am 28.08.2024 die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens und reichte hierzu den Plan bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) als Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde ein.

Die durchgeführte Vorprüfung zur Umweltverträglichkeit ergab, dass keine Umweltverträglichkeitsprüfung im weiteren Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden musste.

Am 04. September 2024 wurden die Planunterlagen den Auslegungsgemeinden übersandt und das Anhörungsverfahren damit eingeleitet. Die Auslegung der Planunterlagen erfolgte durch Veröffentlichung im Internet. Die Planunterlagen wurden zur allgemeinen Ansicht auf der Internetseite der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, sowie auf den Internetseiten der Auslegungsgemeinden, namentlich Stadt Helmstedt und Stadt Königslutter am Elm, veröffentlicht. Die Einsichtnahme der Planunterlagen in elektronischer Form erfolgte im Zeitraum vom 27. September 2024 bis einschließlich zum 28. Oktober 2024. Zudem hätte die Möglichkeit bestanden, während des Auslegungszeitraums bei der Planfeststellungsbehörde nach einer alternativen, leicht zugänglichen Zugangsmöglichkeit in Form eines USB-Sticks zu verlangen. Die nicht ortsansässigen Betroffenen wurden über die Auslegung benachrichtigt. Die Einwendungsfrist endete am 11. November 2024. 30 Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch das Vorhaben potentiell berührt werden, wurden am 20. September 2024 die Planunterlagen mit der Aufforderung übersandt, bis zum 11. November 2024 zu dem Vorhaben Stellung zu nehmen. Drei zusätzliche Träger öffentlicher Belange wurden nachträglich beteiligt. Einem von Ihnen wurden die Planunterlagen am 23. Oktober 2024 mit Stellungnahmefrist zum 25. November 2024 übersandt. Den anderen beiden Träger öffentlicher Belange wurden die Planunterlagen am 11. Februar 2025 mit Stellungnahmefrist bis zum 25. Februar 2025 übersandt.

Insgesamt gingen Stellungnahmen von 15 Trägern öffentlicher Belange ein. Von Seiten Privater wurden keine Einwendungen erhoben.

Da keine Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben worden sind, wurde mit Schreiben vom 03. April 2025 den Träger öffentlicher Belange die Nichtdurchführung des Erörterungstermins bekanntgegeben. Bis zum 17. April 2025 wurde den Träger öffentlicher Belange eine Rückäußerungsfrist gewährt. Es erfolgte keine Rückmeldung.

Mit einem Träger öffentlicher Belange erfolgte am 06. Mai 2025 ein Behördengespräch unter Beteiligung der Vorhabenträgerin sowie der Planfeststellungsbehörde.

## **2.2 Rechtliche Bewertung**

### **2.2.1 Formalrechtliche Würdigung**

#### **2.2.1.1 Erfordernis eines Planfeststellungsverfahrens**

Die Errichtung und der Betrieb sowie die Änderung von Hochspannungsfreileitungen mit einer Nennspannung von 110 Kilovolt oder mehr, bedürfen nach § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EnWG der Planfeststellung durch die nach Landesrecht zuständige Behörde. Für das Planfeststellungsverfahren gelten die §§ 72 bis 78 VwVfG nach Maßgabe der §§ 43a bis 43m EnWG.

#### **2.2.1.2 Zuständigkeit**

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) ist gem. § 1 Abs. 1 i.V.m. Nr. 11.1.1 der Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten des Arbeitsschutz-, Immissionsschutz-, Sprengstoff-, Gentechnik- und Strahlenschutzrechts sowie in anderen Rechtsgebieten (ZustVO-Umwelt-Arbeitsschutz) für die Durchführung des Anhörungs- und Planfeststellungsverfahrens nach § 43 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 EnWG zuständig. Intern obliegen diese Aufgaben dem Dezernat 41 (Planfeststellung) der NLStBV.

Dies umfasst sowohl die Errichtung, Änderung, Betrieb der 110-kV-Hochspannungsfreileitung und den Rückbau der betreffenden Masten der 110-kV-Leitungen als auch die temporäre Errichtung von Provisorien und Schutzgerüsten. Als temporäre Maßnahmen der Bauausführung dienen sie der Verwirklichung des Vorhabens, sodass sie einen integralen Bestandteil des Vorhabens darstellen<sup>1</sup>.

#### **2.2.1.3 Ordnungsgemäßer Ablauf des Planfeststellungsverfahrens**

Das Planfeststellungsverfahren wurde ordnungsgemäß durchgeführt. Die Beteiligung der Behörden, deren Aufgabenbereiche durch das Vorhaben berührt werden, entsprach den gesetzlichen Anforderungen: Wie aus der Sachverhaltsdarstellung (siehe oben Ziffer 2.1.2) bereits hervorgeht, wurden die in ihrem Aufgabenbereich betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach Eingang der vollständigen Unterlagen des Planfeststellungsantrags im September 2024, Oktober 2024 und Februar 2025 zur Stellungnahme aufgefordert, wie dies in § 73 Abs. 2, 3a VwVfG i. V. m. § 43a EnWG vorgesehen ist. Insgesamt 15 Träger öffentlicher Belange haben von der Möglichkeit zur Stellungnahme Gebrauch gemacht. Ihre Stellungnahmen wurden im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur Kenntnis genommen, weiterverarbeitet und in dem rechtlich und sachlich gerechtfertigten Umfang berücksichtigt.

Die betroffenen Gemeinden, in denen der Plan auszulegen war, haben die Auslegung ortsüblich und insgesamt ordnungsgemäß i. S. d. § 73 Abs. 5 Satz 1, Satz 2 VwVfG bekanntgemacht. Nicht ortsansässige Betroffene, deren Person und Aufenthalt bekannt war bzw. die sich innerhalb angemessener Zeit ermitteln ließen, wurden durch die

---

<sup>1</sup> Vgl. BVerwG, Urt. v. 3.3.2011 – 9 A 8/10 –, BVerwGE 139, 150 (165 f.); BVerwG, Urt. v. 23.9.2014 – 7 C 14/13 –, NVwZ 2015, 445 (446).

Auslegungsgemeinden von der Auslegung mit den erforderlichen Hinweisen persönlich benachrichtigt (§ 73 Abs. 5 Satz 3 VwVfG, § 7 NVwVfG).

Der Plan wurde mit sämtlichen in § 73 Abs. 1 Satz 2 VwVfG i. V. m. § 43a EnWG bezeichneten Planunterlagen gemäß § 73 Abs. 2, Abs. 3 VwVfG i. V. m. § 43a EnWG für die Dauer von einem Monat zur Einsicht ausgelegt (siehe oben Ziffer 2.1.2). Die Auslegung der Unterlagen erfolgte in elektronischer Form nach § 43a Satz 2 EnWG durch eine Veröffentlichung im Internet.

Der nach § 73 Abs. 6, 7 VwVfG i. V. m. § 43a EnWG vorgesehene Erörterungstermin war nicht durchzuführen, da gemäß § 43a Nr. 3a EnWG keine Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben wurden. Mit einem Träger öffentlicher Belange erfolgte am 06. Mai 2025 ein Behördengespräch unter Beteiligung der Vorhabenträgerin, der Behörde sowie dem Träger öffentlicher Belange. Für Inhalt und Ablauf des Behördengesprächs wird auf das Protokoll des Erörterungstermins verwiesen.

### **2.2.2 Umweltverträglichkeitsprüfung**

Gemäß § 5 Abs. 1 UVPG stellt die zuständige Behörde auf der Grundlage geeigneter Angaben der Vorhabenträgerin sowie eigener Informationen unverzüglich fest, ob nach den §§ 6 bis 14a UVPG für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht oder nicht.

Soll ein Vorhaben geändert werden, für das keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt worden ist, so wird gemäß § 9 Abs. 3 UVPG für das Änderungsvorhaben eine Vorprüfung durchgeführt, wenn für das Vorhaben nach Anlage 1 des UVPG eine UVP-Pflicht besteht, aber keine Größen- und Leistungswerte vorgeschrieben sind, oder eine Vorprüfung, aber keine Prüfwerte vorgeschrieben sind. Eine UVP-Pflicht besteht, wenn die Vorprüfung ergibt, dass die Änderung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann. Für die Vorprüfung bei Änderungsvorhaben gilt § 7 UVPG entsprechend.

Soll ein Vorhaben geändert werden, für das bisher keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wurde, ergibt sich nach § 9 Abs. 2, Nr. 2 UVPG in Verbindung mit Anlage 1, Nr. 19.1.4, UVPG die Pflicht einer Vorprüfung.

Bei dem Bauvorhaben handelt es sich um die Neuordnung von 110-kV-Leitungen im Umfeld des UW Helmstedt-Ost (Tennet) mit einhergehenden Rückbauten sowie Neubauten ebendieser Leitungen in einem Bereich von ca. 2 km Leitungslänge und ca. 500 m Breite (vgl. Ziffer 2.1.1). Das Neuvorhaben stellt nach Nr. 19.1.4, Spalte 2 Buchstabe S der Anlage 1 zum UVPG ein Vorhaben dar, für das nach § 7 Abs. 2 UVPG eine standortbezogene Vorprüfung vorgesehen ist.

Die Vorhabenträgerin hat mit dem Antrag einen Prüfkatalog zur Ermittlung der UVP-Pflicht vorgelegt. Sie hat die Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter des UVPG ermittelt und einer eigenen Bewertung unterzogen.

Die Planfeststellungsbehörde führte eine zweistufige standortbezogene Vorprüfung durch. In der ersten Stufe wurde geprüft, ob bei dem Neuvorhaben besondere örtliche Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 UVPG aufgeführten Schutzkriterien vorliegen. Dabei wurden die von der TenneT TSO GmbH vorgesehenen Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung von Umweltbeeinträchtigungen (vgl. Anlage 12.1 Landschaftspflegerischer Begleitplan) berücksichtigt.

Im betrachtungsrelevanten Umfeld verläuft ca. 430 m süd-östlich vom Vorhabensbereich das nach § 24 BNatSchG geschützte Naturmonument „Grünes Band Sachsen-Anhalt“, welches jedoch nicht durch direkte Flächeninanspruchnahme betroffen ist und so eine erhebliche Beeinträchtigung auszuschließen ist.

Des Weiteren befinden sich im Umfeld des Vorhabens zwei Grundwasserkörper, deren Grenzwerte die in den Vorschriften der EU festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind. Die Grenzen der Grundwasserkörper „Triaslandschaft Börde“ (südliches Vorhabengebiet) und „Oker mesozoisches Festgestein“ (nördliches Vorhabengebiet) verlaufen zentral durch das Vorhabengebiet. Da durch das Vorhaben keine chemische Belastung des Grundwassers zu erwarten ist, sind erhebliche Beeinträchtigungen auszuschließen.

Ferner sind im Untersuchungsraum des Vorhabens keine europäischen oder nationale Schutzgebiete, geschützte Landschaftsbestandteile, Lebensraumtypen, Wasser- und Heilquellenschutzgebiete vorhanden. Ebenso sind keine Gebiete mit hohen Bevölkerungsdichten oder Denkmäler, Denkmalensembles oder Bodendenkmäler betroffen.

Bereits in der ersten Stufe ergab die Vorprüfung somit keine besonderen örtlichen Gegebenheiten, sodass voraussichtlich keine erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung im Hinblick auf eine wirksame Umweltvorsorge zu berücksichtigen wären, entstehen.

Unter Berücksichtigung der in der Anlage 3 des UVPG aufgeführten Kriterien kommt die Planfeststellungsbehörde im Rahmen der standortbezogenen Vorprüfung des Einzelfalls insgesamt zu der Einschätzung, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen infolge des Vorhabens nicht zu erwarten sind. Für das Vorhaben wurde daher festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Diese Feststellung wurde der Öffentlichkeit bekanntgegeben (§ 5 Abs. 2 Satz 1 UVPG).

Die Feststellung dieses Ergebnisses wurde im Niedersächsischen UVP-Portal 17.09.2024 bekannt gemacht und kann auf der Seite <https://uvp.niedersachsen.de/portal/> eingesehen werden. Dabei wurden die wesentlichen Gründe für das Nichtbestehen unter Hinweis auf die jeweils einschlägigen Kriterien nach Anlage 3 zum UVPG angegeben und auch, welche Merkmale des Vorhabens für diese Einschätzung maßgebend waren. Auf die dortigen Ausführungen wird Bezug genommen.

### 2.2.3 Materiell-rechtliche Würdigung

Die Planfeststellungsbehörde kommt zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben „Entflechtung der 110-kV-Leitungen am Umspannwerk Helmstedt“ zugelassen wird, da das Vorhaben mit dem materiellen Recht in Einklang steht. Der Umfang der materiell-rechtlichen Prüfung wird durch das Fachplanungsrecht und die Wirkungen der Planfeststellung nach § 75 VwVfG bestimmt. Durch die Planfeststellung wird die Zulässigkeit des Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen an anderen Anlagen im Hinblick auf alle von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt sowie alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen der Vorhabenträgerin und den durch den Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt.

Neben der Planfeststellung sind andere behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen nicht erforderlich. Der Planfeststellungsbeschluss ersetzt sämtliche dieser ansonsten erforderlichen Genehmigungen (sog. Konzentrationswirkung, § 75 Abs. 1 Satz 1 HS. 2 VwVfG). Deshalb ist neben dem Energiewirtschaftsgesetz das gesamte berührte öffentliche Recht bei der Prüfung der Zulässigkeit des Vorhabens entweder zwingend zu beachten oder in der Abwägung zu berücksichtigen.

Das Vorhaben hält sich in den vom materiellen Recht gesteckten Grenzen. In den folgenden Ausführungen wird dargestellt, dass sowohl abgebildetes zwingendes und in der Abwägung unüberwindbares Recht sowie zwingend einzuhaltende höherstufige Planungen beachtet wurden, sodass die Planfeststellungsbehörde in die Abwägung eintreten konnte. Die nach § 43 Abs. 3 S. 1 EnWG von dem Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange sind bei der Planfeststellung in folgender Weise im Rahmen der Abwägung berücksichtigt worden.

#### 2.2.3.1 Planrechtfertigung

Die Planrechtfertigung für das planfestgestellte Vorhaben liegt vor. Eine planerische Entscheidung trägt ihre Rechtfertigung nicht schon in sich selbst, sondern ist im Hinblick auf die von ihr ausgehenden Einwirkungen auf Rechte Dritter rechtfertigungsbedürftig.<sup>2</sup> Daher ist die Planrechtfertigung ungeschriebene Voraussetzung einer jeden Fachplanung und Ausdruck des Prinzips der Verhältnismäßigkeit staatlichen Handelns, das mit Eingriffen in private Rechte verbunden ist. Sie liegt vor, wenn für das beabsichtigte Vorhaben gemessen an den Zielsetzungen des einschlägigen Fachplanungsgesetzes ein Bedarf besteht, die geplante Maßnahme unter diesem Blickwinkel also erforderlich ist.<sup>3</sup> Dies trifft für eine Planung nicht erst dann zu, wenn sie unausweichlich erscheint, sondern wenn sie „vernünftigerweise geboten“ ist.<sup>4</sup> Für das Vorhaben „Entflechtung der 110-kV-Leitungen am Umspannwerk Helmstedt“ liegt die Planrechtfertigung vor, da es energiewirtschaftlich notwendig ist und den Zielsetzungen des EnWG entspricht. Nach § 11 Abs. 1 EnWG sind Betreiber von Energieversorgungsnetzen verpflichtet, ein sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen, soweit es wirtschaftlich zumutbar ist. Darüber hinaus haben Betreiber von Übertragungsnetzen aufgrund

<sup>2</sup> BVerwG, Beschl. v. 23.10.2014 – 9 B 29.14 -, juris Rn. 4.

<sup>3</sup> BVerwG, Urt. v. 16.03.2006 - 4 A 1075/04, Flughafen Berlin Schönefeld Rn. 182.

<sup>4</sup> Kopp / Ramsauer, VwVfG § 74 Rn. 35.

des § 12 Abs. 3 EnWG dauerhaft die Fähigkeit des Netzes sicherzustellen, die Nachfrage nach Übertragung von Elektrizität zu befriedigen und insbesondere durch entsprechende Übertragungskapazität und Zuverlässigkeit des Netzes zur Versorgungssicherheit beizutragen. Durch die Entflechtung der Leitungen können Netzsicherheit und -stabilität erhöht werden. Zudem ermöglicht die Umverlegung der LH-10-1824 die Erweiterung des Umspannwerks der Vorhabenträgerin. Der Rückbau der LH-10-1868 ermöglicht daneben eine kreuzungsfreie Einschleifung der 380-kV-Bedarfsplanmaßnahme LH-10-3048, die die Vorhabenträgerin bei der BNetzA beantragt.

#### **2.2.3.2 Technische Sicherheit**

Gemäß § 49 Abs. 1 S. 1 EnWG sind Energieanlagen im Sinne des § 3 Nr. 15 EnWG so zu errichten und zu betreiben, dass die technische Sicherheit gewährleistet ist. Dabei sind vorbehaltlich sonstiger Rechtsvorschriften die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu beachten. Gemäß § 49 Abs. 2 Satz 1 EnWG wird die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik vermutet, wenn bei Anlagen zur Fortleitung von Elektrizität die technischen Regeln des Verbandes der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e.V. eingehalten worden sind. Die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik hat die Vorhabenträgerin dargelegt (Unterlage 1, Erläuterungsbericht).

Die Bemessung und Konstruktion der geplanten 110-kV-Hochspannungsfreileitung erfolgen nach den technischen Baubestimmungen, die nach europäischem und deutschem Standard nach der Europa-Norm (EN) und dem Deutschen Institut für Normung (DIN) festgelegt sind. Insbesondere wendet die Vorhabenträgerin die DIN EN 50341-1 und DIN EN 50341-2-4. Für die Änderungen bestehender Masten sind die DIN VDE/0210 12.85 einschlägig.

Die Vorhabenträgerin hat ebenfalls dargelegt, dass sie beim Betrieb die einschlägigen Normen beachtet. Insbesondere werden die Schutzabstände nach VDE 0105-115 eingehalten.

#### **2.2.3.3 Ziele und Grundsätze der Raumordnung**

Bei dem vorliegenden Verfahren handelt es sich um einen Ersatzneubau in vorhandener bzw. weit überwiegend vorhandener Trasse. Daher war im vorliegenden Falle ein förmliches Raumordnungsverfahren nicht erforderlich, § 1 Nr. 14 RoV.

Gleichwohl sind bei Entscheidungen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen, die der Planfeststellung bedürfen, die Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen. Ziele der Raumordnung sind gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen (§ 7 Abs. 2 ROG) textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Planerische Grundsätze der Raumordnung machen allgemeine Aussagen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums und sind in der Abwägung nach § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG zu berücksichtigen, § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG.

Ziele der Raumordnung stehen dem festgestellten Plan nicht entgegen. Das regionale Raumordnungsprogramm des Regionalverbands Großraum Braunschweig weist zwischen



den Umspannwerken ein Vorranggebiet für eine 110-kV-Leitungstrasse aus, wobei aufgrund des Maßstabs nicht eindeutig zu erkennen ist, welche der vorhandenen Leitungen das RROP abbildet. Daneben wird das Gebiet als Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft ausgewiesen. Aus den textlichen Erläuterungen des RROP ergibt sich, dass Vorbehaltsgebiete Landwirtschaft (aufgrund hohen, natürlichen, standortgebundenen landwirtschaftlichen Ertragspotentials) bei raumbedeutsamen Planungen in der Weise beachtet werden sollen, dass diese so abzustimmen sind, dass die Gebiete in ihrer Eignung und besonderen Bedeutung möglichst nicht beeinträchtigt werden.<sup>5</sup> Im vorliegenden Falle werden die landwirtschaftlich genutzten Flächen vor allem überspannt. Lediglich kleinere Flächen werden für die fünf neuen Maststandorte dauerhaft in Anspruch genommen. Dagegen werden sieben Masten im Zuge des Vorhabens rückgebaut und die Flächen darunter anschließend wieder nutzbar gemacht. Die Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Nutzbarkeit wird somit geringgehalten. Zum Schutz des Bodens sieht die Vorhabenträgerin im Bereich der temporären Baustellenflächen Bodenschutzmaßnahmen vor (vgl. 1.3.5).

Der Bereich nördlich des Umspannwerkes der Vorhabenträgerin weist zum einen ein Vorranggebiet Leitungstrasse aus. Zum anderen sind die angrenzenden Bereiche als Vorranggebiet Windenergienutzung ausgewiesen. Da in diesem Bereich durch das Vorhaben nur leichte Mastverschiebungen der LH-10-1824 geplant sind, wird hierdurch die zukünftige Nutzung als Windenergiestandort nicht verschlechtert.

#### **2.2.3.4 Variantenprüfung**

Die planfestgestellte Neuordnung der 110-kV Leitungen am UW Helmstedt ist nach Auffassung der Planfeststellungsbehörde im Hinblick auf Lage, Ausgestaltung, Kosten und unter Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten die vorzugswürdige Vorhabensvariante.

Es sind keine technischen und räumlichen Planungsalternativen vorhanden, die besser zur Erreichung des Planungsziels geeignet wären und zugleich hinsichtlich der Auswirkungen des Vorhabens auf öffentliche und private Belange keine wesentlichen Nachteile gegenüber dem planfestgestellten Vorhaben aufweisen würden. Es sind auch keine Planungsalternativen vorhanden, die bei wesentlich gleicher Eignung unter Auswirkungsgesichtspunkten gegenüber dem planfestgestellten Vorhaben insgesamt vorteilhafter wären.

Zum Abwägungsmaterial gehören Trassenvarianten, die sich entweder aufgrund der örtlichen Verhältnisse von selbst anbieten, während des Planfeststellungsverfahrens vorgeschlagen werden oder sonst ernsthaft in Betracht kommen.<sup>6</sup>

Im vorliegenden Falle sind keine technischen oder räumlichen Alternativen erkennbar, die sich gegenüber der beantragten Ausführung als vorzugswürdig darstellen. Dabei spielt die derzeitige Lage der 110-kV-Leitungen im Bestand eine besondere Rolle.

---

<sup>5</sup> Zweckverband Großraum Braunschweig, RROP 2008, S. 15.

<sup>6</sup> BVerwG, 20.12.1988 - 4 B 211/88 -, NVwZ-RR 1989, 458, juris Rn. 8; BVerwG, 9.7.2008 - 9 A 14/07 -, juris Rn. 135; BVerwG, 21.1.2016 - 4 A 5/14 -, juris Rn. 172.

Von der Vorhabenträgerin wurde nachvollziehbar dargelegt, dass es aufgrund der besonderen örtlichen Gegebenheiten einer begrenzten Variantenbetrachtung bedurfte. Denn bei den anzupassenden Leitungen handelt es sich um mehrere 110-kV-Leitungen, die die zwei Umspannwerke, das Umspannwerk der Vorhabenträgerin und das der Avacon, auf engem Raum (0,5 km) miteinander verbinden sowie die 110-kV-Leitung LH-10-1824, die die Erweiterungsfläche des Umspannwerks der Vorhabenträgerin, im Bestand tangiert und auf einer Länge von ca. 2 km angepasst werden muss. Hier bestehen keine Möglichkeiten für großräumige Varianten, da mit solchen das Planungsziel nicht mehr erreicht werden würde.

Auch lässt die Bestandssituation nur begrenzt Raum für kleinräumige Varianten. Die Vorhabenträgerin hat plausibel dargelegt, dass sie durch die Leitungsführung besonders eingriffsarm im Hinblick auf Eigentum und Umweltbetroffenheiten vorgeht. Hier wird auf vorhandene Vorbelastungen Rücksicht genommen, um Neuzerschneidungen zu vermeiden. Bereits bestehende Mastgestänge werden weitestgehend weitergenutzt oder rückgebaut. So sind neue Maststandorte für die Umverlegungen der LH-10-1869 und die LH-10-1850 nicht erforderlich.

Auch schließt sich die Planfeststellungsbehörde der Einschätzung der Vorhabenträgerin an, dass für die Festlegung des Trassenverlaufs der auf einer Länge von 2 km anzupassenden LH-10-1824 nur sehr begrenzt Alternativen zu prüfen waren. Die LH-10-1824, die für die Erweiterung des UW TenneT verlegt werden muss, verbleibt auch in ihrem planfestgestellten Verlauf in vorbelasteten Bereichen. Vor dem Hintergrund der beengten räumlichen Verhältnisse durch den angrenzenden Lappwaldsee, die Bahnlinie und vorhandene Erdkabel stellt die von der Vorhabenträgerin gewählte Variante die im Hinblick auf Umweltbelange und Eigentum kürzeste und eingriffsärmste Variante dar.

Aus diesem Grunde musste auch den von Seiten der Stadt Helmstedt eingebrachten Anregungen, die LH-10-1824 nördlich des UW Helmstedt weiträumig für die Entwicklung städtebaulicher Belange zu verlegen, nicht weiter planerisch nachgegangen werden. Die Stadt hat vorgeschlagen, anlässlich des Vorhabens die Maststandorte 3N, 4N und 5N so zu verlegen, dass der im Norden liegende von ihr als zukünftig als Gewerbefläche zu entwickelnde Bereich nicht mehr von der Leitung überspannt wird. Sie regt an, die Leitung entlang des Umspannwerks und der Kreisstraße zu führen. Die Vorhabenträgerin hat zur technischen Realisierbarkeit lediglich ausgeführt, dass hierfür die ebenfalls über das betreffende Flurstück verlaufende raumordnerisch gesicherte Bedarfsplanmaßnahme LH-10-3024 verlegt werden müsste, um eine Kreuzung mit der LH-10-1824 zu vermeiden. Die Planfeststellungsbehörde hat dies nicht beanstandet und stimmt mit der Vorhabenträgerin überein, dass eine weiträumige Umverlegung der Trasse anlässlich dieses Verfahrens nicht näher geprüft werden muss. Die mit diesem Vorhaben genehmigte Anpassung der LH-10-1824 verfolgt das Ziel, die Erweiterung des Umspannwerks zu ermöglichen. Hierfür wird die derzeit provisorisch um das UW Helmstedt mittels Baueinsatzkabel verlaufende Leitung auf ein Mastgestänge gelegt. Nördlich des UWs erfolgt lediglich eine den erforderlichen Trassierungsparametern geschuldete geringfügige Anpassung der Maststandorte M4 und M5 der 110-kV-Leitung um wenige Meter. Eine neue Zerschneidung von Flächen – und eine damit einhergehende zusätzliche Betroffenheit städtebaulicher Belange – ist hiermit nicht verbunden. In dem von



der Stadt Helmstedt in Zukunft zu beplanenden Bereich nördlich sind keine neuen Maststandorte vorgesehen. Der Bestandsmast M6 wird lediglich neu beseilt. Das Vorhabengebiet anlässlich dieses Vorhabens zu erweitern und die Leitung LH-10-1824 weiträumig zu verlegen, würde ein weitergehendes Planungskonzept erfordern. Dies erscheint vor dem Hintergrund, dass eine neue oder gar zusätzliche Betroffenheit durch das Vorhaben nicht gegeben ist, nicht angezeigt.

Die sogenannte Nullvariante musste die Vorhabenträgerin nicht weiterverfolgen. Bei der Nullvariante verbliebe der Zustand so, wie er sich ohne Realisierung des geplanten Vorhabens darstellt. Es ergäben sich keine neuen Belastungen für die Umwelt und andere Schutzgüter, allerdings könnte auch der vorgesehene Rückbau der LH-10-1868 nicht erfolgen. Mit der Beibehaltung des Status quo könnten die planerischen Ziele nicht erreicht werden. Die planerisch gewollte Entflechtung, die der Netzstabilität dienen soll, wäre auf diese Weise nicht erreichbar. Auch die kreuzungsfreie Einschleifung der Bedarfsplanmaßnahmen Nr. 10 wäre so technisch nicht möglich. Daher musste die Vorhabenträgerin die Nullvariante nicht weiter verfolgen.

#### **2.2.3.5 Immissionen**

Die Planfeststellungsbehörde ist zu dem Ergebnis gelangt, dass die planfestgestellte Maßnahme mit den Belangen des Immissionsschutzes vereinbar ist und keine Vorsorge zum Schutz der Bevölkerung erfordert.

Die planfestgestellten 110-kV-Hochspannungsfreileitungen unterfallen als sonstige ortsfeste Einrichtungen nach § 3 Abs. 5 Nr. 1 Alt. 2 BImSchG dem Bundes-Immissionsschutzgesetz. Das Vorhaben bedarf keiner immissionsschutzrechtlichen Genehmigung gem. § 4 Abs. 1 S. 3 BImSchG i.V.m. § 1 Abs. 1 der 4. BImSchV. Der Betreiber einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage hat nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 BImSchG die Anlage so zu betreiben, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind und nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Schädliche Umwelteinwirkungen i.S.d. Bundes-Immissionsschutzgesetzes sind Immissionen, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen (vgl. § 3 Abs. 1 BImSchG). Nach dem Wortlaut geht es ausschließlich um die Abwehr von Gefahren und erheblichen Nachteilen bzw. Belästigungen. Eine allgemeine Vorsorgepflicht wird auf der Grundlage des § 22 BImSchG nicht ausgelöst.

Die Hochspannungsleitung wird nach dem Stand der Technik errichtet, betrieben und instand gehalten. Schädliche Umwelteinwirkungen werden durch den Trassenverlauf und den Abstand der Leiterseile zum Boden vermieden bzw. auf ein Mindestmaß beschränkt.

##### **2.2.3.5.1 Baubedingte Immissionen**

Ein Verstoß gegen die Vorgaben des Immissionsschutzrechts während der Bauphase ist nicht zu erwarten. Baustellen unterliegen nach dem BImSchG keiner Genehmigungspflicht. Es gelten insoweit die Betreiberpflichten für nicht genehmigungsbedürftige Anlagen nach § 22

Abs. 1 BImSchG. Danach sind Baustellen so zu betreiben, dass nach dem Stand der Technik vermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen verhindert und nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Für die Beurteilung der Schädlichkeit von Baulärm ist die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm (AVV-Baulärm) heranzuziehen.<sup>7</sup> Die maßgeblichen Immissionsrichtwerte sind nach Nr. 3.1.1 AVV-Baulärm von der Nutzung des lärmbeeinträchtigten Gebiets abhängig. Die Zuordnung der Gebiete mit ihren Nutzungen zu den jeweiligen Immissionsrichtwerten ist gemäß Ziffer 3.2 AVV-Baulärm nach den Festsetzungen vorhandener Bebauungspläne und in Ermangelung solcher Pläne nach den tatsächlichen Verhältnissen vorzunehmen. Bei Wohngebäuden im Außenbereich sind die Immissionsrichtwerte für Mischgebiete anzusetzen.

Im vorliegenden Falle bedurfte es in Ermangelung schutzbedürftiger Nutzungen in der näheren Umgebung keiner detaillierten Betrachtung. Durch die Nebenbestimmung unter Ziffer 1.3.4 wird die Vorhabenträgerin aber dazu verpflichtet, zur Vermeidung schädlicher Umweltauswirkungen durch Baulärm die einschlägigen immissionsschutzrechtlichen Regelungen über nichtgenehmigungsbedürftige Anlagen und den Einsatz von Maschinen gemäß § 3 der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV) zu beachten. Insbesondere sind in der näheren Umgebung der Baustelle die in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm (AVV-Baulärm) unter Ziffer 3.1.1 vorgegebenen Immissionsrichtwerte einzuhalten.

#### **2.2.3.5.2 Elektrische und magnetische Felder**

Im Betrieb erzeugen Hochspannungsfreileitungen niederfrequente elektrische und magnetische Felder. Für die elektrischen Felder sind die unter Spannung stehenden Leiterseile ursächlich. Ein magnetisches Feld wird durch die stromführenden Leiterseile hervorgerufen. Beide Faktoren hängen von der Höhe der Spannung sowie der Konfiguration der Leiter am Mast, den Abständen zum Boden und zu geerdeten Bauteilen sowie dem Vorhandensein von Erdseilen und der Phasenordnung ab. Aufgrund der annähernd konstanten Betriebsspannung variiert die elektrische Feldstärke kaum. Lediglich der temperaturabhängige Durchhang und der sich daraus ergebende Bodenabstand der Leiter haben Einfluss auf die bodennahen Werte der elektrischen Feldstärke. Dementsprechend würden sich dann auch die magnetische Flussdichte durch die vom Leiterstrom abhängige Leitertemperatur und dem daraus resultierenden Leiterdurchhang und Bodenabstand verändern. Die elektrische Feldstärke wird in Kilovolt pro Meter (kV/m) und die magnetische Flussdichte in Mikrottesla ( $\mu\text{T}$ ) gemessen. Die stärksten elektrischen und magnetischen Felder am Boden treten direkt unter der Leitung in der Spannfeldmitte auf. Elektrische Felder können durch elektrisch leitfähige Materialien, wie übliche Baumaterialien von Gebäuden oder Bewuchs gut abgeschirmt werden, Magnetfelder werden hingegen kaum abgeschwächt und können in Gebäude eindringen und anorganische und organische Materie, also auch den Menschen, nahezu ungestört durchdringen. Für beide gilt, dass die Stärke des elektrischen

---

<sup>7</sup> BVerwG, Urteil vom 10. Juli 2012 – 7 A 11/11 –, juris, Rn. 25 ff.; VGH Kassel, Urteil vom 17. November 2011 – 2 C 2165/09.T –, juris, Rn. 270; VGH München, Urteil vom 24. Januar 2011 – 22 A 09/40092 –, juris, Rn. 99 f.; VGH Mannheim, Urteil vom 8. Februar 2007 – 5 S 2257/05 –, juris, Rn. 130.

und des magnetischen Feldes mit zunehmender Entfernung von einer Freileitung relativ schnell abnimmt. Nach § 3 Abs. 2 der 26. BImSchV sind Niederfrequenzanlagen so zu errichten und zu betreiben, dass sie bei höchster betrieblicher Anlagenauslastung in ihrem Einwirkungsbereich an Orten, die nicht nur zum vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, den Effektivwert der elektrischen Feldstärke von 5 kV/m und den Effektivwert der magnetischen Flussdichte von 100 µT nicht überschreiten (§ 3 Abs. 2 S. 1 der 26. BImSchV i.V.m. Anhang 1a). Dem nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen dienen Gebäude und Grundstücke, in oder auf denen nach der bestimmungsgemäßen Nutzung Personen regelmäßig länger – mehrere Stunden – verweilen können.<sup>8</sup> Der Einwirkungsbereich für 110 kV-Freileitungen beträgt 10 m im Abstand zum äußersten ruhenden Leiter.<sup>9</sup> Innerhalb dieses Einwirkungsbereichs wären vorhandene Immissionsorte näher zu betrachten. Im vorliegenden Falle befinden sich im Einwirkungsbereich keine empfindlichen Nutzungen- der nächstgelegene Immissionsort ist 1,2 km entfernt.

#### **2.2.3.5.3 Betriebsbedingte Schallimmissionen**

Auch können sich durch die 110-kV-Leitungen betriebsbedingte Schallemissionen aus dem sogenannten „Korona-Effekt“ ergeben. Durch die elektrischen Feldstärken, die um den Leiter herum deutlich höher sind als in Bodennähe, werden elektrische Entladungen in der Luft hervorgerufen. Dieser Korona-Effekt kann zeitlich begrenzte Geräusche verursachen (Prasseln, Knistern, Brummen und Rauschen), die nur bei Wetterlagen wie Regen oder hohe Luftfeuchtigkeit in der Nähe von Freileitungen zu hören sind. Mit zunehmender Entfernung zur Leitung nimmt das wahrnehmbare Geräusch ab. Entsprechend konnte auch hier von einer detaillierten Berechnung abgesehen werden. Die schutzbedürftige Bebauung ist durch ihre Entfernung in 1,2 km hinreichend geschützt.

#### **2.2.3.6 Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege**

Die Landschaftspflegerische Begleitplanung gibt Aufschluss über den Bestand der Natur und Landschaft und zeigt die Konflikte auf, die durch das Vorhaben verursacht werden. Die hierin aufgezeigten Beeinträchtigungen lassen sich weder durch eine andere Variante noch durch zumutbaren Aufwand weiter verringern. Die vorgesehenen Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen sind im Textteil des Landschaftspflegerischen Begleitplans (Anlage 12.1) – nachfolgend LBP genannt – in Kap. 6 beschrieben und in den Maßnahmenblättern des LBP (Anlage 12.4 zu 12.2) verbindlich festgesetzt worden. Darüber hinaus wurde bereits bei der Trassierung und der technischen Ausgestaltung des Vorhabens darauf geachtet, die Beeinträchtigung von Natur und Landschaft so weit wie möglich zu vermeiden. Nicht vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft werden durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege ausgeglichen. Die entsprechenden Maßnahmen sind in den Maßnahmenblättern A1 – A5 der Anlage 12.4 zu 12.2 beschrieben und werden mit diesem Planfeststellungsbeschluss ebenfalls verbindlich festgesetzt.

Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte und aller maßgeblichen anderen Belange wird das Vorhaben deshalb in der Form, in der es beantragt wurde, mit den oben aufgeführten

---

<sup>8</sup> LAI-Hinweise, II.3.2

<sup>9</sup> LAI-Hinweise, II.3.1

Nebenbestimmungen (Ziffer 1.3) für zulässig gehalten bzw. eine andere Lösung nicht für zumutbar angesehen.

Das Vorhaben muss nicht wegen der im Naturschutzrecht genannten Ziele (vgl. §§ 1, 2 BNatSchG) unterlassen werden, da die für das Vorhaben sprechenden Belange überwiegen. Den Naturschutzbelangen steht nach der Rechtslage hier kein abstrakter Vorrang zu<sup>10</sup>, sie haben aber besonderes Gewicht<sup>11</sup> im Rahmen des Interessenausgleichs. Bei den sich ergebenden Zielkonflikten sind die Ansprüche von Natur und Landschaft aber vorliegend nicht dominierend.

#### **2.2.3.6.1 Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung**

Das Vorhaben entspricht den Vorgaben der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung (§§ 13 ff. BNatSchG). Diese sieht ein grundsätzlich zwingend zu beachtendes Folgenbewältigungsprogramm für Eingriffe in Natur und Landschaft vor.

Nach den Vorgaben der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung hat der Vorhabenträger, der Eingriffe in Natur und Landschaft vornimmt,

- vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen,
- unvermeidbare Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten und
- verbleibende erhebliche Beeinträchtigungen auszugleichen oder zu ersetzen.

Gem. § 15 Abs. 5 BNatSchG hat bei nicht ausgleichbaren oder ersetzbaren erheblichen Beeinträchtigungen eine naturschutzrechtliche Abwägung stattzufinden. Ergibt diese die Zulässigkeit des Vorhabens, so ist nach § 15 Abs. 6 BNatSchG Ersatz in Geld zu leisten. Dieses Entscheidungsprogramm des Naturschutzrechts steht selbstständig neben den fachplanungsrechtlichen Zulassungsregeln.<sup>12</sup>

Im LBP (Anlage 12.1) ist der Eingriff beschrieben und bilanziert worden. Die Methodik zur Ermittlung und Bewertung der Erheblichkeit von Beeinträchtigungen, zur Beurteilung der Ausgleichbarkeit erheblicher Beeinträchtigungen und zur Ableitung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (Kompensationsmaßnahmen) orientiert sich an den Vorgaben des niedersächsischen Leitfadens „Hochspannungsleitungen und Naturschutz“ (NLT 2011). In Bezug auf die Wertstufen kam die korrigierte Fassung der „Liste der Biotoptypen in Niedersachsen mit Angaben zu Regenerationsfähigkeit, Wertstufen, Grundwasserabhängigkeit, Nährstoffempfindlichkeit und Gefährdung (Rote Liste)“<sup>13</sup> aus 2019 zur Anwendung. Damit liegt aus Sicht der Planfeststellungsbehörde ein plausibler Bewertungsrahmen vor.

<sup>10</sup> BVerwG, Urteil vom 07. März 1997 – 4 C 10/96, UPR 1997, 329, juris Rn. 20

<sup>11</sup> vgl. BVerwG, Urteil vom 27. September 1990 – 4 C 44/87, NVwZ 1991, 364, 367, juris Rn. 40.

<sup>12</sup> vgl. BVerwGE 85, 348, 357.

<sup>13</sup> von Drachenfels, O. (2012): Einstufungen der Biotoptypen in Niedersachsen.

Regenerationsfähigkeit, Wertstufen, Grundwasserabhängigkeit, Nährstoffempfindlichkeit, Gefährdung. Korrigierte Fassung 2019. Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, Heft 1/12.

Auf der Basis der vorliegenden naturschutzfachlichen und -rechtlichen Gegebenheiten sieht der LBP Vermeidungs- und Schutzmaßnahmen sowie Ausgleichsmaßnahmen zur vollständigen Kompensation des Eingriffes vor.

Im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurde das Benehmen mit der zuständigen Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Helmstedt hergestellt (§ 17 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. § 32 Abs. 1 Satz 1 NNatSchG). Vor diesem Hintergrund sind nach Ansicht der Planfeststellungsbehörde die strikt zu beachtenden Pflichten des § 15 BNatSchG eingehalten.

#### **2.2.3.6.1.1 Vermeidung**

Das in § 15 Abs. 1 BNatSchG statuierte strikt zu beachtende Vermeidungsgebot ist im Rahmen der festgestellten Planung beachtet. Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG ist der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Nach § 15 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG sind Beeinträchtigungen vermeidbar, wenn zumutbare Alternativen, den mit dem Eingriff verfolgten Zweck am gleichen Ort ohne oder mit geringeren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu erreichen, gegeben sind. Hierdurch wird deutlich zum Ausdruck gebracht, dass das Vermeidungsgebot das betreffende Vorhaben grundsätzlich nicht zur Disposition stellt, sondern es sich auch hierbei um ein Folgenbewältigungsprogramm handelt. Das Vermeidungsgebot verpflichtet den Eingriffsverursacher jedoch, in allen Planungs- und Realisierungsstadien des betreffenden Vorhabens dafür zu sorgen, dass das Vorhaben so umweltschonend wie möglich umgesetzt wird.

Zur Vermeidung von anlage- und baubedingten Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft durch die Realisierung des planfestgestellten Vorhabens sind bereits in der räumlichen und technischen Planung Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen des Naturhaushalts berücksichtigt worden. Hierunter sind u.a. zu nennen die möglichst weitgehende Nutzung von bestehenden Wegen zur Reduzierung temporärer Zuwegungen, die Meidung von geschützten Biotopen und Gehölzen bei der Wegeplanung, die Anpassung der Arbeitsflächen und Zuwegungsgrößen an den Arbeitsbedarf am jeweiligen Mast (Trag- oder Abspannmast), die Weiternutzung von Bestandsseilen oder -masten wo möglich sowie die Parallelisierung von Bauarbeiten zur Verkürzung der Gesamtbauzeit.

Im Rahmen des Vorhabens sind zudem folgende weitere Vorkehrungen zur Vermeidung bzw. Minimierung von Beeinträchtigungen vorgesehen. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf das jeweilige Maßnahmenblatt verwiesen (siehe auch LBP-Maßnahmenblätter, Anlage 12.4 zu 12.2).

#### **V 0: Umweltbaubegleitung (UBB)**

Der Einsatz einer ökologischen Baubegleitung während der gesamten Bauphase gewährleistet die fachgerechte Umsetzung und kontinuierliche Funktionsfähigkeit aller erforderlichen Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen, sowie die Reaktion auf sich vor Ort geänderte oder neu auftretende Artenschutzkonflikte während der Bauphase. Die UBB umfasst dabei alle

landespflegerischen, bodenkundlichen und ökologischen Aspekte bei der Begleitung der Bauarbeiten.

#### **V<sub>AR</sub> 1: Baufeldfreimachung / Baufeldfreimachung Avifauna**

Zum Schutz von Brutvögeln werden ergänzend zu den Vorgaben des § 39 Abs. 5 BNatSchG weitere artenschutzrechtlich und räumlich differenzierte Maßnahmen zur Vermeidung des Eintretens des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG bei der Baufeldfreimachung bzw. Gehölzrodung vorgenommen. Hierzu zählen das Zeitfenster für die Baufeldfreimachung vom 01.10. – 28.02. sowie ergänzende Zeiträume für ausgewählte Arten insbesondere der Avifauna außerhalb artspezifischer Brutzeiten inkl. entsprechender Kontrolle der Masten im Bereich des Umspannwerkes.

#### **V<sub>AR</sub> 2: Vergrämnungsmaßnahme Avifauna**

Falls ein Brutvorkommen artenschutzrechtlich relevanter Vogelarten nicht auszuschließen und außerhalb der Brutzeit die Freimachung des Baufeldes (siehe V<sub>AR</sub> 1) im Offenland lokal bautechnisch nicht möglich sein sollte, erfolgt vor Beginn der Brutzeit eine Entwertung der in Anspruch zu nehmenden Flächen als Bruthabitat durch Vergrämnungsmaßnahmen, so dass eine Ansiedlung von Offenlandarten vermieden wird. Die Umsetzung der Vergrämnungsmaßnahmen erfolgt auch, um eine zwischenzeitliche Besiedlung im Falle dass (innerhalb der Brutsaison) keine kontinuierlichen Baumaßnahmen nach der Baufeldfreimachung stattfinden, zu verhindern. Für die Vergrämnung werden von der Umweltbaubegleitung (V 0) zielgerichtet Einzelmaßnahmen oder die Kombination von Maßnahmen ausgewählt, um eine größtmögliche Wirksamkeit zu erzielen. Hierzu zählen bspw. u.a. tägliche Begehungen der beräumten Flächen mit Hunden, Einsatz von Flutterband in Kombination mit weiteren visuellen Störreizen (bspw. Flugdrachen), wiederkehrende Mahd der Flächen oder Bodenumbruch zur Schwarzbrache und deren Erhalt bis zur Aufnahme des Baubetriebs.

Die Planfeststellungsbehörde hat es nicht beanstandet, dass die Vorhabenträgerin die Entscheidung über die Vergrämnungsmaßnahmen der UBB überantwortet. Solange unter mehreren gleichwertigen Möglichkeiten gewählt wird, sodass an der Eignung der Maßnahme kein Zweifel besteht, ist dieses Vorgehen nicht zu beanstanden und die Wahl der Maßnahme kann im Rahmen der Ausführungsplanung durch eine fachkundige Person (UBB) erfolgen.

#### **V<sub>AR</sub> 3: Schutzmaßnahme Zauneidechse/Reptilien**

In nachgewiesenen Zauneidechsenlebensräumen innerhalb der Arbeitsflächen zweier Maste werden zur Minderung der baubedingten Tötungsgefahr Maßnahmen zur „strukturellen Vergrämnung“ von Eidechsen ergriffen. Hierbei soll durch die Beseitigung von Versteckmöglichkeiten sowie der Minderung der Qualität des Nahrungshabitates eine Attraktivitätsminderung der vorhabenbedingt temporär beanspruchten Habitate erfolgen. Ein Umsetzen der Tiere ist u.U. ebenfalls Teil der Maßnahme.

#### **V<sub>AR</sub> 4: Auflage für Gehölzeingriffe im Rahmen der Wuchshöhenbeschränkung**



Bei der Erstellung des Schutzstreifens in Gehölzreihen oder Alleen erfolgt nur eine selektive Gehölzentnahme oder ein Rückschnitt. Maßnahmen hierzu in bestehende Leitstrukturen für zu erhaltende Flugrouten von Fledermäusen werden nur außerhalb der Aktivitätszeit der Fledermäuse bzw. der Brutzeit der Avifauna (Zeitfenster der Baufeldfreimachung: 01.10 – 28.02.) durchgeführt.

#### **V 5: Lastverteilungsplatten zum Schutz von hochwertigen Biotopen und Böden**

Zur Vermeidung übermäßiger Bodenverdichtung und irreversibler Beeinträchtigungen von geschützten Grünlandbiotopflächen werden im Bereich von Arbeitsflächen und Zuwegungen Auflagen zur Lastverteilung aus wiederverwendbaren Materialien, mobilen Lastverteilplatten, Geotextil und Schotter oder/und profilierten, koppelbaren Baustraßenelementen ausgebracht. Der anschließende Rückbau erfolgt rückstandsfrei.

#### **V 6: Rekultivierung der Arbeitsflächen und Zuwegungen nach Abschluss der Bauarbeiten**

In Abhängigkeit von der Art und Intensität der Einwirkungen auf den Boden, den standörtlichen Bedingungen sowie unter Berücksichtigung der Anforderungen der Bewirtschafter erfolgt nach Abschluss der Bauarbeiten eine Rekultivierung der temporär genutzten Arbeitsflächen. Diese werden wieder der ursprünglichen Nutzung zugeführt. Dabei ist Beseitigung von Schadstoffrückständen und Abfällen/Reststoffen, eine Vermeidung von Materialvermischungen und Bodenverdichtungen sowie auf einen schichtenkonformen und substratspezifischen Wiedereinbau von Bodenmaterial zu achten. Beeinträchtigte Drainagen werden wiederhergestellt.

#### **V 7: Anwendung der geltenden Normen, technischen Regelwerke und Ausführungsvorgaben**

Die geltenden Normen, technischen Regelwerke und Ausführungsvorgaben (z.B. DIN-Normen, allgemeine Verwaltungsvorschriften, Richtlinien) werden konsequent angewendet.

##### **2.2.3.6.1.2 Eingriff**

Gemäß § 14 Abs. 1 BNatSchG sind Eingriffe in Natur und Landschaft Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können. Unter Beachtung von Sinn und Zweck der Eingriffsregelung ist eine Beeinträchtigung dann als erheblich anzusehen, wenn sie im konkreten Einzelfall nach Art, Umfang und Schwere beträchtlich, d.h. nicht völlig unwesentlich oder geringfügig ist. Mit Blick auf die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts ist hierbei insbesondere die Bedeutung der betroffenen Flächen, deren Größe, die Dauer der Einwirkungen, das Vorkommen seltener Tier- und Pflanzenarten und die Funktion der Flächen in ihrer Vernetzung mit anderen Flächen maßgeblich. Eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ist dann anzunehmen,

wenn das Vorhaben in seiner Umgebung als Fremdkörper in einem von gleichartigen Störungen weitgehend freigehaltenen Raum und damit als „landschaftsfremdes Element“ besonders in Erscheinung tritt. Vorbelastungen mindern regelmäßig die Schutzwürdigkeit und sind dementsprechend in die Betrachtung einzubeziehen. Die Schutzgüter der Eingriffsregelung, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts, der mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehende Grundwasserspiegel und das Landschaftsbild, sind jeweils getrennt zu bewerten und zu bilanzieren<sup>14</sup>.

Die „Erheblichkeit“ einer Beeinträchtigung ist abhängig von der Bedeutung des betroffenen Schutzgutes und der Art sowie der räumlichen und zeitlichen Ausdehnung der Beeinträchtigung (vgl. Anlage 12.1, Kap. 7). Eine Vielzahl von Beeinträchtigungen kann durch Vermeidungsmaßnahmen (vgl. Anlage 12.1, Kap. 6) in ihrer Wirkung minimiert oder ganz vermieden werden. Insbesondere während der Bauphase stehen die Minimierung und Vermeidung baubedingter Vorhabenauswirkungen im Vordergrund der Betrachtung.

Die oben aufgeführten Vermeidungsmaßnahmen (Ziffer 2.2.3.6.1.1) sind in der Lage, die Auswirkungen des Vorhabens auf Natur und Landschaft erheblich zu vermindern. Gleichwohl sind mit der Realisierung des Vorhabens konkrete nicht vermeidbare Auswirkungen verbunden, die jeweils zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes führen können. Die folgende Übersicht gibt die verbleibenden Beeinträchtigungen für die Schutzgüter Pflanzen (Biotoptypen / Vegetation) und Boden wieder.<sup>15</sup>

Unvermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen*	Bezugsgrößen
<b>Schutzgut Pflanzen (B1, B2, B3, B4)</b>	<b>Fläche / Kompensationsumfang</b>
Erhebliche Beeinträchtigung von Biotoptypen und Gehölzbeständen im Bereich der Maststandorte und Provisorien, Baustellenflächen, Zuwegungen und Schutzstreifen durch temporäre und dauerhafte Inanspruchnahme.	4.644 m <sup>2</sup> / 4.644 m <sup>2</sup>
<b>Schutzgut Boden (Bo1)</b>	<b>Fläche / Kompensationsumfang</b>
Dauerhafte Versiegelung und Verlust der Bodenfunktionen	341 m <sup>2</sup> / 157 m <sup>2</sup>

\* Konfliktbezeichnung und -nummer laut Anlage 12.1, Kap. 7.3 und 7.4

Weitergehende Informationen zu den einzelnen Beeinträchtigungen können dem Landschaftspflegerischen Begleitplan entnommen werden (siehe Anlage 12.1, Kap. 7).

<sup>14</sup> Lau, NuR 2011, 762 (765).

<sup>15</sup> Auswirkungen auf die beiden Schutzgüter des UVPG, Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit, sowie kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter, sind nicht Teil des Naturhaushalts im Sinne von § 7 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG und damit im Rahmen der Eingriffsregelung nach §§ 14ff. BNatSchG nicht zu betrachten.



### **2.2.3.6.1.3 Ausgleich und Ersatz**

Verbleiben, wie vorliegend, trotz der Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft, ist der Eingriffsverursacher gemäß § 15 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG verpflichtet, diese unvermeidbaren Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen (Ersatzmaßnahmen). Ausgeglichen ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in gleichartiger Weise wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neugestaltet ist (§ 15 Abs. 2 Satz 2 BNatSchG). Ersetzt ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in dem betroffenen Naturraum in gleichwertiger Weise hergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht neugestaltet ist (§ 15 Abs. 2 Satz 3 BNatSchG). Ausgleich und Ersatz stehen dabei gleichrangig nebeneinander. Im Übrigen muss zwischen der jeweiligen Beeinträchtigung und dem Ausgleich oder Ersatz ein funktionaler Zusammenhang bestehen. Für Ausgleichsmaßnahmen ist hierbei erforderlich, aber auch ausreichend, dass die Maßnahme auf den Beeinträchtigungsort zurückwirkt. Bei Ersatzmaßnahmen wird der funktionale Zusammenhang dagegen durch eine naturräumliche Betrachtung gewährleistet, sodass die Ersatzmaßnahme in demselben Naturraum erfolgen muss, in dem der Eingriff erfolgt ist. Nach der Gesetzesbegründung soll insoweit auf die Gliederung des Gebiets der BRD in 69 naturräumliche Haupteinheiten nach Ssymanck zurückgegriffen werden, was jedoch nicht verbindlich ist. Für Niedersachsen sollen aus fachlicher Sicht vielmehr die naturräumlichen Regionen in der überarbeiteten Fassung nach v. Drachenfels zugrunde gelegt werden.

Die Formulierung der Kompensationsanforderungen und die Bemessung des Kompensationsumfangs („Bilanzierungsregeln“) erfolgten auf der Grundlage des Leitfadens „Hochspannungsleitungen und Naturschutz“ (NLT 2011). Für jedes Schutzgut hat die Vorhabenträgerin den Kompensationsbedarf aus der Eingriffsfläche, multipliziert mit einem spezifischen Kompensationsfaktor, abgeleitet (Anlage 12.1, Tabelle 12). Dabei ergibt sich der Kompensationsfaktor aus der Bedeutung und der Regenerationsfähigkeit der betroffenen Biotope sowie aus der Intensität der Beeinträchtigung.

Auf dieser Grundlage wurde das Kompensationskonzept für die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach § 14 Abs. 1 BNatSchG entwickelt (Anlage 12.1, Kap. 8). Dieses besteht aus fünf Ausgleichsmaßnahmen, die in den Maßnahmenblättern zum LBP (Anlage 12.1), bzw. Maßnahme A5 in der Forstrechtlichen Unterlage (Anlage 15), detailliert beschrieben sind

Im Einzelnen werden folgende naturschutzrechtliche Kompensationsmaßnahmen planfestgestellt (siehe Anlage 12.4, Maßnahmenblätter zum LBP):

#### **A 1: Wiederherstellung von Gras- und Ruderalfluren**

Temporär beeinträchtigte terrestrische, nicht landwirtschaftliche Biotopflächen des Offenlandes werden nach Abschluss der Bauarbeiten durch eine gelenkte Sukzession wiederhergestellt. Im Regelfall wird dabei auf eine natürliche Sukzession aus dem vorhandenen Samen- und Rhizompotential gesetzt. Als Pflegemaßnahmen ist unterstützend

eine zweijährige Mahd sowie eine Einsaat, mit ausschließlich zertifiziertem Saatgut aus dem Ursprungsgebiet 5 gemäß § 40 Abs. 4 BNatSchG, und/oder Mahdgutübertragung vorgesehen, sofern die angestrebten Zielbiotope nicht innerhalb von zwei Jahren erreicht werden.

Wie die Vorhabenträgerin nach Einwand des Landkreises Helmstedt (vgl. Stellungnahme vom 11.11.2024, Ziffer 2.3.2.9) klarstellt, wird bei Wiederherstellung der Gras- und Ruderalfluren zudem darauf geachtet die Etablierung von Neophyten auf den Flächen zu verhindern. Die Verwendung von Saatgut aus einem zertifiziertem Herkunftsgebiet wird zudem über eine Nebenbestimmung unter Ziffer 1.3.3 sichergestellt.

## **A 2: Wiederherstellung von gesetzlich geschütztem Grünland**

Die Maßnahme betrifft die Wiederherstellung von für die Zuwegung zu Mast M3N LH-10-1824 temporär beanspruchte Fläche von 341 m<sup>2</sup> gesetzlich geschützten Grünlandes. Die Wiederherstellbarkeit des geschützten Biotops sonstige mesophile Grünland (GMS) soll durch Maßnahme V5 (Lastverteilungsplatten) erhalten werden. Für die Wiederherstellung wird im Regelfall dabei auf eine natürliche Sukzession aus dem vorhandenen Samen- und Rhizompotential gesetzt. Als Pflegemaßnahmen ist unterstützend eine zweijährige Mahd sowie eine Einsaat (mit zertifiziertem Saatgut gemäß § 40 Abs. 4 BNatSchG) vorgesehen, sofern das angestrebte Zielbiotop nicht innerhalb von zwei Jahren wiederhergestellt werden kann.

Der Landkreis Helmstedt fordert mit seiner Stellungnahme vom 11.11.2024 (vgl. Ziffer 2.3.2.9) eine Konkretisierung zur Dauer der Beeinträchtigung hinsichtlich der Regenerationsfähigkeit des Biotoptyps GMS und bezweifelt das angesetzte Kompensationsverhältnis. Die Vorhabenträgerin führt aus, dass während der Bauzeit durch die Verwendung von Lastverteilungsplatten bei der Nutzung des betroffenen Bereichs kein erheblicher Eingriff in das Bodengefüge zu erwarten sei und somit die Wiederherstellbarkeit des Biotoptyps maßgeblich begünstigt werde. Die Liegezeit der Platten sei dabei lediglich auf die tatsächliche Nutzung der Flächen als Zuwegung zu einem Mast beschränkt und betreffe dabei nur einen Teil der 2,5-jährigen Gesamtbauzeit. Sobald die Zuwegung nicht mehr erforderlich sei, erfolge der Rückbau und die Fläche könne der Wiederherstellung zugeführt werden. Gemäß DRACHENFELS 2024<sup>16</sup> ist der Biototyp GMS zwar nach Zerstörung schwer regenerierbar (> 25 bis 150 Jahre Regenerationszeit), durch günstige Voraussetzungen wie bspw. Mulchsaat mit Mähgut entsprechend passender Spenderflächen ist eine Wiederherstellung jedoch in Einzelfällen auch in kürzeren Zeiträumen möglich.

Da hier durch die Vermeidungsmaßnahme der Lastverteilungsplatten (V 5) und der temporären Beanspruchung der Flächen von einem grundsätzlichen Erhalt des Biotoptyps ausgegangen werden kann, sieht die Planfeststellungsbehörde unter Bezugnahme auf DRACHENFELS 2024 die Voraussetzungen gegeben, dass mit der geplanten Ausgleichsmaßnahme in Form der gelenkten Sukzession, bzw. erforderlichenfalls unter

---

16 DRACHENFELS (2024): Rote Liste der Biototypen in Niedersachsen. Regenerationsfähigkeit, Biotopwerte, Grundwasserabhängigkeit, Nährstoffempfindlichkeit, Gefährdung. Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen. Heft 2/2024.

Anwendung einer unterstützenden Einsaat, die Wiederherstellung des geschützten Grünlands erfolgreich ist. Durch die Festsetzung der hilfsweise zum Einsatz kommenden Einsaat sieht die Planfeststellungsbehörde dem Umstand bedingter Wiederherstellungsfähigkeit des Biotopstyps ausreichend Rechnung getragen. Entsprechend ist die Ausgleichsbilanz der Vorhabenträgerin nicht zu beanstanden.

### **A 3: Wiederherstellung von Gehölzbeständen**

Für Arbeitsflächen und Provisorien müssen Gehölze gerodet oder auf den Stock gesetzt werden. Zum Ausgleich der temporären Beeinträchtigung werden die betroffenen Flächen nach Beräumung der Arbeitsflächen durch Selbstbegrünung und Sukzession wiederhergestellt. Durch die natürlichen Sukzessionsabläufe wird das Aufwachsen der angestrebten Gehölzbestände erwartet. Regelmäßige, lenkende Pflegeeingriffe stellen den Erfolg der Maßnahme sicher und unterbinden das Aufkommen unerwünschten Aufwuchses, bspw. gebietsfremder Arten.

### **A 4: Ruderalflur/Waldsaum mit zugelassenem Gehölzaufwuchs**

Für Arbeitsflächen und Provisorien werden Gehölze temporär durch Rodung oder „Auf-den - Stock-setzen“ beeinträchtigt, zudem wird Boden für die Fundamente von fünf Neubaumasten dauerhaft versiegelt. Zum Ausgleich der dauerhaften Bodeninanspruchnahme wird eine Fläche mit bisher intensiv landwirtschaftlicher Bearbeitungsform aus der Nutzung genommen und entwickelt. Auf dieser Fläche soll zum Ausgleich der temporären Gehölzbeeinträchtigungen durch natürliche Sukzession eine Ruderalflur/Waldsaum mit zugelassenem Gehölzaufwuchs entstehen.

### **A 5: Aufforstung gemäß Forstgutachten**

Zum Ausgleich des Verlustes von Waldfunktionen durch eine temporäre Waldumwandlung erfolgt eine Ersatzaufforstung und Entwicklung eines standortheimischen Eichenmischwaldes. Hierzu werden Traubeneichen und Hainbuchen sowie an den Waldaußenrändern zusätzlich Eberesche, Feld-Ahorn und Vogelkirsche gepflanzt. Durch eine naturnahe Entwicklungspflege wird der Maßnahmenerfolg sichergestellt, bei Ausfall von mehr als 20 % der Anpflanzung erfolgen Nachbesserungen.

#### **2.2.3.6.1.4 Bilanzierung nach dem NWaldLG**

Für den Verlust von Wald im Sinne des § 2 Abs. 3 NWaldLG wurde der Kompensationsumfang (Ersatzaufforstung) nach den Ausführungsbestimmungen zum NWaldLG für den Landkreis Helmstedt (Anlage 15) ermittelt. Die forstrechtliche Ausgleichsverpflichtung (vgl. Ziffer 2.2.3.9) steht eigenständig neben dem naturschutzrechtlichen Folgenbewältigungsprogramm der Eingriffsregelung.

Betroffen sind 635 m<sup>2</sup> eines Sukzessionswaldes, der teilweise im Überspannbereich der bestehenden Leitung einer Wuchshöhenbeschränkung unterlag. Es ergibt sich ein Kompensationsbedarf von 889 m<sup>2</sup>.

Von der temporären Inanspruchnahme von Waldflächen (Waldumwandlung) können nach Abschluss der Bauarbeiten 635 m<sup>2</sup> durch die Wiederbewaldung der betroffenen Flächen kompensiert werden (Maßnahme A3). Die restlichen 356 m<sup>2</sup> des Kompensationsbedarfs werden durch das Entwickeln von Waldfunktionen mittels gelenkter Sukzession auf externen Flächen ausgeglichen (Maßnahme A5).

Die durch das Vorhaben beanspruchten Waldflächen werden demnach vollumfänglich kompensiert.

#### **2.2.3.6.2 Gebietsschutz**

Durch die geplante Entflechtung, den Ersatzneubau und Rückbau am UW Helmstedt sind Natura 2000-Gebiete (FFH-Gebiete, EU-Vogelschutzgebiete) weder direkt betroffen noch befindet sich ein solches Gebiet im Einflussbereich des Vorhabens (siehe Anlage 12.2, Übersichtsplan). Eine Prüfung der Verträglichkeit des Vorhabens im Sinne des § 34 Abs. 1 BNatSchG ist daher nicht notwendig.

Weiterhin sind keine Naturschutzgebiete (§ 23 BNatSchG), Nationalparke (§ 24 BNatSchG), Biosphärenreservate (§ 25 BNatSchG), Landschaftsschutzgebiete (§ 26 BNatSchG) sowie Naturdenkmale (§ 28 BNatSchG) oder Geschützte Landschaftsbestandteile (§ 29 BNatSchG) betroffen.

Das Nationale Naturmonument „Grünes Band Sachsen-Anhalt“ wird durch den südöstlichen Teil des 1.500 m-Untersuchungsraumes berührt, befindet sich jedoch nicht mehr im 200m-UR (siehe Anlage 12.2, Übersichtsplan). Da keine Flächeninanspruchnahmen erfolgen und aufgrund der Entfernung wird das Nationalen Naturmonument nicht beeinträchtigt.

Der Naturpark „Elm-Lappwald“ wird in der nördlichsten Spitze vom 200m-Untersuchungsraum erfasst (siehe Anlage 12.2, Übersichtsplan). Der Naturpark wird vom Vorhaben nicht beeinträchtigt, da keine Flächeninanspruchnahme erfolgt.

#### **2.2.3.6.3 Gesetzlich geschützte Biotope**

Gemäß § 30 Abs. 1 BNatSchG sind bestimmte Teile von Natur und Landschaft, die eine besondere Bedeutung als Biotope haben, gesetzlich geschützt. Der Schutz erstreckt sich auf die in § 30 Abs. 2 BNatSchG aufgeführten Biotoptypen. In § 24 NNatSchG wird der Schutz auf einige weitere Biotoptypen erweitert. Nach § 30 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG sind Handlungen, die zu einer Zerstörung oder einer sonstigen erheblichen Beeinträchtigung dieser Biotope führen können, verboten. Die genaue Lage der betroffenen Biotope ist dem Bestands- und Konfliktplan (Anlage 12.3) zu entnehmen.

Im Untersuchungsgebiet für Biotope (200 m-UR) wurde sonstiges mesophiles Grünland (GMS) mit der Wertstufe IV erfasst, welches nach § 24 Abs. 2 NNatSchG gesetzlich geschützt ist. Vorhabenbedingt werden auf der Zuwegung zu Mast M3N LH-10-1824 vier Teilflächen in Anspruch genommen. Insgesamt sind 341 m<sup>2</sup> dieses Biotopstyps beeinträchtigt.

Nach der Bilanzierungsmethode der Eingriffsregelung werden Beeinträchtigungen von Biotoptypen mit einer Wertstufe > II als „erheblich“ beurteilt. Daher wurde für alle gesetzlich

geschützten Biotope im Bereich der temporären und dauerhaften Flächeninanspruchnahmen angenommen. Die Planfeststellungsbehörde sieht daher den Verbotstatbestand des § 30 Abs. 2 BNatSchG als erfüllt an.

Durch Lastverteilerplatten auf den Flächen des geschützten Biotopes GMS werden die Beeinträchtigungen vermindert (vgl. Maßnahme V 5), indem die Biotopflächen vor irreversiblen Schädigungen und Verdichtungen des Unterbodens geschützt werden. Eine erhebliche Beeinträchtigung ist dennoch nicht vermeidbar.

Von den Verboten nach § 30 Abs. 2 BNatSchG kann nach § 30 Abs. 3 BNatSchG auf Antrag eine Ausnahme zugelassen werden, wenn die Beeinträchtigungen ausgeglichen werden können (§ 15 Abs. 2 Satz 2 BNatSchG). Ausgeglichen ist eine Beeinträchtigung nur, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in gleichartiger Weise wiederhergestellt sind. Dies erfordert die Schaffung eines gleichartigen Biotops, d.h. ein Biotop vom selben Typ, der in den standörtlichen Gegebenheiten und Flächenausdehnung mit dem zerstörten oder beeinträchtigten Biotop im Wesentlichen übereinstimmt.<sup>17</sup> Dies ist vorliegend der Fall, da die Vorhabenträgerin durch die Maßnahme A2 den Biotoptyp wiederherstellt. Ein dauerhafter Verlust von § 30 BNatSchG i.V.m. § 24 Abs. 2 NNatSchG geschützten Biotopen (sonstiges mesophiles Grünland) tritt daher nicht ein, da dieser ausgeglichen wird (vgl. Ausgleichsmaßnahme A 2). Vergleiche dazu auch die Ausführungen zu A2 unter 2.2.3.6.1.3.

Vorsorglich hat die Planfeststellungsbehörde auch überprüft, ob die Voraussetzungen für eine Befreiung nach § 67 Abs. 1 S. 1, § 30 Abs. 8 i.V.m. § 41 NNatSchG vorliegen und dies bejaht. Im konkreten Fall vermag sich das öffentliche Interesse an den mit dem Vorhaben verfolgten Zielen gegenüber den Belangen des Biotopschutzes durchzusetzen: Die mit dem Vorhaben verfolgten energiewirtschaftlichen Interessen – insbesondere der Zugewinn an Versorgungssicherheit und Netzstabilität – überwiegen die Interessen am Biotopschutz.

Für die in Anspruch zu nehmenden geschützten Biotope wird eine Ausnahme nach § 30 Abs. 3 BNatSchG i.V.m. § 41 NNatSchG zugelassen (1.5.1).

#### **2.2.3.6.4 Artenschutz**

Für die Planung und Zulassung von Infrastruktur- und sonstigen Bauvorhaben ist das besondere Artenschutzrecht von Relevanz. Nach ständiger Rechtsprechung ist in der Vorhabenzulassung zu prüfen, ob das Vorhaben zur Auslösung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG führt.<sup>18</sup>

Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten:

---

<sup>17</sup> Endres, in: Frenz/Müggenborg BKom BNatSchG § 30 Rn. 23.

<sup>18</sup> Siehe nur BVerwG, Urteile vom 12. August 2009 – 9 A 64/07 –, juris, NuR 2010, 276 (Rn. 37), BVerwGE 134, 308-335; vom 18. März 2009 – 9 A 39/07 –, juris, NVwZ 2010, 44 (Rn. 43), BVerwGE 133, 239-280.

1. wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wildlebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wildlebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wildlebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG gelten für nach § 15 Abs. 1 BNatSchG unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Eingriffe in Natur und Landschaft, die nach § 17 Abs. 1 oder Abs. 3 BNatSchG zugelassen oder von einer Behörde durchgeführt werden, sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe der Sätze 2 bis 5 des § 44 Abs. 5 BNatSchG. Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind (im Artenschutzbeitrag zusammengefasst als europarechtlich geschützte Arten), liegt ein Verstoß gegen

1. das Tötungs- und Verletzungsverbot nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann,
2. das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind,
3. das Verbot nach Absatz 1 Nummer 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Ggf. sind funktionserhaltende oder konfliktmindernde Maßnahmen zu treffen, die unmittelbar räumlich mit dem betroffenen Bestand verbunden sind und so rechtzeitig durchgeführt werden, dass zwischen dem Erfolg der Maßnahmen und der Durchführung des Vorhabens keine



zeitliche Lücke entsteht. Soweit erforderlich sind deshalb zur Funktionserhaltung „vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen“ (CEF-Maßnahmen) durchzuführen.

Für Standorte wildlebender Pflanzen nach Anhang IVb der FFH-Richtlinie gilt Entsprechendes.

Die aufgeführten Zugriffsverbote des Artenschutzrechts sind als strikt geltendes Recht zu begreifen. Verstöße gegen diese Verbote können nicht im Wege der planerischen Abwägung, sondern nur im Rahmen einer Ausnahmeregelung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG überwunden werden, z.B. wenn zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses vorliegen, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art.

Die Vorhabenträgerin hat einen Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag vorgelegt (Anlage 13), in dem die Auswirkungen des Vorhabens in Bezug auf die artenschutzrechtlichen Verbote geprüft werden. Die Planfeststellungsbehörde hat den Fachbeitrag geprüft und teilt im Ergebnis die darin getroffenen Feststellungen und Bewertungen. Das Vorhaben bewegt sich im Rahmen des strikt zu beachtenden Artenschutzrechts. Die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG werden nicht verletzt.

#### **2.2.3.6.4.1 Bestand**

Die Beurteilung der artenschutzrechtlichen Belange erfolgte vorrangig auf Grundlage der Untersuchungen für das Vorhaben „380-kV-Netzver-stärkung Wolmirstedt – Helmstedt – Walle“ (Vorhaben 10B gem. BBPlG). Darüber hinaus erfolgten im abgesteckten Untersuchungsraum faunistischen und floristische Erfassungen in den Jahren 2020-2022 für Biotoptypen inkl. der FFH-Lebensraumtypen und Rote-Liste-Pflanzenarten, eine Strukturkartierung, Avifauna (Brutvögel) inkl. Horstkartierung, Rastvögel, Biber und Fischotter, Haselmaus, Reptilien sowie eine Potenzialeinschätzung der Gebäude, inkl. Ein-Ausflugskontrolle von Fledermäusen. Im Jahr 2024 erfolgte darüber hinaus eine Nachkartierung für die Zauneidechse.

Darüber hinaus wurden folgende Datengrundlagen zu Habitatansprüchen und Verbreitungsschwerpunkten der potentiell vorkommenden Arten herangezogen und ausgewertet (siehe auch Anlage 13, Kap.4.1):

- Artdaten und bedeutsame Bereiche aus den Umweltkarten des NLWKN
- Artdaten und bedeutsame Bereiche des NLWKN
- Artdaten und bedeutsame Bereiche des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, (LAU ST)
- Artdaten der Unteren Naturschutzbehörden der Landkreise Helmstedt und Börde
- Niedersächsische Referenzliste der Tier- und Pflanzenarten der Anhänge II und IV der FFH-RL
- Vollzugshinweise des NLWKN für Arten und Lebensraumtypen

- Verbreitungskarten des Bundesamtes für Naturschutz
- Verbreitungskarten der Fledermäuse in Niedersachsen, zur Verfügung gestellt durch BatMap (Fledermaus Informationssystem) des NABU Niedersachsen
- Wolfsnachweise und Wolfsterritorien, zur Verfügung gestellt durch Wildtiermanagement.com der Landesjägerschaft Niedersachsen e.V.
- Luchsverbreitung in Deutschland 2019/2020, gemäß Daten des BfN
- Ergebnisse des Luchs-Monitoring des Arbeitskreises Hessenluchs
- Internethandbuch zu den Arten der FFH-Richtlinie Anhang IV des BfN

Der Untersuchungsraum (UR) ist je nach zu betrachtender Artengruppe unterschiedlich weit gefasst (vgl. Anlage 13, Kap. 3.7). Hinsichtlich der Arten nach Anhang IV der FFH-RL (außer Avifauna) umfasst der UR 25 m um Zuwegungen, 50 m um Arbeitsflächen und Gerüststellflächen, sowie maximal 100 m um Maststandorte der Freileitungen, um die temporäre Freileitung und die Provisorien. Die Brutvogelerfassung erfolgt in einem Umfeld von 500 m um Arbeitsflächen, Gerüststellflächen, Maststandorte der Freileitungen, um die temporäre Freileitung und Provisorien. Der Untersuchungsraum für die Brutvögel wird zudem um den an das Vorhabengebiet angrenzende Lappwaldsee erweitert. Für ausgewählte Brut- und Gastvogelarten mit einer sehr hohen, hohen und mittleren vorhabentypspezifischen Mortalitätsgefährdung nach (vMGI-Klassen A, B und C) gemäß BERNOTAT & DIERSCHKE 2021 sowie für Rastvogelarten wird der Untersuchungsraum bis auf maximal 3.000 m um das Vorhaben erweitert. In seiner Ausdehnung umfasst der Untersuchungsraum somit hauptsächlich Flächen in Niedersachsen, im Osten des UR aber auch kleinere Bereiche in Sachsen-Anhalt.

Unter Hinzuziehung der Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens stellt die Planfeststellungsbehörde fest, dass die Datengrundlage geeignet ist, um anhand der daraus gewonnenen Erkenntnisse ausreichend belastbar beurteilen zu können, ob das Vorhaben zur Auslösung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. § 44 Abs. 5 BNatSchG führt.

#### **2.2.3.6.4.2 Beurteilung der Verbotstatbestände – Relevanzbetrachtung**

Im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag (Anlage 13, nachfolgend ASB genannt), werden die auf den untersuchten Flächen nachgewiesenen sowie potenziell vorkommenden streng und europarechtlich geschützten Arten aufgeführt (siehe Anlage 13, Kap. 4.2).

Ausgehend von den faunistischen Erfassungen, der Ausgestaltung des Untersuchungsraumes sowie ergänzenden Datenrecherchen wurde im Zuge einer Relevanzprüfung abgeschätzt, welche Arten bzw. Artengruppen im Wirkraum des UW vorkommen und durch das Vorhaben betroffen sein können. Hierbei wurden ausschließlich diejenigen Arten / Artengruppen geprüft, für die keine bzw. keine vollständigen Kartierungen vorliegen. Dies betrifft: Säugetiere,



Amphibien, Fische, Schmetterlinge, Käfer, Libellen, Weichtiere und in geringem Umfang auch Pflanzen.

Das Ergebnis der in Niedersachsen vorkommenden Artengruppen mit Arten des Anhang IV der FFH-RL bzw. der VS-RL und deren potenzielle Betroffenheit im Untersuchungsraum (siehe Anlage 13, Kap. 4.2) ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt

Taxa	Betroffenheit
Fledermäuse	Ja, Vorkommen verschiedener Fledermausarten wurden nachgewiesen.
Säugetiere (ohne Fledermäuse)	Nein, Vorkommen konnte nicht nachgewiesen werden oder kann aufgrund der Habitatausstattung des Untersuchungsraumes ausgeschlossen werden.
Amphibien	Nein, aufgrund der Habitatausstattung des Untersuchungsraumes kann ein Vorkommen ausgeschlossen werden.
Fische/Neunaugen	Nein, aufgrund der Habitatausstattung des Untersuchungsraumes kann ein Vorkommen ausgeschlossen werden.
Schmetterlinge	Nein, das Untersuchungsgebiet liegt außerhalb des Verbreitungsgebietes der in Betracht kommenden Arten oder ein Vorkommen kann aufgrund der Habitatausstattung des Untersuchungsraumes ausgeschlossen werden.
Käfer	Nein, das Untersuchungsgebiet liegt außerhalb des Verbreitungsgebietes der in Betracht kommenden Arten oder ein Vorkommen kann aufgrund der Habitatausstattung des Untersuchungsraumes ausgeschlossen werden.
Libellen	Nein, das Untersuchungsgebiet liegt außerhalb des Verbreitungsgebietes der in Betracht kommenden Arten oder ein Vorkommen kann aufgrund der Habitatausstattung des Untersuchungsraumes ausgeschlossen werden.
Weichtiere	Nein, aufgrund der Habitatausstattung des Untersuchungsraumes kann ein Vorkommen ausgeschlossen werden.
Pflanzen	Nein, auf den geringfügig nicht kartierten Flächen kann aufgrund der Habitatausstattung des Untersuchungsraumes ein Vorkommen ausgeschlossen werden.

Dem zufolge war eine vertiefte artenschutzrechtliche Betrachtung für die Artengruppen Fledermäuse und, abgeleitet aus den Kartierungen (vgl. Ziffer 2.2.3.6.4.1), für die Zauneidechse sowie für die Avifauna erforderlich, da das Vorkommen in den Wirkräumen des Vorhabens bzw. Auswirkungen des Vorhabens nicht ausgeschlossen werden konnten.



## Säugetiere – Fledermäuse

Alle Fledermausarten gehören zu den Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie und haben damit eine Relevanz für eine artenschutzrechtliche Betrachtung nach § 44 BNatSchG. Im Eingriffsbereich ist mit den nachfolgend aufgeführten 11 Fledermausarten zu rechnen, die den Bereich als Jagdgebiet und Quartierstandort nutzen.

Artname	Wissenschaftlicher Name
Mopsfledermaus	<i>Barbastella barbastellus</i>
Breitflügelfledermaus	<i>Eptesicus serotinus</i>
Bechsteinfledermaus	<i>Myotis bechsteinii</i>
Wasserfledermaus	<i>Myotis daubentonii</i>
Fransenfledermaus	<i>Myotis nattereri</i>
Kleiner Abendsegler	<i>Nyctalus leisleri</i>
Großer Abendsegler	<i>Nyctalus noctula</i>
Rauhautfledermaus	<i>Pipistrellus nathusii</i>
Zwergfledermaus	<i>Pipistrellus pipistrellus</i>
Mückenfledermaus	<i>Pipistrellus pygmaeus</i>
Braunes Langohr	<i>Plecotus auritus</i>

## Reptilien

Kartierungen im Untersuchungsraum aus den Jahren 2023 und 2024 ergaben ein Vorkommen der Zauneidechse als Art des Anhangs IV der FFH-RL von Relevanz für eine artenschutzrechtliche Betrachtung nach § 44 BNatSchG. Ein Vorkommen weiterer artenschutzrechtlich relevanter Reptilienarten konnte durch die Relevanzprüfung im Vorhabengebiet ausgeschlossen werden.

Artname	Wissenschaftlicher Name
Zauneidechse	<i>Lacerta agilis</i>

## Brutvögel

Die Erfassung der Brutvögel erfolgte flächendeckend und punktgenau nach den Methodenstandards von ALBRECHT ET AL.<sup>19</sup> (Methodenblatt V1) und SÜDBECK ET AL.<sup>20</sup>. Die

<sup>19</sup> ALBRECHT ET AL. 2014: Leistungsbeschreibungen für faunistische Untersuchungen im Zusammenhang mit landschaftsplanerischen Fachbeiträgen und Artenschutzbeitrag. Albrecht et al. 2014

<sup>20</sup> SÜDBECK ET AL. 2005: Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands.



nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick der im Untersuchungsraum kartierten Brutvogelarten.

Deutscher Artname	Wissenschaftlicher Artname	Deutscher Artname	Wissenschaftlicher Artname
Amsel	<i>Turdus merula</i>	Kernbeißer	<i>Coccothraustes coccothraustes</i>
Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>	Kohlmeise	<i>Parus major</i>
Baumpieper	<i>Anthus trivialis</i>	Kolkrabe	<i>Corvus corax</i>
Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>	Kranich	<i>Grus grus</i>
Bluthänfling	<i>Linaria cannabina</i>	Kuckuck	<i>Cuculus canorus</i>
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	Mäusebussard	<i>Buteo buteo</i>
Buntspecht	<i>Dendrocopos major</i>	Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>
Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>	Nachtigall	<i>Luscinia megarhynchos</i>
Eichelhäher	<i>Garrulus glandarius</i>	Neuntöter	<i>Lanius collurio</i>
Elster	<i>Pica</i>	Rabenkrähe	<i>Corvus corone</i>
Feldlerche	<i>Alauda arvensis</i>	Rebhuhn	<i>Perdix perdix</i>
Feldschwirl	<i>Locustella naevia</i>	Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>
Feldsperling	<i>Passer montanus</i>	Rotkehlchen	<i>Erithacus rubecula</i>
Fitis	<i>Phylloscopus trochilus</i>	Rotmilan	<i>Milvus milvus</i>
Flussregenpfeifer	<i>Charadrius dubius</i>	Schwanzmeise	<i>Aegithalos caudatus</i>
Gartengrasmücke	<i>Sylvia borin</i>	Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>
Gelbspötter	<i>Hippolais icterina</i>	Stieglitz	<i>Carduelis carduelis</i>
Goldammer	<i>Emberiza citrinella</i>	Sumpfrohrsänger	<i>Acrocephalus palustris</i>
Graugans	<i>Anser anser</i>	Turmfalke	<i>Falco tinnunculus</i>
Grünfink	<i>Carduelis chloris</i>	Uferschwalbe	<i>Riparia riparia</i>
Grünspecht	<i>Picus viridis</i>	Wendehals	<i>Jynx torquilla</i>
Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>	Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>
Heidelerche	<i>Lullula arborea</i>	Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>
Jagdfasan	<i>Phasianus colchicus</i>		

Im Rahmen der Brutvogelkartierung wurden insgesamt 47 Arten innerhalb des Untersuchungsgebiets nachgewiesen. Davon zwei Brutnachweise, 40 mit Brutverdacht und fünf Arten kartiert als Brutvögel im Großrevier. Von allen im Gebiet festgestellten Arten sind neun Vogelarten gemäß § 44 Bundesnaturschutzgesetz „streng geschützt“ und vier Arten sind im Anhang I der Vogelschutzrichtlinie geführt. Zehn Arten sind in ihrem Bestand deutschlandweit bzw. in Niedersachsen oder Sachsen-Anhalt gefährdet bis stark gefährdet.

Von den 47 kartierten Brutvogelarten werden 18 Arten (in der Tabelle grau hinterlegt) als planungsrelevante Einzelart weitergehend artbezogen betrachtet. Die restlichen 29 Arten

werden als landesweit bestandsungefährdete Brutvögel eingeordnet und in Gilden zusammengefasst betrachtet.

## Zug- und Rastvögel

Im Untersuchungsraum liegen weder wertvolle Gastvogellebensräume des Landes Niedersachsen oder EU-Vogelschutzgebiete noch liegen Hinweise auf Vorkommen relevanter Arten vor. Die vorhabenbezogene Datengrundlage basiert auf den Rastvogelkartierungen aus den Jahren 2020 und 2021, ergänzt durch die Erkenntnisse der Brutvogelkartierungen. Im direkten Umkreis von 100 m um den Vorhabenbereich wurden keine Rastvögel nachgewiesen. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick der im Untersuchungsraum kartierten Zug- und Rastvogelarten.

Artname	Wissenschaftlicher Name
Bluthänfling	<i>Carduelis cannabina</i>
Erlenzeisig	<i>Spinus spinus</i>
Feldlerche	<i>Alauda arvensis</i>
Goldammer	<i>Emberiza citrinella</i>
Graugans	<i>Anser anser</i>
Haubentaucher	<i>Podiceps cristatus</i>
Lachmöwe	<i>Larus ridibundus</i>
Mäusebussard	<i>Buteo buteo</i>
Nilgans	<i>Alopochen aegyptiaca</i>
Reiherente	<i>Aythya fuligula</i>
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>
Rohrweihe	<i>Circus aeruginosus</i>
Rotdrossel	<i>Turdus iliacus</i>
Rotmilan	<i>Milvus milvus</i>
Saatgans	<i>Anser fabalis</i>
Schnatterente	<i>Anas strepera</i>
Seeadler	<i>Haliaeetus albicilla</i>
Silbermöwe	<i>Larus argentatus</i>
Sperber	<i>Accipiter nisus</i>
Star	<i>Sturnus vulgaris</i>
Stockente	<i>Anas platyrhynchos</i>
Turmfalke	<i>Falco tinnunculus</i>
Wanderfalke	<i>Falco peregrinus</i>

Im Rahmen der Rastvogelkartierung konnten 23 Zug- oder Rastvogelarten festgestellt werden, teilweise sind diese dabei als Durchzügler oder Rastvögel einzuordnen. Davon sind sieben Vogelarten gemäß § 44 Bundesnaturschutzgesetz „streng geschützt“, vier Arten sind im

Anhang I der Vogelschutzrichtlinie und sieben Arten sind nach Artikel 4 (2) der Vogelschutzrichtlinie gelistet. Zwei Arten sind in ihrem Bestand deutschlandweit gefährdet bis stark gefährdet.

Von allen im Gebiet festgestellten Zug- oder Rastvogelarten werden elf als planungsrelevante Arten eingestuft. Diese werden zusammengefasst in jeweilige Gilden vertieft betrachtet.

Nach Anhang IV der FFH-Richtlinie streng geschützte Arten der Artengruppen der Säugetiere (ohne Fledermäuse), Amphibien, Fische/Neunaugen, Schmetterlinge, Käfer, Libellen und Weichtiere wurden im Untersuchungsgebiet nicht nachgewiesen bzw. sind im Bereich des Vorhabens aufgrund ihrer Verbreitung bzw. der Habitatausstattung nicht zu erwarten. Ebenfalls ist das Auftreten von Farn- und Blütenpflanzen des Anhang IV im Untersuchungsraum aufgrund der Ausgestaltung der Landschaft ausgeschlossen. Für den Wolf und den Luchs ist folgendes festzustellen: ein Vorkommen ist grundsätzlich potentiell möglich. Jedoch ist wegen des großen Aktionsradius und der maximal kleinräumigen Inanspruchnahme potentieller, im Plangebiet nur in sehr geringem Maße vorzufindenden Habitatstrukturen jeweils von keiner Betroffenheit auszugehen.

#### **2.2.3.6.4.3 Beurteilung der Verbotstatbestände – Artprüfung**

Für die streng geschützten Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie sowie die relevanten Brutvogelarten erfolgte jeweils eine vertiefte spezifische Betrachtung der Verbotstatbestände. Hierbei wurde für jede relevante Art bzw. Artengruppe untersucht, ob die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG eintreten könnten. Falls sich eine Betroffenheit nicht ausschließen ließ, wurden Vermeidungsmaßnahmen vorgesehen. Unter Berücksichtigung dieser Maßnahmen erfolgte eine abschließende Prognose der artenschutzrechtlichen Konflikte. Entsprechend dem Charakter des besonderen Artenschutzrechts als spezielles Ordnungsrecht war hierbei zu prüfen, ob eine hinreichende Wahrscheinlichkeit dafür besteht, dass es zum Eintreten von Verbotstatbeständen kommt.<sup>21</sup> Der strenge gebietsschutzrechtliche Maßstab, wonach unter Berücksichtigung der besten einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse kein vernünftiger Zweifel am Ausbleiben relevanter Beeinträchtigungen bestehen darf, kommt im besonderen Artenschutzrecht hingegen nicht zur Anwendung.<sup>22</sup>

#### **2.2.3.6.4.3.1 Beurteilung der Verbotstatbestände – Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie**

##### **Fledermäuse – hier die Arten:**

Gehölbewohnende Fledermausarten: Mopsfledermaus, Bechsteinfledermaus, Braunes Langohr, Kleiner Abendsegler, Großer Abendsegler, Fransenfledermaus, Rauhaufledermaus, Wasserfledermaus, Mückenfledermaus

<sup>21</sup> Kautz, in: Kolodziejczok/Endres/Krohn/Markus, Naturschutz, Landschaftspflege, Losebl. (Stand: Dez. 2018), Kennz. 0760, § 44 Rn. 50.

<sup>22</sup> BVerwG, Urteile vom 9. Juli 2008 – 9 A 14/07 –, juris, BVerwGE 131, 274 (Rn. 56 ff.); vom 28. April 2016 – 9 A 9/15 –, juris, Rn. 132, BVerwGE 155, 91-129.

## Gebäudebewohnende Fledermausarten: Breitflügelfledermaus, Zwergfledermaus

### Vorkommen im Untersuchungsgebiet

Im Untersuchungsraum befinden sich drei Bäume mit Eignung als Fledermausquartier. Dabei hat ein Baum hohes Potential als Lebensraum für Fledermäuse und andere Höhlenbrüter, da sich die gefundenen Höhlen- und Spaltenstrukturen als Sommerquartier eignen. Die anderen Bäume weisen Eignungen als Zwischenquartier auf.

An den Gebäuden des UW Helmstedt Ost (Tennet) konnte nur ein geringes Quartierpotential festgestellt werden. Die Eignung als Wochenstube, Sommer- oder Winterquartier wird ausgeschlossen. Lediglich eine Nutzung der Gebäude als Zwischenquartier ist potentiell möglich, es kann jedoch von einem geringen Potential ausgegangen werden.

Die vier Arten Zwergfledermaus, Breitflügelfledermaus, Abendsegler und Wasserfledermaus konnten bei der Kartierung insgesamt durch 19 Kontakte festgestellt werden. Dabei ist davon auszugehen, dass es sich dabei um Transferflüge handelte und die Gehölzränder als Flugrouten genutzt werden. Die Nutzung des Untersuchungsraumes als Jagdgebiet wurde ausgeschlossen, auch Soziallaute wurden nicht aufgenommen.

### Einschätzung der Verbotstatbestände

Im Zuge des Abbaus der rückzubauenden Freileitung sowie der Errichtung und Beseilung der neuen Maste inklusive des Freileitungsprovisoriums ist es erforderlich, Gehölze zu beseitigen bzw. rückzuschneiden. Jedoch sind weder die kartierten Strukturbäume mit Habitatpotential für gehölzbewohnende Fledermäuse betroffen noch werden Gebäude mit Habitatpotential für gebäudebewohnende Arten vorhabenbedingt beansprucht. Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG werden dem Grunde nach nicht erfüllt, da eine Verletzung oder Tötung von Tieren ausgeschlossen werden kann.

Im direkten Umfeld der Bauarbeiten sind durch den Baubetrieb Störungen in Form von Vergrämungs- und Beunruhigungseffekte (Lärm, Erschütterungen, Licht, Bewegungen) möglich. Dadurch kann es zu Beeinträchtigungen von allen jagenden Fledermausarten sowie den in den Gehölzen wohnenden Arten kommen und dabei der Erhaltungszustand der Population gefährdet werden. Da Bautätigkeiten üblicherweise tagsüber durchgeführt werden, sind die nachtaktiven Fledermäuse allenfalls in der Dämmerung, wenn überhaupt aber nur in sehr geringem Maße betroffen. Potentiell beeinträchtigte Tiere suchen in der Regel weiter entfernte Habitatbäume auf bzw. können weiterhin Transferflüge in die Umgebung unternehmen, da die Störungen generell nur eine geringe Reichweite aufweisen.

Bei der Herstellung des ca. 30 m breiten Schutzstreifens der Leitung LH-10-1824 kann es vorhabenbedingt zu einer Barriere- oder Trennwirkung kommen, da in Gehölze eingegriffen wird, die als lokale Leitstrukturen dienen. Wenn dabei wertvolle Nahrungshabitate während der Wochenstubenzeit betroffen sind, kann dies zu erheblichen Störungen führen. Mit einer partiellen Wuchshöhenbeschränkung kann der Erhalt lokaler Leitstrukturen als niedrige Gebüschreihe bei Herstellung des Schutzstreifens erzielt werden (Maßnahme V<sub>AF</sub>4). Auf diese

Weise wird eine Trennwirkung vermieden und das Auftreten von Störungen ausgeschlossen. Die Voraussetzungen des Verbotstatbestands nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG sind demnach nicht erfüllt.

Der Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten kann ebenfalls ausgeschlossen werden, da weder die im Untersuchungsraum festgestellten Strukturbäume mit Potential für gehölbewohnenden Arten noch die vorhandenen Gebäude vorhabenbedingt beansprucht werden. Dahingegen kommt es zu Flächeneinbußen von Gehölzstrukturen und Offenland mit Potential als Nahrungshabitate. Unter Berücksichtigung der weiträumigen Aktionsradien der Fledermäuse in Kombination mit der geringen räumlichen Eingriffsausdehnung sind diese Flächen jedoch nicht als unverzichtbare Lebensraumbestandteile für die einzelnen Tiere einzustufen. Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG werden demnach nicht erfüllt.

Nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde ist die angeführte Vermeidungsmaßnahme V<sub>AF</sub>4 geeignet, um für die Fledermausarten die Verletzung möglicher spezifischer Verbotstatbestände zu vermeiden. Die Erteilung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG ist im Zuge dieses Vorhabens nicht erforderlich.

#### **Säugetiere (ohne Fledermäuse):**

Im Untersuchungsraum konnten keine Säugetierarten des Anhang IV der FFH-Richtlinie mit potentiell Vorkommen in Niedersachsen nachgewiesen werden.

Wie vom Landkreis Helmstedt in der Stellungnahme vom 11.11.2024 angemerkt, ist ein Vorkommen von Wolf und Luchs im Grundsatz möglich. Sowohl aufgrund der Habitatausstattung des Vorhabengebietes, der flächenmäßig geringen Beanspruchung als auch hinsichtlich des sehr großen Aktionsradius der beiden Arten schließt die Vorhabenträgerin eine Betroffenheit und somit die Verletzung möglicher spezifischer Verbotstatbestände aus. Die Planfeststellungsbehörde schließt sich dieser plausiblen Annahme der Vorhabenträgerin an. Eine Betroffenheit der Arten Wolf und Luchs ist hiernach nicht ersichtlich.

#### **Reptilien – hier Zauneidechse:**

Mittels Kartierungen ließ sich die Zauneidechse im Vorhabengebiet feststellen. Weitere Vorkommen relevanter Reptilienarten sind nach abgeschlossener Relevanzprüfung nicht zu erwarten.

#### **Vorkommen im Untersuchungsgebiet**

Die Flächen mit geeigneten Strukturen und Zauneidechsen-Fundpunkten befinden sich vermehrt in den Staudenfluren und Sukzessionsgebüsch entlang der Schienentrasse östlich des UW Helmstedt-Ost (Tennet) sowie im Wegbegleitenden Sukzessionsgebüsch nördlich des Umspannwerkes (siehe Anlage 13, Abb. 4). Habitatpotential bieten zudem die Flächen zwischen Mast 006 und 005, hier liegen jedoch nur vereinzelt konkrete Nachweise vor.



### Einschätzung der Verbotstatbestände

Im Zuge der Errichtung von Arbeitsflächen am Mast 004 und 004N (LH-10-1824) sind in geringfügigem Maße Eingriffe in Zauneidechsenlebensräume erforderlich. Zudem sind Gründungsarbeiten an Neu- und Rückbaumasten auch im Nahbereich von Reptilienhabitaten vorgesehen. Durch baubedingte Flächeninanspruchnahme und die potenzielle Fallenwirkung von Baugruben kann es potentiell zur Tötung von Individuen sowie zu Gelegeverlusten kommen. Die Maßnahme V<sub>AR</sub> 3 (in Verbindung mit Maßnahme V 0 – Umweltbaubegleitung) ist zur Verminderung des baubedingten Tötungsrisikos vorgesehen. Diese umfasst die strukturelle Vergrämung vor Baubeginn sowie auf allen bau- und anlagebedingt zu beanspruchenden Flächen mit Habitaten das Abfangen von potentiell verbleibenden Zauneidechsen. Um die Wiedereinwanderung von Einzeltieren sowie die Fallenwirkung von Baugruben im Umfeld von Zauneidechsenhabitaten zu abzuwenden, erfolgt zusätzlich im Bereich der Arbeitsflächen die Errichtung eines temporären Schutzzauns. Das Ziel, möglichst alle Individuen zu erfassen, gilt als erreicht, wenn bei drei aufeinanderfolgenden Begehungen unter optimalen Wetterbedingungen keine Individuen mehr beobachtet werden. Da vorhabenbedingt lediglich kleinere Teilbereiche größerer, teils mit weiteren Zauneidechsenlebensräumen verbundener Habitatflächen betroffen sind, wird sich die Vergrämung voraussichtlich nur auf einige wenige Tiere auswirken. Es sind ausreichend Ausweichbereiche innerhalb der Zauneidechsenlebensräume vorhanden, insbesondere hinsichtlich der räumlich stark eingeschränkten Auswirkung der Beanspruchung. Selbst wenn trotz Anwendung der vorgesehenen Maßnahme einzelne Individuenverluste auftreten, erhöht sich das Tötungsrisiko im Vergleich zum allgemeinen Lebensrisiko nicht signifikant. Das Lebensrisiko für die Zauneidechse verbleibt in dem Maße, in dem es für Individuen dieser Art im Hinblick auf natürliche Feinde allgegenwärtig ist und innerhalb des Risikos, das eine Vorhabenumsetzung im Naturraum mit sich bringt.<sup>23</sup> Abschließend kann festgestellt werden, dass die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG dem Grunde nach nicht erfüllt werden.

Im direkten Umfeld der Bauarbeiten sind durch den Baubetrieb Störungen in Form von Vergrämungs- und Beunruhigungseffekten (Lärm, Erschütterungen, Licht, Bewegungen) möglich. Da Zauneidechsen typischerweise oft im direkten Umfeld von Bahntrassen, Autobahnen und Abbauf Flächen unter entsprechendem Einfluss von akustischen und optischen Störreizen und Erschütterungen zu finden sind, ist vorhabenbedingt nicht von einer erheblichen Störung der lokalen Population oder Auswirkungen auf den Erhaltungszustand auszugehen. Die Voraussetzungen des Verbotstatbestands nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG sind demnach nicht erfüllt.

Der Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten kann ausgeschlossen werden, da bei sachgemäßer Durchführung der Baumaßnahmen und Vermeidungsmaßnahme V<sub>AR</sub> 3 keine Inanspruchnahme von Zauneidechsenhabitaten in erheblichem Maße erfolgt. Es kommt baubedingt zu Eingriffen in Lebensraumstrukturen durch die Einrichtung von Arbeitsflächen an

---

<sup>23</sup> BVerwG, Urt. V. 28.04.2016, Az. 9 A 9.15, Rz. 141.

den Masten 004 und 004N (LH-10-1824), jedoch werden lediglich kleinere Teilbereiche größerer, teils mit weiteren Zauneidechsenlebensräumen verbundener Habitatflächen tangiert. Es ist zu erwarten, dass der vorhandene Gesamtlebensraum in Struktur und ausreichender Größe erhalten bleibt, auch da die bauzeitlich beanspruchten Flächen nach Abschluss der Baumaßnahmen wieder zur Verfügung stehen. Die Voraussetzungen für ein Verbot gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG liegen nicht vor, da die Funktionsfähigkeit der Lebensstätten im räumlichen Zusammenhang mit angrenzenden, vom Vorhaben unbeeinträchtigten Lebensräumen weiterhin gewährleistet ist.

Nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde ist die angeführte Vermeidungsmaßnahme V<sub>AR3</sub> geeignet, um für die Zauneidechse die Verletzung möglicher spezifischer Verbotstatbestände zu vermeiden. Die Erteilung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG ist im Zuge dieses Vorhabens nicht erforderlich.

#### **2.2.3.6.4.3.2 Beurteilung der Verbotstatbestände – Europäische Vogelarten**

##### **2.2.3.5.5.3.2.1 Brutvögel**

###### Vorkommen im Untersuchungsgebiet

Von den 47 nachgewiesenen Brutvogelarten erfolgt für 18 Arten (vgl. Ziffer 2.2.3.6.4.2) eine artbezogene Einzelprüfung. Hierbei handelt es sich um prioritäre Arten gemäß Prioritätenlisten der Arten und Lebensraum-/Biototypen mit besonderem Handlungsbedarf, Arten des Anhangs I der EU-VSchRL, Arten der aktuell gültigen Roten Liste Niedersachsens (einschl. Regionalliste) bzw. Deutschlands mit Gefährdungsgrad (Status 1, 2, 3 und V) und Arten die gemäß § 44 Bundesnaturschutzgesetz „streng geschützt“ sind. Namentlich fallen darunter die folgenden Arten: Bluthänfling, Feldlerche, Feldsperling, Feldschwirl, Flussregenpfeifer, Gartengrasmücke, Grünspecht, Heidelerche, Kranich, Kuckuck, Mäusebussard, Nachtigall, Neuntöter, Rebhuhn, Rotmilan, Turmfalke, Uferschwalbe und Wendehals.

Die restlichen Arten gelten als landesweit bestandsungefährdete Brutvögel und werden zusammengefasst in den Gilden „Bodenbrüter des Offenlandes“, „Brutvögel der Fließ- und Stillgewässer inkl. Ufer und Röhrichte“, „Gehölzfreibrüter inklusive Gehölzbodenbrüter“ sowie „Gehölz(halb)höhlenbrüter“ betrachtet.

###### Einschätzung der Verbotstatbestände

Für fast alle dieser relevanten Brutvogelarten ist unter Berücksichtigung der generellen Vermeidungsmaßnahmen vorhabenbedingt nicht mit dem Eintritt von Verbotstatbeständen gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG zu rechnen. Für viele Arten ist das Bruthabitat aufgrund der Entfernung vom Vorhaben nicht betroffen oder sie zeigen dem Vorhaben gegenüber charakteristischerweise eine geringe Fluchtdistanz. Andere Arten weisen keine hohe (oder sehr hohe) vorhabentypspezifische Mortalitätsgefährdung oder keine erhöhte Empfindlichkeit gegenüber den temporär erhöhten Zerschneidungs-, Verdrängungswirkungen und Lebensraumveränderungen durch das Vorhaben auf. Weitere, artspezifische Informationen

sind den Artsteckbriefen (Anlage 13, Kap. 5.2.1) zu entnehmen. Das Kollisionsrisiko wurde für die einzelnen Arten nach BERNOTAT & DIERSCHKE (2021)<sup>24</sup> bzw. nach BERNOTAT ET AL. (2018)<sup>25</sup> bewertet (Anlage 13, Anhang 1).

Für die nachfolgend aufgeführten Arten und Gilden sind zusätzliche Vermeidungsmaßnahmen erforderlich, um das Eintreten von Verbotstatbeständen zu vermeiden:

Für die Brutvogelarten Feldlerche, Kuckuck und Rebhuhn sowie den Gilden „Bodenbrüter des Offenlandes“, „Gehölzfreibrüter inklusive Gehölzbodenbrüter“ und „Gehölz(halb)höhlenbrüter“ werden durch die Umsetzung der Maßnahme V<sub>AR</sub> 1 (Bauzeitenregelung/Baufeldfreimachung Avifauna) artenschutzrechtliche Verbotstatbestände (Fang, Verletzung, Tötung) im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ausgeschlossen. Hierfür ist die Baufeldfreimachung sowie die Beseitigung aller als Brutstandort geeigneter Strukturen ausschließlich in einem festgelegten Zeitraum außerhalb der Brutsaison der betreffenden Arten, hier vom 01.10.-28.02., zulässig. Insbesondere zum Schutz der bodenbrütenden Arten ist derselbe Zeitraum auch für die Baufeldfreimachung bzw. Beginn der Bauausführungen im Offenland vorgesehen.

Zusätzlich wird mit der Maßnahme V<sub>AR</sub> 2 (Vergrämnungsmaßnahme Avifauna) sichergestellt, dass die in Anspruch zu nehmenden Flächen vor Beginn der Brutsaison als Bruthabitat entwertet werden. Dies gilt insbesondere für die Offenlandarten Feldlerche, Rebhuhn sowie der Gilde „Bodenbrüter des Offenlandes“. Um sicherzustellen, dass keine Individuen gestört, verletzt oder getötet werden, erfolgen beispielsweise tägliche Begehungen der beräumten Flächen mit Hunden, kommt Flatterband in Kombination mit weiteren visuellen Störreizen (bspw. Flugdrachen) zum Einsatz oder die Flächen werden wiederkehrend gemäht. Auch der Bodenumbruch zur Schwarzbrache und deren Erhalt bis zur Aufnahme des Baubetriebs ist als ein potentieller Aspekt der Vergrämnungsmaßnahme vorgesehen.

Beide Maßnahmen, V<sub>AR</sub> 1 und V<sub>AR</sub> 2, werden eng durch die Umweltbaubegleitung (V 0) betreut.

Die Planfeststellungsbehörde kommt insgesamt vor dem Hintergrund der vorgelegten Unterlagen zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung der vorgesehenen Vermeidungsmaßnahmen weder für die Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie noch die europäischen Vogelarten gem. Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie vorhabenbedingt Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG zu erwarten sind. Eine Entscheidung über Ausnahmen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG ist daher nicht erforderlich.

### **2.2.3.5.5.3.2.2 Zugvögel**

#### Vorkommen im Untersuchungsgebiet

---

<sup>24</sup> BERNOTAT & DIERSCHKE (2021) Übergeordnete Kriterien zur Bewertung der Mortalität wildlebender Tiere im Rahmen von Projekten und Eingriffen – Teil II.1: Arbeitshilfe zur Bewertung der Kollisionsgefährdung von Vögeln an Freileitungen, 4. Fassung

<sup>25</sup> BERNOTAT ET AL. (2018): Arbeitshilfe arten- und gebietsschutzrechtliche Prüfung bei Freileitungsvorhaben

Von den 23 nachgewiesenen Zug- oder Rastvogelarten erfolgt für elf Arten (vgl. Ziffer 2.2.3.6.4.2) eine artbezogene Einzelprüfung. Hierbei handelt es sich um Arten des Anhangs I der EU-VSchRL, Arten die nach Artikel 4 (2) der Vogelschutzrichtlinie gelistet sind, Arten der aktuell gültigen Roten Liste Niedersachsens (einschl. Regionalliste) bzw. Deutschlands mit Gefährdungsgrad (Status 2, 3 und V) und Arten die gemäß § 44 Bundesnaturschutzgesetz „streng geschützt“ sind. Namentlich fallen darunter die folgenden Arten: Feldlerche, Graugans, Haubentaucher, Lachmöwe, Nilgans, Reiherente, Rotmilan, Saatgans, Schnatterente, Silbermöwe und Stockente.

In der artenschutzrechtlichen Prüfung nach BERNOTAT & DIERSCHKE (2021)<sup>26</sup> sind Gastvogelarten vor allem dann relevant, wenn sie regelmäßig genutzte und räumlich eindeutig abgrenzbare Rastgebiete aufsuchen. Sind Rastvorkommen nur sporadisch oder zufällig, können diese planerisch nicht zielführend berücksichtigt werden. Daher kann für die nachfolgend genannten Arten eine Betroffenheit durch das Vorhaben ausgeschlossen werden; eine weitere Prüfung ist nicht erforderlich.

Die Arten Haubentaucher, Rotmilan und Schnatterente konnten nur in geringen Individuenzahlen (weniger als 5 Rastvögel/Durchzügler) oder beim Überfliegen festgestellt werden, sodass nicht von einem bedeutenden Vorkommen oder Ansammlung in relevanter Nähe ausgegangen werden muss. Ausgeschlossen werden kann somit sowohl eine erhebliche Störung oder der Verlust essentieller Rastbereiche als auch eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos.

Die Feldlerche fällt aufgrund der im Offenland jährlich wechselnden Rasthabitate aus der weiteren Betrachtung. Die kleinflächige baubedingte Flächeninanspruchnahme und vorhabenbedingte Störungen sind in Verbindung mit der großflächigen Habitateignung des Untersuchungsraumes nicht geeignet, eine artenschutzrechtliche Betroffenheit auszulösen. Auch eine signifikante Erhöhung des Tötungsrisikos kann für die Feldlerche ausgeschlossen werden.

Die verbleibenden sieben prüfrelevanten Arten – Graugans, Lachmöwe, Nilgans, Reiherente, Saatgans, Silbermöwe und Stockente – werden zusammengefasst in jeweilige Gilden „Enten und Taucher“, „Gänse und Schwäne“, „Möwen“, vertieft betrachtet.

### Einschätzung der Verbotstatbestände

Für alle dieser relevanten Zug- und Rastvogelarten ist unter Berücksichtigung der generellen Vermeidungsmaßnahmen vorhabenbedingt nicht mit dem Eintritt von Verbotstatbeständen gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG zu rechnen. Im Zuge der vorhabenbedingten Flächeninanspruchnahme ist eine Tötung von Individuen ausgeschlossen, da die hochmobilen

---

<sup>26</sup>BERNOTAT & DIERSCHKE (2021): Übergeordnete Kriterien zur Bewertung der Mortalität wildlebender Tiere im Rahmen von Projekten und Eingriffen. Teil II.1: Arbeitshilfe zur Bewertung der Kollisionsgefährdung von Vögeln an Freileitungen, 4. Fassung.

Vögel die betreffenden Räume verlassen können. Zudem entfällt bei der Betrachtung der Zug- und Rastvögel das Kriterium des Gelegeverlustes.

Das Kollisionsrisiko wurde für die einzelnen Arten nach BERNOTAT & DIERSCHKE (2021)<sup>27</sup> bzw. nach BERNOTAT ET AL. (2018)<sup>28</sup> bewertet (Anlage 13, Anhang 1). Alle im Untersuchungsgebiet nachgewiesenen Arten weisen gegenüber Leitungsanflügen eine mittlere Mortalitätsgefährdung auf. Der Lappwaldsee als nächstgelegenes Rastgebiet mit Potential als zentraler Aktionsraum liegt zwar teilweise im vorhabenbedingten Eingriffsbereich. Da hier jedoch jeweils nur wenige Individuen und/oder Überflüge festgestellt wurden, sind keine deutliche Häufung von Anflügen und damit auch keine signifikante Erhöhung des Kollisionsrisikos über das allgemeine Lebensrisiko hinaus zu erwarten. Der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist nicht erfüllt.

Bauzeitlich kann es aufgrund von bspw. Lärm oder Baustellenverkehr zu Scheuchwirkungen und Beunruhigungen und somit zu baubedingten Störungen der Zug- und Rastvögel kommen. Da durch die Bautätigkeit nur kleinräumige Flächen und nur Teilflächen des gesamten Nahrungs- bzw. Rastgebietes beansprucht werden, bieten sich den Tieren in der näheren Umgebung ausreichende Ausweichflächen und Rückzugsräume. Für die Gilde der „Möwen“ liegen die in Betracht kommenden Rastflächen zudem außerhalb der artspezifischen Stördistanz. Ferner handelt es sich zum einen um auf die Bauzeit beschränkte, das heißt maximal zwei Rastperioden betreffende Störungen, welche in der Regel zusätzlich außerhalb der Zug- und Rastzeit terminiert sind. Zum anderen ist von lediglich punktuellen Störungen an bspw. Maststandorten oder Abspannschnitten auszugehen. Bezüglich der anlagebedingten Scheuchwirkung, die eine Entwertung eines artspezifischen Abstandsbereiches nach sich zieht, ist zu berücksichtigen, dass diese Beeinträchtigung auch schon aktuell durch die Vorbelastung in Form der bestehenden 110-kV-Freileitungen und Umspannwerke vor Ort wirkt. Es ist also davon auszugehen, dass die Arten zur Rast und Nahrungsaufnahme - wie auch in der Bestandssituation - auf Flächen außerhalb der artspezifischen Meidebereiche ausweichen und sich somit keine relevanten negativen Änderungen im Vergleich zur Bestandssituation ergeben.

Im Hinblick auf Verbotstatbestände der Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG) ist für die Gilde der „Gänse und Schwäne“ anzuführen, dass nur Teilbereiche von Nahrungs- und Rasthabitaten (ohne besondere Bedeutung) baubedingt und temporär beansprucht werden. Eine andauernde Funktionsbeeinträchtigung kann zudem aufgrund der kurzen Regenerationszeiten der beeinträchtigten Strukturen nach Bauende ausgeschlossen werden. Im räumlichen Zusammenhang bleibt die Ruhe- und Raststättenfunktion demnach durchgehend erhalten. Die bedeutenden Rastflächen für die Gilden „Enten und Taucher“ sowie „Möwen“ befinden sich

---

<sup>27</sup> BERNOTAT & DIERSCHKE (2021): Übergeordnete Kriterien zur Bewertung der Mortalität wildlebender Tiere im Rahmen von Projekten und Eingriffen – Teil II.1: Arbeitshilfe zur Bewertung der Kollisionsgefährdung von Vögeln an Freileitungen, 4. Fassung“

<sup>28</sup>BERNOTAT ET AL. (2018): Arbeitshilfe arten- und gebietsschutzrechtliche Prüfung bei Freileitungsvorhaben

außerhalb der vorhabenbedingten Eingriffsbereiche. Verbotstatbestände werden daher nicht ausgelöst.

Die Planfeststellungsbehörde kommt insgesamt vor dem Hintergrund der vorgelegten Unterlagen zu dem Ergebnis, dass weder für die Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie noch die europäischen Vogelarten gem. Art. 1 der Vogelschutzrichtlinie vorhabenbedingt Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG zu erwarten sind. Eine Entscheidung über Ausnahmen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG ist daher nicht erforderlich.

#### **2.2.3.7 Bodenschutz und Kreislaufwirtschaft**

Vorgaben zum Schutz des Bodens finden sich u.a. im BBodSchG und KrWG wieder. Nach § 4 Abs. 1 BBodSchG hat jeder, der aktiv auf den Boden einwirkt, sich so zu verhalten, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden. Einwirken meint hier jedes Handeln, das den Boden zum Gegenstand hat. Erfasst sind damit auch Bodenversiegelungs- und -verdichtungsmaßnahmen infolge Bautätigkeit, auch Bodenaustauschmaßnahmen und -verfüllungen oder der Umgang mit bodengefährdenden Stoffen.<sup>29</sup> Schädliche Bodenveränderungen im Sinne des BBodSchG sind Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen, § 2 Abs. 3 BBodSchG. Hierdurch wird die Vorhabenträgerin zu vorbeugendem Bodenschutz verpflichtet. Nach Überzeugung der Planfeststellungsbehörde stehen die Vorgaben des Bodenschutzrechts der Genehmigung des Vorhabens nicht entgegen, wenngleich die Planfeststellungsbehörde es für notwendig erachtet, sich die Anordnung weiterer Nebenbestimmungen vorzubehalten, vgl. Ziff. 1.4.3.

Die Vorhabenträgerin hat baubedingte und anlagebedingte Wirkfaktoren auf den Boden identifiziert. Anlagebedingt kommt es zu dauerhaften Versiegelungen und Verdichtungen im Bereich der Masten. Hierdurch kommt es zu einem dauerhaften Verlust der natürlichen Bodenfunktionen. Diese Beeinträchtigungen sind allerdings punktuell und nicht geeignet, Gefahren, erhebliche Belästigungen oder Nachteile herbeizuführen. Auch kann der Boden oberhalb der Fundamente wieder verfüllt werden und sodann Funktionen des Bodens wieder erfüllen. Die verbleibenden Beeinträchtigungen sind unvermeidbar und werden über die naturschutzrechtliche Eingriffsbilanz miterfasst und nach § 15 Abs. 2 BNatSchG ausgeglichen.

Zudem wird durch die Tiefbaumaßnahmen und die Einrichtung der Baustellen und Material- und Lagerflächen in die Bodenstruktur eingegriffen. Dort, wo empfindliche Biotoptypen betroffen sind, verwendet die Vorhabenträgerin daher Lastverteilungsplatten (V 5). Im Übrigen sieht die Vorhabenträgerin vor, durch die Maßnahme V 6 den ursprünglichen Zustand durch Rekultivierung wiederherzustellen. Hierfür infrage kommen bspw. Bodenlockerungen oder Zwischenbegrünungen. Näheres soll nach Aussage der Vorhabenträgerin im noch zu entwickelnden Bodenschutzkonzept durch die BBB entwickelt werden. Die Planfeststellungsbehörde stimmt mit den Trägern öffentlicher Belange, die ein solches gefordert haben, überein und verpflichtet die Vorhabenträgerin, ein Bodenschutzkonzept in Anlehnung an die DIN 19639 zu erarbeiten und der Planfeststellungsbehörde und der unteren

---

<sup>29</sup> Landmann/Rohmer UmweltR/Dombert, 105. EL September 2024, BBodSchG § 4 Rn. 7, beck-online.



Bodenschutzbehörde des Landkreises Helmstedt spätestens einen Monat vor Baubeginn zur Genehmigung vorzulegen (1.3.5). Hierin ist ein Konzept zur Vermeidung stofflicher und bodenphysikalischer Bodenveränderungen zu erarbeiten. Dieses hat – neben den o.g. druckempfindlichen Biotopen – auch andere gegenüber Bodenverdichtung empfindliche Böden zu berücksichtigen, die die Archivfunktion des Bodens im besonderen Maße erfüllen. Die Planfeststellungsbehörde behält sich die Anordnung weiterer Nebenbestimmungen vor.

Daneben ist durch Planung der Vorhabenträgerin, die die Planfeststellungsbehörde über 1.3.5 verbindlich festsetzt, auch gesichert, dass die bodenschützenden Vorschriften des KrWG eingehalten werden. Der im Zuge der Mastgründungen anfallende Oberboden ist ortsnah, schichtgetreu, in möglichst kurzer Dauer und entsprechend vor Witterung geschützt zu lagern und vorrangig zum Verfüllen der Maststandorte zu verwenden. Übriger Aushub ist abzutransportieren. Für den Rückbau werden die Fundamente bis 1,5 m unter Erdoberkante entfernt, auf Schadstoffe überprüft und fachgerecht entsorgt. Sofern teerölimprägnierte Schwellenfundamente vorgefunden werden, ist für deren Behandlung der Leitfaden des LGLN („Geofakten 33, Teerölimprägnierte Schwellenfundamente“) zu beachten. Die Verbreitung von Schadstoffen kann durch fachgerechtes Vorgehen unter Beachtung der Bestimmungen unter 1.3.5 verhindert werden. Die entstehenden Gruben können im Anschluss unter Verwendung örtüblichen Bodenmaterials verfüllt werden und stehen sodann für die Weiternutzung zur Verfügung.

#### **2.2.3.8 Klimaschutz**

Dem Vorhaben stehen auch die Belange des globalen Klimaschutzes nicht entgegen. Nach § 13 Abs. 1 S. 1 KSG haben die Träger öffentlicher Aufgaben bei ihren Planungen und Entscheidungen den Zweck und die Ziele des Klimaschutzgesetzes und die zu seiner Erfüllung festgelegten Ziele zu berücksichtigen. Insbesondere dort, wo der öffentlichen Hand gesetzliche Entscheidungsspielräume, Ermessens- oder Beurteilungsspielräume zustehen, kommt nach dem Willen des Gesetzgebers der § 13 Abs. 1 S. 1 KSG zum Tragen. Der Maßstab für die Berücksichtigung ergibt sich aus dem in § 1 KSG umschriebenen Zweck und den in § 3 KSG festgelegten Zielen des Gesetzes. Dementsprechend muss bei den Planungen und Entscheidungen die Frage in den Blick genommen werden, ob und inwieweit diese Einfluss auf die Treibhausgasemissionen haben und die Erreichung der Klimaziele gefährden können.<sup>30</sup> Danach verlangt das Berücksichtigungsgebot des § 13 Abs. 1 Satz 1 KSG von der Planfeststellungsbehörde, mit einem - bezogen auf die konkrete Planungssituation - vertretbaren Aufwand zu ermitteln, welche CO<sub>2</sub>-relevanten Auswirkungen das Vorhaben hat und welche Folgen sich daraus für die Klimaziele des Bundes-Klimaschutzgesetzes ergeben.<sup>31</sup> Es geht um die Einhaltung der nationalen, europäischen und völkerrechtlichen Klimaschutzziele, wobei langfristig eine "Netto-Treibhausgasneutralität" im Sinne eines Gleichgewichts zwischen den anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen aus Quellen und dem Abbau solcher Gase durch Senken angestrebt wird. Klimarelevant sind dabei alle in Anlage 1 des KSG genannten Sektoren.

<sup>30</sup> BVerwG, Urteil vom 4. Mai 2022 – 9 A 7/21 –, BVerwGE 175, 312-338, Rn. 78.

<sup>31</sup> BVerwG, Urteil vom 4. Mai 2022 – 9 A 7/21 –, BVerwGE 175, 312-338, Rn. 82.



Nach dem Willen des Gesetzgebers dient § 13 Abs. 1 KSG allerdings dazu, querschnittsartig Regelungslücken zu schließen.<sup>32</sup> Dies versteht die Rechtsprechung dahingehend, dass das Berücksichtigungsgebot eingreift, soweit die Fachgesetze die Berücksichtigung des Klimaschutzes nicht ausdrücklich vorschreiben.<sup>33</sup> Da das EnWG ausweislich § 1 Abs. 1 EnWG auf eine treibhausgasneutrale Energieversorgung zielt, hat der Gesetzgeber den Belang des Klimaschutzes im energiewirtschaftsrechtliche Fachplanungsrecht bereits berücksichtigt.

Vorsorglich hat die Planfeststellungsbehörde die mit dem Vorhaben verbundenen THG-Emissionen in der Abwägung berücksichtigt. Die Planfeststellungsbehörde hat allerdings davon abgesehen, die genannten THG-Emissionen im Einzelnen quantifizieren zu lassen. Es existieren derzeit für energierechtliche Zulassungsverfahren keine Handreichungen zur Ermittlung der THG-Emissionen oder Regelwerke, die für entsprechende Zahlen eine sinnvolle Einordnung erlauben würden. Nach Überzeugung der Planfeststellungsbehörde ist es daher im vorliegenden Falle ausreichend, die Emissionen im Einzelnen zu benennen: Für die Realisierung des Vorhabens werden THG-Emissionen durch die Herstellung der Anlagen selbst durch Baumaterial (Sektor Industrie) und durch Mehrverkehr von Baumaschinen (Sektor Verkehr) anfallen. Zudem werden für das Vorhaben 635 m<sup>2</sup> naturnahes Sukzessionsgehölz gerodet. Derartige Eingriffe in klimarelevante Biotopstrukturen sind dem Sektor Landnutzungsänderungen zuzuschreiben. Ihre Kompensation wird nach dem NWaldG bzw. dem Runderlass zum Waldgesetz ermittelt. Die aufgrund der Waldumwandlung neu zu entwickelnde Aufforstungsfläche beträgt 889 m<sup>2</sup>. Langfristig kann hierdurch auch die klimarelevante Funktion der ursprünglichen Gehölze wiederhergestellt werden. Bis dahin verbleibt indes ein Defizit, das aufgrund der Dringlichkeit schnell umsetzbarer Klimaschutzmaßnahmen entsprechend eingeordnet werden muss. Dem stehen die mit dem Vorhaben verfolgten Ziele gegenüber (vgl. dazu auch 2.2.3.1). Das Vorhaben dient insgesamt der Netzstabilität, indem es die Erweiterung des UW Helmstedt ermöglicht, die Entflechtung der Leitungen LH-10-1850 und LH-10-1869 für den Wartungsfall vorsieht und durch die Verlegung der LH-10-1824 und den Rückbau der LH-10-1868 Platz für den Netzausbau durch die Bedarfsplanmaßnahme LH-10-3048 schafft. Das Vorhaben steht im Zusammenhang mit dem Ziel einer sicheren, preisgünstigen und klimaschonenden Energieversorgung der Netzkunden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind nach überzeugender Darstellung der Vorhabenträgerin die benannten Eingriffe erforderlich.

Die Planfeststellungsbehörde kommt im vorliegenden Falle zu dem Ergebnis, dass die durch das Vorhaben verursachten THG-Emissionen hinzunehmen sind. Die mit dem Vorhaben verbundenen Ziele rechtfertigen die anlagebedingten und bauzeitlichen Emissionen. Aus § 13 Abs. 1 S. 1 KSG kann kein genereller Vorrang des Klimaschutzes vor anderen Belangen abgeleitet werden. Maßgeblich sind die tatsächlichen Umstände des Einzelfalles, nach denen sich auch andere abwägungsrelevante Belange und Interessen durchsetzen können.<sup>34</sup> Im vorliegenden Falle galt es zu berücksichtigen, dass das Vorhaben selbst auch im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung der Stromversorgung steht und damit

---

<sup>32</sup> BT-Drs. 19/14337 S. 36.

<sup>33</sup> BVerwG, Urt. v. 04.05.2022 - 9 A 7.21, Rn. 86.

<sup>34</sup> Vgl. BVerwG, Urt. v. 04.05.2022 - 9 A 7.21, Rn. 86.

klimaschützenden Zielen dient. Daher war in diesem Falle dem Vorhaben Vorrang einzuräumen.

### **2.2.3.9 Wald und Forstwirtschaft**

Dem Vorhaben steht auch das Waldrecht nicht entgegen. Für das Provisorium der LH 10-1824 nordöstlich des Umspannwerks der Vorhabenträgerin müssen Arbeitsflächen eingerichtet werden. Im Bereich des neuen Maststandorts M4N der LH 10-1824 werden weitere Bäume beseitigt. Zwischen den Umspannwerken besteht weiterer Bedarf für eine Arbeitsfläche für die Umverlegungen der 110-kV-Leitungen LH 10-1869 und LH 10-1824, für die ebenfalls Bäume zu beseitigen sind. Es wird hierdurch insgesamt 635 m<sup>2</sup> Sukzessionswald beeinträchtigt. Die Vorhabenträgerin hat hier Eschen, Birken, Weiden und Pappeln mit einer durchschnittlichen Höhe von 15 m kartiert.

Gemäß § 8 Abs. 1 NWaldLG darf Wald nur mit Genehmigung der Waldbehörde in Flächen mit einer anderen Nutzungsart umgewandelt werden, wobei die Genehmigung vorliegen muss, bevor mit dem Fällen, dem Roden oder der sonstigen Beseitigung begonnen wird. Die Waldbehörde kann die Genehmigung erteilen, wenn die Waldumwandlung Belangen der Allgemeinheit dient oder erhebliche wirtschaftliche Interessen der waldbesitzenden Person die Umwandlung erfordern und die genannten Belange und Interessen unter Berücksichtigung der Ersatzmaßnahmen nach § 8 Abs. 4 und Abs. 5 Satz 5 NWaldLG und der Maßnahmen nach § 8 Abs. 5 Satz 1 NWaldLG das öffentliche Interesse an der Schutz-, Erholungs- und Nutzfunktion überwiegen (§ 8 Abs. 3 Satz 1 NWaldLG). Die für die Waldumwandlung sprechenden Gründe sind entsprechend der ihnen zukommenden Bedeutung mit denjenigen der Walderhaltung abzuwägen. Im vorliegenden Falle fällt diese Abwägung zugunsten der Vorhabenrealisierung aus. Durch das Vorhaben wird die Netzsicherheit verbessert, die kreuzungsfreie Einschleifung der Bedarfsplanmaßnahmen 10 D-Ost sowie die Erweiterung des Umspannwerks der Vorhabenträgerin ermöglicht. Diese Belange überwiegen im vorliegenden Falle diejenigen der Walderhaltung. Insbesondere darf hier zugunsten der Vorhabenrealisierung angeführt werden, dass es sich lediglich um eine temporäre Waldumwandlung handelt und auf denselben Flächen die derzeit bestehenden Funktionen durch gelenkte Sukzession wiederhergestellt werden.

Eine Waldumwandlung soll in diesem Zusammenhang nur unter der Auflage einer Ersatzaufforstung genehmigt werden, die den in § 1 Nr. 1 NWaldLG genannten Waldfunktionen entspricht, mindestens jedoch den gleichen Flächenumfang hat (§ 8 Abs. 4 Satz 1 NWaldLG). Im Ausnahmefall kann die Genehmigung nach § 8 Abs. 4 Satz 3 NWaldLG auch mit der Auflage versehen werden, andere waldbauliche Maßnahmen zur Stärkung des Naturhaushalts durchzuführen.

Die Ausführungsbestimmungen zum Niedersächsischen Waldgesetz (NWaldLG)<sup>35</sup> enthalten Regelungen über Kompensationsmaßnahmen für den Fall der Umwandlung von Wald. Mit den vorgelegten Forstrechtlichen Gutachten (Anlage 15) hat die Vorhabenträgerin den erforderlichen Kompensationsumfang errechnet. Die darin getroffenen Feststellungen sind

---

<sup>35</sup> Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:  
Ausführungsbestimmungen zum NWaldLG (Runderlass vom 5. November 2016 - 406-64002-136).

plausibel und methodisch nicht zu beanstanden und entsprechen zudem den Ausführungsbestimmungen zum NWaldLG. Insgesamt werden 635 m<sup>2</sup> Wald beansprucht. Aus der Nutzungs-, Schutz- und Erholungsfunktion hat die Vorhabenträgerin eine durchschnittliche Wertigkeit von 2 errechnet, woraus sich nach 2.1.2 der Ausführungsbestimmungen ein Kompensationsfaktor von 1,3-1,7 ergibt. Dass die Vorhabenträgerin diesen mit insgesamt 1,4 unter Berücksichtigung eines Zuschlags von 0,1 für die Dauer der Flächeninanspruchnahme zeitlich um 2 Jahre versetzte Wiederaufforstung ansetzt, wird nicht beanstandet. Hieraus ergibt sich ein Gesamtkompensationsumfang von 889 m<sup>2</sup>. Hiervon kann die Vorhabenträgerin 533 m<sup>2</sup> auf den zuvor entwaldeten Flächen unmittelbar durch gelenkte Sukzession wiederherstellen (Maßnahme A 3), weitere 356 m<sup>2</sup> werden auf einer externen Flächen in der Gemeinde Diddlese, Gemarkung Diddlese (Maßnahme A 5) aufgeforstet. Somit liegen die Voraussetzungen des § 8 Abs. 4 Satz 1 NWaldLG zur Genehmigung der Waldumwandlung vor, dass eine Genehmigung hierfür erteilt werden kann (1.5.2).

#### **2.2.3.10 Wasserrechtliche Belange**

Das planfestgestellte Vorhaben entspricht auch den Belangen der Wasserwirtschaft und des Gewässerschutzes. Durch die Errichtung und den Betrieb der Leitung, sowie durch die Rückbaumaßnahmen sind keine schädlichen, durch Nebenbestimmungen nicht vermeidbare oder nicht ausgleichbare Gewässerveränderungen zu erwarten.

Entsprechend den durchgeführten Baugrunduntersuchungen sind Wasserhaltungen nicht vorgesehen. Aufgrund der Flutung des benachbarten Lappwaldsees ist das Antreffen von Grundwasser bei den Gründungen unwahrscheinlich. Sofern solche wider Erwarten erforderlich werden sollten, ist ein Antrag gesondert zu stellen und nur im Einvernehmen mit der UWB zu erteilen (1.3.7). Hierfür ist ein Wasserhaltungskonzept mit Angabe der Berechnungen und Abschätzungen, vor allem zur Menge des geförderten Grundwassers, vor Baubeginn der zuständigen unteren Wasserbehörde zur weiteren Abstimmung vorzulegen.

Verunreinigungen des Grundwassers durch Schadstoffeinträge sind bei Einhaltung der geltenden Normen insbesondere zum Bodenschutz (V 7) nicht zu erwarten.

Auch Oberflächengewässer werden von dem Vorhaben nicht betroffen. Der einzige Oberflächenwasserkörper im Untersuchungsgebiet ist der nur temporär Wasser führende Graben im Nordosten des Untersuchungsgebiets. Dieser wird durch die Leitungsverlegungen nicht beeinträchtigt. Maßnahmen zur Einleitung, Anlagen an, über oder unter Oberflächengewässer sind nicht vorgesehen. Verunreinigungen von Oberflächengewässern über den Grundwasserleiter sind über die Einhaltung von Bodenschutzmaßnahmen und Beachtung geltender Normen und des aktuellen Stands der Technik zu verhindern (1.3.1).

#### **2.2.3.11 Kommunale Belange**

Das Vorhaben steht auch mit dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht gemäß Art. 28 Abs. 2 GG in Einklang. Das Selbstverwaltungsrecht gewährleistet der Kommune, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Unter die Planungshoheit fallen Entscheidungen über die zukünftige Gestaltung des Gemeindegebiets und damit die Planung der städtebaulichen Entwicklung



durch Umsetzung des Bauplanungsrechts. Zwar besteht nach § 38 S. 1 Hs. 1 BauGB keine Verbindlichkeit bauplanungsrechtlicher Anforderungen für bauliche Maßnahmen von überörtlicher Bedeutung aufgrund von Planfeststellungsverfahren; an ihre Stelle tritt aber gemäß § 38 S. 1 Hs. 2 BauGB das Gebot, städtebauliche Belange zu berücksichtigen.

Die Planungshoheit vermittelt deshalb eine wehrfähige, in die Abwägung einzubeziehende Rechtsposition gegen fremde Fachplanungen auf dem eigenen Gemeindegebiet, wenn ein Vorhaben der Fachplanung eine hinreichend bestimmte Planung nachhaltig stört, wesentliche Teile des Gemeindegebiets einer durchsetzbaren Planung entzieht oder wenn kommunale Einrichtungen durch das Vorhaben erheblich beeinträchtigt werden. Darüber hinaus muss die Planfeststellungsbehörde auf noch nicht verfestigte, aber konkrete Planungsabsichten einer Gemeinde abwägend dergestalt Rücksicht nehmen, dass durch die Fachplanung von der Gemeinde konkret in Betracht gezogene städtebauliche Planungsmöglichkeiten nicht unnötigerweise „verbaut“ werden.

Die Stadt Helmstedt plant in dem Bereich zwischen dem Umspannwerk Helmstedt Ost, der Kreisstraße 63, der Bahntrasse entlang des Lappwaldsees und der Biogasanlage an der Bundesstraße B244 die Errichtung eines kommunales Wärmenetzes und einer Seewasserthermieranlage einerseits sowie die Entwicklung eines Gewerbegebietes für die Ansiedelung eines KI-Rechenzentrums andererseits. Die Seewasserthermieranlage soll nordöstlich der Umspannwerke auf dem Flurstück 625/12 der Flur 41 entstehen und damit direkt südlich der Biogasanlage. Dieser Bereich ist weder vom Vorhaben der TenneT TSO GmbH noch von der Bestandsleitung betroffen, sodass hierdurch die kommunale Planung nicht betroffen ist. Das KI-Rechenzentrum wiederum soll einen dreistufigen Ausbau umfassen, wobei durch die dritte Ausbaustufe eine Verdoppelung der Leistungsfähigkeit – und damit eine Leistung von 520 MW – ermöglicht werden soll. Standort des KI-Rechenzentrums soll die derzeit landwirtschaftlich genutzte Fläche südlich des Flurstücks 625/12 der Flur 41 bis einschließlich des Flurstückes 653/15, auf dem der Bestandsmast M6 steht. Der in Betracht gezogene Standort weist aufgrund der starken Netzanbindung nach Auffassung der Stadt Helmstedt besonders gute Voraussetzungen für ein KI-Rechenzentrum auf, welches aufgrund seiner Leistungsstärke einer erhöhten Stromversorgung bedarf. Damit grenzt die vorgesehene Fläche unmittelbar an die von dem Vorhaben der TenneT TSO GmbH betroffene Fläche an. Für das Vorhaben der Seewasserthermie würde das KI-Rechenzentrum die Möglichkeit bieten, die entstehende Abwärme zu nutzen und so Synergieeffekte mit sich bringen. Auch das Vorhaben der Stadt kann somit für sich in Anspruch nehmen, den Zielen des Energiewirtschaftsgesetzes zu dienen. Zur Erreichung der vollen Leistungsstärke durch die dritte Ausbaustufe ist laut Aussage der Stadt jedoch erforderlich, dass die Hochspannungsleitungen LH-10-1824 nicht mehr quer über das bezeichnete Gebiet verlaufen, sondern aus diesem Bereich herausverlegt wird. Die Stadt regt eine weiträumige Umverlegung an.

Im vorliegenden Falle liegt aber noch keine hinreichend verfestigte Planung der Stadt für die gewerbliche Nutzung der Flächen nördlich des Umspannwerkes vor. Zwar beruft sich die Stadt auf eine konkrete Anfrage eines Unternehmens. Allerdings besteht für die Planung noch kein Flächennutzungsplan, der die Nutzung zulässt. Auch die Vereinbarkeit mit den Zielen der

Raumordnung, die neben dem Vorranggebiet Leitungstrasse ein Vorbehaltsgebiet für die Landwirtschaft vorsehen, ist fraglich.

Der bereits fortgeschritten geplanten Seewasserthermianlage steht die LH-10-1824 wiederum nicht entgegen. Letztlich bleiben auch die Errichtung und der Betrieb des KI-Rechenzentrums in seinen unteren beiden Ausbaustufen möglich.

Allerdings gilt, durch das vorliegende Vorhaben zukünftige Planungsmöglichkeiten der Stadt Helmstedt in Bezug auf die dritte Ausbaustufe des KI-Rechenzentrums nicht unnötigerweise zu verbauen. Dies ist nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde aber nicht der Fall. Denn durch das Vorhaben wird der Bestandsmast M6 nicht geändert, sondern lediglich umbeseilt. Durch die Anpassungen der Masten M3N-M5N werden die kommunalen Planungsmöglichkeiten der Stadt nicht erstmals oder stärker betroffen als bisher. Eine neue Zerschneidung von Flächen findet nicht statt. Vielmehr ist die Planungsmöglichkeit bereits durch den Status quo eingeschränkt.

Nach den obigen Erwägungen greift das Vorhaben der Vorhabenträgerin nicht in eine hinreichend konkretisierte Planung der der Stadt Helmstedt ein. Betroffen ist lediglich die Planungsmöglichkeit der Stadt Helmstedt, ohne dass dabei der Status quo in dem für das KI-Rechenzentrum in Betracht gezogenen Bereich wesentlich verändert wird. Eine Verlegung der Masten auf diesem Gebiet zugunsten der Stadt Helmstedt würde ein neues Planungskonzept erfordern, das zunächst einer näheren Konkretisierung bedarf. Vor diesem Hintergrund muss das Anliegen der Stadt im vorliegenden Verfahren zurücktreten.

#### **2.2.3.12 Eigentum**

Für das planfestgestellte Vorhaben wird privates Eigentum, zum Teil landwirtschaftlich genutzte Flächen, für die Errichtung von Freileitungsmasten, durch Überspannungen und zur Absicherung des Schutzstreifens sowie für Zuwegungen zu den Masten und Schutzstreifen dauerhaft in Anspruch genommen. Im Bereich der Schutzstreifen besteht eine Aufwuchsbeschränkung für Gehölze, um eine Beschädigung der Leitungen zu verhindern. Auch besteht unmittelbar unter der Leitung eine Beschränkung der baulichen Nutzung. Eine landwirtschaftliche Nutzung ist unter Berücksichtigung dieser Beschränkungen dagegen weiterhin möglich. Der Schutzbereich ist durch beschränkt persönliche Dienstbarkeiten gem. §§ 1090 ff. BGB zu sichern. Zudem werden für die Dauer der Bauausführung sowie für die Demontage der rückzubauenden Masten Flächen von Flurstücken vorübergehend (temporär) für Zuwegungen, für Baustelleneinrichtungsflächen sowie für das Freileitungsprovisorium in Anspruch genommen. Die Planung sieht vor, südlich des UW der Vorhabenträgerin eine kompakte Baustelleneinrichtungsfläche einzurichten, wo ihr zum Teil eigene Flächen zur Verfügung stehen und die meisten Bautätigkeiten umzusetzen sind. Für die temporär in Anspruch zu nehmenden Flächen ist eine Eintragung in das Grundbuch nicht erforderlich. Die in Anspruch genommenen Flurstücke mit den betroffenen Flächen sind in Größe und Örtlichkeit den Lage- und Grunderwerbsplänen (Anlage 5) sowie dem Rechtserwerbsverzeichnis (Anlage 8) zu entnehmen.



Die dauerhafte Belastung der betroffenen Grundstücke stellt einen Eingriff in das Eigentum dar. Zu den im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens abzuwägenden Belangen gehört auch das durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützte Eigentum. Jede vorhabenbedingte Inanspruchnahme von privaten Grundstücken, unabhängig von ihrer Nutzung, stellt grundsätzlich einen bedeutsamen Eingriff für den betroffenen Grundeigentümer dar. In der Abwägung ist daher das Bestandsinteresse des Eigentümers zu berücksichtigen, sein Grundstück behalten und in der bisherigen Weise nutzen zu können. Allerdings ist das Interesse des Eigentümers am Erhalt der Eigentumssubstanz bei Vorhaben, die dem öffentlichen Interesse dienen, nicht absolut geschützt. Das Eigentum kann daher, wie andere abwägungserhebliche Belange, im konkreten Fall zugunsten anderer Belange zurückgestellt werden.

Im vorliegenden Falle überwiegt das öffentliche Interesse an der Realisierung des Vorhabens in der beantragten Form das Interesse an der uneingeschränkten Weiternutzung der Grundstücke in der bisherigen Form. Es besteht ein öffentliches Interesse an der Durchführung des Vorhabens: Im vorliegenden Falle wird durch die Entflechtung der Leitungen die Netzsicherheit erhöht, da die betreffenden Leitungen bei Störungen oder Wartungsfällen nicht sämtlich abgeschaltet werden müssen. Die Verlegung der LH-10-1824 ermöglicht die Erweiterung des UW Helmstedt in östliche Richtung und dient damit dem Netzausbau. Der Rückbau der LH-10-1868 schafft Raum für die Bedarfsplanmaßnahme LH-10-3048. Diese Maßnahmen dienen zum einen der Erhöhung der Netzstabilität und -sicherheit und zum anderen stehen sie im Zusammenhang mit dem Netzausbau. Es besteht daher ein großes öffentliches Interesse an der Realisierung des Vorhabens. Dieses Interesse der Allgemeinheit überwiegt die privaten Eigentümerinteressen. Ohne die Beanspruchung der Flächen kann das Vorhaben nicht realisiert werden. Die Vorhabenträgerin hat die Inanspruchnahme privaten Grundes auf ein Minimum beschränkt. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden im Wesentlichen auf externen Poolflächen umgesetzt. Auf Grunderwerb für das Vorhaben kann gänzlich verzichtet werden. Die verbleibende Belastung von privaten Flächen ist auf das unbedingt Erforderliche beschränkt. Die dennoch erforderlichen Belastungen für private Eigentümer wiegen aus Sicht der Planfeststellungsbehörde nicht so schwer, als dass sie gebieten würden, vom Vorhaben abzusehen.

### **2.2.3.13 Landwirtschaftliche Belange**

Das Vorhaben Entflechtung der 110-kV-Leitungen im Bereich des Umspannwerks Helmstedt wird größtenteils auf landwirtschaftlicher Fläche realisiert. Dennoch ist die Planfeststellungsbehörde der Auffassung, dass landwirtschaftliche Belange dem Vorhaben nicht entgegenstehen. Anlagebedingt beeinträchtigt werden zunächst einmal Flächen für die neu zu errichtenden Maststandorte. Die hierdurch für die landwirtschaftliche Nutzung verloren gehenden Flächen, werden dadurch minimiert, dass oberhalb der Mastfundamente Oberboden aufgetragen wird, sodass Bodenfunktionen teilweise wiederhergestellt werden. Allerdings können Bewirtschaftungsschwernisse durch einzelne Masten auf landwirtschaftlich genutzten Flächen verbleiben. Zudem in der Nutzung beschränkt werden die Flächen im Bereich der hinzukommenden Schutzstreifen. Diese werden, um die Leitung vor Beschädigungen zu schützen, mit einer dinglich zu sichernden Aufwuchsbeschränkung für Gehölze versehen, sodass hierdurch eine Beschränkung für die landwirtschaftliche Nutzung

entsteht. Die rückzubauenden Maststandorte stehen dagegen durch das Entfernen der Fundamente und das Aufbringen standortgerechten Oberbodens wieder für die landwirtschaftliche Nutzung zur Verfügung. Gleiches gilt für die nicht mehr benötigten Schutzstreifen.

Zudem werden die Belange der Landwirtschaft auch baubedingt beeinträchtigt. Für die Errichtung der Masten müssen Baustelleneinrichtungsflächen im unmittelbaren Nahbereich der Anlage eingerichtet werden. Dies ist zwangsläufig mit einer temporären Beanspruchung der landwirtschaftlichen Flächen verbunden. Bauzeitlich stehen diese den Landwirten nicht zur Nutzung zur Verfügung. Minimiert werden kann diese Belastung durch eine kompakte und flächenschonende Anordnung der Baustelleneinrichtung unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Schlagstruktur. Des Weiteren sind nach Aussage des LBEG durch das Vorhaben Böden mit hoher und äußerst hoher Bodenfruchtbarkeit betroffen. Die Vorhabenträgerin hat daher entsprechende Bodenschutzmaßnahmen vorzusehen, um einen Funktionsverlust des Bodens zu vermeiden bzw. die Funktionen erforderlichenfalls wiederherzustellen. Nach Ermittlung und Gewichtung der durch die Planung betroffenen Belange kommt die Planfeststellungsbehörde zu dem Schluss, dass diese nicht so schwer wiegen, dass sie ein Absehen vom Vorhaben gebieten: Die dauerhaften zusätzlichen Belastungen sind gering, da im Bereich des Rückbaus bestehende Nutzungsbeschränkungen aufgehoben werden können. Wuchshöhenbeschränkungen stellen für eine klassische landwirtschaftliche Nutzung meist keine Beeinträchtigung dar. Dauerhafte Beeinträchtigungen des Ackerbodens, die mit dem Bau der Leitungen einhergehen, lassen sich durch Schutzmaßnahmen, die die Vorhabenträgerin zum Teil bereits entwickelt hat und zum Teil von der BBB in einem fachkundigen Bodenschutzkonzept weiter zu konkretisieren sind, weitestgehend verhindern (1.3.5). Eine mehr als nur geringfügige Einschränkung der Landwirtschaftlichen Nutzung und damit der Interessen der Landwirtschaft ist daher nicht zu erwarten. Dem steht das Interesse der Allgemeinheit an der Umsetzung des Vorhabens, das der Steigerung der Netzstabilität und der Einschleifung der Bedarfsplanmaßnahme LH-10-3048 dient, entgegen, sodass die Planfeststellungsbehörde insgesamt zu dem Schluss kommt, dass die Belange der Landwirtschaft hier nicht so schwer wiegen, als dass sie ein Absehen von der Realisierung des Vorhabens erfordern.

#### **2.2.3.14 Verkehr**

##### **2.2.3.14.1 Bauliche Anlagen an klassifizierten Straßen**

Das Vorhaben sieht den Bau eines Schutzgerüsts an der K 63 vor. Hierdurch tangiert das Vorhaben das in § 24 NStrG geregelte Anbauverbot. Nach § 24 Abs. 1 S. 1 NStrG dürfen außerhalb der Ortsdurchfahrten längst der Landes- und Kreisstraßen 1. Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 20 m, gemessen vom äußeren Rand der für den Kraftfahrzeugverkehr bestimmten Fahrbahn, 2. bauliche Anlagen im Sinne der Niedersächsischen Bauordnung, die über Zufahrten unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen, nicht errichtet werden. Das Schutzgerüst stellt eine bauliche Anlage im Sinne des § 24 Abs. 1 NStrG dar, das im unmittelbaren Nahbereich der K 63 errichtet werden soll, um den Verkehr auf der K 63 während der Umbeseilung der LH 10-1824 zu schützen.



Nach § 24 Abs. 7 NStrG kann im Einzelfall eine Ausnahme zugelassen werden, wenn dies die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs, insbesondere im Hinblick auf Sichtverhältnisse und Verkehrsgefährdung, sowie die Ausbauabsichten und die Straßenbaugestaltung gestatten. Die Entscheidung trifft die für die Genehmigung des Vorhabens zuständige Behörde im Einvernehmen mit der Straßenbaubehörde. Die Planfeststellungsbehörde ist hier zu der Überzeugung gelangt, dass die Voraussetzungen für eine Ausnahme nach § 24 Abs. 7 NStrG vorliegen. Die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs werden durch das Schutzgerüst nicht beeinträchtigt. Schutzgerüste haben gerade den Zweck, die Fahrbahn und den Verkehr vor Beeinträchtigungen durch die Umbeseilungsarbeiten zu schützen und eine durchgehende Befahrbarkeit der Straße zu gewährleisten. Sie dienen damit unmittelbar der Leichtigkeit und Sicherheit des Verkehrs. Das Einvernehmen des Landkreises Helmstedt wurde am 16.05.2025 erteilt. Auf die Ausnahmeerteilung unter 1.5.3 wird verwiesen.

#### **2.2.3.14.2 Sondernutzungen**

Die K 63 darf durch Baufahrzeuge in dem in der Unterlage 5 dargestellten Umfang, soweit es für die Realisierung des Vorhabens erforderlich ist, auch über den Gemeingebrauch hinaus genutzt werden. Ebenfalls dürfen die direkten Zufahrten zur K 63 erfolgen.

Die Belastungen durch den Baustellenverkehr sind räumlich und zeitlich eng begrenzt und daher nicht unverhältnismäßig. Eine Beschädigung der Straßen in unverhältnismäßigem Maß ist daher nicht zu befürchten. Durch die Nebenbestimmungen 1.3.8 wird sichergestellt, dass die betroffenen Straßen und Wege von der Vorhabenträgerin auf deren Kosten nach Durchführung der Baumaßnahme wieder in den Zustand zu versetzen sind, der vor der Baumaßnahme bestanden hat. Während der Bautätigkeiten sind zudem Verschmutzungen befestigter Fahrbahnen durch geeignete Maßnahmen nach Möglichkeit auszuschließen. Der Vorhabenträgerin obliegt darüber hinaus eine Informationspflicht im Hinblick auf alle in den öffentlichen Straßenverkehr eingreifenden Maßnahmen.

Sollte entgegen der derzeitigen Planung bauliche Änderungen an den Bundes- oder Landesstraßen erforderlich werden oder eine direkte Zuwegung an der B244 erforderlich werden, so ist hier entsprechend 1.3.8 die Zustimmung des Fachbereichs 1 des regionalen Geschäftsbereich Wolfenbüttel der NLStBV einzuholen.

#### **2.2.3.15 Sonstige Belange**

Weitere Belange privater oder öffentlicher Art stehen dem Vorhaben nicht entgegen (siehe dazu unten Ziffern **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**).

#### **2.2.3.16 Gesamtergebnis der Abwägung**

Die mit der Planung verfolgten öffentlichen Interessen sind gemäß § 43 Abs. 3 S. 1 EnWG mit den vom Vorhaben betroffenen Interessen gerecht abzuwägen. Zwar können sich nicht sämtliche Belange gleichermaßen durchsetzen, allerdings darf auch kein Belang entgegen seinem Gewicht in unzumutbarer Weise benachteiligt werden. Die Planfeststellungsbehörde kommt nach Abwägung der oben genannten Belange zu dem Ergebnis, dass die für die Maßnahme sprechenden öffentlichen Interessen gewichtiger sind als die gegenläufigen Interessen. Dabei wurden von der Planfeststellungsbehörde insbesondere die verbleibenden

Umweltauswirkungen, die THG-Emissionen, die kommunalen Belange und die Auswirkungen auf die Landwirtschaft abgewogen. Das bis zur vollständigen Entwicklung der Gehölze bestehende Defizit an Co<sub>2</sub>-Senken wird neben den THG-Emissionen, die durch die Bautätigkeiten und die Anlagenherstellung anfallen, aufgrund der insgesamt positiven Wirkung des Vorhabens zur Verbesserung der Energiesicherheit, als notwendiger Beitrag zur kreuzungsfreien Einschleifung der Bedarfsplanmaßnahmen 10 B und 10 D-Ost und Unterstützung des Netzausbaus in Kauf genommen. Dabei wurde auch berücksichtigt, dass langfristig durch die Aufforstung der Fläche ein Ausgleich geschaffen werden kann. Auch wiegt das Interesse an einer Realisierung des Vorhabens in der beantragten Form so schwer, dass die kommunalen Interessen im vorliegenden Verfahren zurücktreten müssen. Die Auswirkungen auf die Möglichkeiten städtebaulicher Entwicklung durch das Vorhaben werden vor dem Hintergrund der nur geringfügigen Anpassungsmaßnahmen an den Bestandsmasten und dem Verzicht auf Neuerschneidungen als nicht so gravierend angesehen, dass sie eine Umplanung erfordern würden. Auch die landwirtschaftlichen Belange werden insgesamt als hinreichend gewahrt angesehen. Die Belastungen durch temporäre und dauerhafte Flächeninanspruchnahme werden durch Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen minimiert. Dennoch verbleibende Beeinträchtigungen werden als nicht so schwerwiegend eingeschätzt, als dass sie die mit dem Vorhaben verfolgten energiewirtschaftlichen Interessen überwiegen würden.

### **2.3 Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange**

Das Vorhaben ist mit den Trägern öffentlicher Belange abgestimmt. Die Forderungen, Anregungen und Hinweise der Fachbehörden berücksichtigt die Planfeststellungsbehörde so weit wie möglich oder stellt deren Beachtung durch die Inhalts- und Nebenbestimmungen unter Ziffer 1.3 dieses Beschlusses sicher. Soweit die in den Stellungnahmen angesprochenen Punkte den allgemeinen Ausführungen zu den einzelnen Sachthemen zuzuordnen sind, werden diese zur Vermeidung von Wiederholungen dort behandelt und insoweit auf den Allgemeinen Teil des Planfeststellungsbeschlusses verwiesen. Im Übrigen wird auf die nachfolgenden Ausführungen zu den Stellungnahmen verwiesen.

#### **2.3.1 Keine Anmerkungen/Hinweise/Bedenken**

Die folgenden Träger öffentlicher Belange wurden von der Planfeststellungsbehörde im Anhörungsverfahren beteiligt und haben mitgeteilt, dass sie keine Bedenken und Anregungen vorzubringen haben oder von der Maßnahme nicht betroffen sind: Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fernstraßenbundesamt, Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Amprion GmbH, TenneT TSO GmbH, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), Deutscher Wetterdienst, Deutsche Bahn AG, Forstamt Wolfenbüttel, Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen, Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig, Helmstedter Revier GmbH, Landesjägerschaft Niedersachsen e.V., Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Dez. 42 Luftverkehr, Regionalverband Braunschweig, EEW Energy, Niedersächsisches Forstamt Wolfenbüttel.

### **2.3.2 Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange**

In Ergänzung zu den Ausführungen in 2.3 Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange wird auf die nachfolgenden Ausführungen verwiesen:

#### **2.3.2.1 Vodafone Deutschland GmbH**

Die Vodafone Deutschland GmbH nimmt zum Vorhaben Stellung und erklärt, dass sich im Planungsbereich Telekommunikationsanlagen des Unternehmens befinden würden und diese bei Bauausführung zu schützen bzw. sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen. Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung der Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, sei mindestens drei Monate vor Baubeginn ein Auftrag an TDRA-N.Hannover@vodafone.com zu erteilen, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können.

Die Vodafone Deutschland GmbH weist ebenfalls darauf hin, dass ihnen (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung ihrer Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind.

Die Vorhabenträgerin erklärt, dass die Leitungen der Vodafone GmbH während der Bauausführung durch geeignete Lastverteilmaßnahmen geschützt werden. Zudem sei eine Überbauung oder Verringerung der Verdeckung nicht geplant. Eine Verlegung der Leitung sei seitens der Vorhabenträgerin folglich nicht erforderlich.

Die Planfeststellungsbehörde hat zur Sicherstellung der Zusage der Vorhabenträgerin die Nebenbestimmung unter 1.3.9.3 festgesetzt. Weiterer Regelungsbedarf wird nicht gesehen. Insbesondere trifft dieser Planfeststellungsbeschluss keine Regelung bzgl. etwaig entstehender Kosten.

#### **2.3.2.2 Avacon Netz GmbH**

Die Avacon Netz GmbH nimmt zum Vorhaben Stellung und erklärt, dass gegen das Vorhaben keine grundsätzlichen Bedenken bestehen. Sie weist jedoch darauf hin, dass nachfolgende Hinweise bei der Bauausführung beachtet werden und die Avacon Netz GmbH eine weitere Beteiligung am Verfahren wünscht.

#### **110-kV-Hochspannungsfreileitungen**

Arbeiten und geplante Bebauungen innerhalb der Leitungsschutzbereiche sind laut der Avacon Netz GmbH grundsätzlich im Detail abzustimmen. Innerhalb der Leitungsschutzbereiche seien die zulässigen Arbeits- und Bauhöhen begrenzt. Der spannungsabhängige Sicherheitsabstand der 110-kV-Hochspannungsfreileitungen (Abstand bei Arbeiten in der Nähe unter Spannung stehender Teile) betrage in diesem Fall 5,00 m. Der Sicherheitsabstand zu den Leiterseilen müsse jederzeit, auch bei Witterungseinflüssen wie Wind, eingehalten werden und dürfe keinesfalls unterschritten werden, da sonst Lebensgefahr bestehe. Vor Planungsabschluss seien der Avacon Netz GmbH alle Kreuzungsunterlagen in dreifacher Ausführung zur Prüfung zu übergeben. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass eine unmittelbare Überspannung von Freileitungsmasten der Avacon Netz GmbH nicht

zulässig ist. Darunter seien direkte Überspannungen und/oder Überbauungen von Hochspannungsmasten der Avacon Netz GmbH zu verstehen, die den Betrieb und ggf. notwendige Arbeiten am Mast einschränken oder verhindern würden. Dies beziehe sich sowohl auf Maßnahmen zur Instandhaltung wie z.B. das Einhausen eines Mastes zum Zwecke des Korrosionsschutzes, als auch auf ggf. notwendig werdende bauliche Maßnahmen, wie z.B. die Erhöhung eines Mastes im Zuge von Netzverstärkungs-/Netzausbaumaßnahmen. Da schon das Besteigen eines Mastes mit einer direkten Überspannung nicht ohne Abschaltung aller Stromkreise möglich wäre, würde dies eine unzulässige Einschränkung der Betriebssicherheit des Netzes der Avacon Netz GmbH darstellen, da Störungseinsätze nicht uneingeschränkt durchgeführt werden könnten. Sollte darüber hinaus im Zuge der Planungen seitens der Vorhabenträgerin eine direkte Überspannung oder Überbauung eines oder mehrerer Hochspannungsmasten der Avacon Netz GmbH erkennbar werden, seien rechtzeitig vor Beginn des Genehmigungsverfahrens Maßnahmen zur Vermeidung mit der Übertragungsnetzbetreiberin zu vereinbaren. Nicht abgestimmten Maßnahmen, die den Betrieb der Anlagen beeinträchtigen, werde nicht zugestimmt. Das gelte auch für bauliche Änderungen an den 110-kV-Hochspannungsfreileitungen (Erdseilabsenkung o.Ä.). Die Avacon benennt einen Ansprechpartner. Bei einer Änderung der Flurstücke (Teilungen, Zusammenlegungen o. Ä.) seien alle Rechte des alten Bestandes auf den neuen Bestand zu übernehmen. Dies gelte für alle Flurstücke zu, die sich im Leitungsschutzbereich der 110-kV-Hochspannungsfreileitungen befinden. Für die betroffenen Grundstücke sei eine neue Dienstbarkeit nach aktuellem Stand abzuschließen. Im Radius von 10,00 m um sichtbare Mastfundamente seien jegliche Maßnahmen untersagt. Die Maststandorte der Hochspannungsfreileitungen müssten für Unterhaltungsmaßnahmen zu jeder Zeit, auch mit schwerem Gerät wie z.B. Lastkraftwagen oder Kran, zugänglich sein. Zur Oberfläche neu geplanter Straßen und Verkehrswege müssen die Sicherheitsabstände, gemäß DIN EN 50341-1, im Freileitungsbereich gewährleistet sein. Bäume mit einer großen Endwuchshöhe dürfen innerhalb der Leitungsschutzbereiche nicht angepflanzt werden, da andernfalls die Einhaltung der Sicherheitsabstände in kürzester Zeit nicht mehr gewährleistet sei. Empfehlenswert seien standortgerechte Wildgehölze wie Büsche und Sträucher bis zur Kategorie Großsträucher, die mit geringer Wuchshöhe einen dauerhaft ausreichenden Abstand zu den Leiterseilen einhalten.

### Fernmelde

Bei Fernmeldeleitungen werde ein Schutzbereich von 3,00 m, d. h. 1,50 m zu jeder Seite der jeweiligen Leitungsachse benötigt. Über sowie unter einer betroffenen Fernmeldeleitung werde ein Schutzbereich von jeweils 1,00 m benötigt. Innerhalb des Leitungsschutzstreifens von Fernmeldeleitungen dürfe ohne vorherige Abstimmung mit der Avacon Netz GmbH über dem vorhandenen Geländeniveau nichts aufgeschüttet oder abgestellt werden. Es dürften keine Abgrabungen oder Erdarbeiten vorgenommen und keine Pfähle und Pfosten eingebracht werden. Maßnahmen, die den Bestand oder den Betrieb von Fernmeldeleitungen beeinträchtigen oder gefährden könnten, seien innerhalb des Leitungsschutzstreifens nicht gestattet. Die Versorgungssicherheit bzw. die Funktion von bestehenden Fernmeldeleitungen hätten höchste Bedeutung und müssten deshalb auch zukünftig konsequent und ohne Einschränkungen in ihrem Bestand und Betrieb gewährleistet werden. Sollte es durch die

Maßnahme der Vorhabenträgerin zu Leitungskreuzungen mit Fernmeldeleitungen der Avacon Netz GmbH kommen, so seien gegenseitige Beeinträchtigungen auszuschließen. Hierfür sei ein Gutachten auf Kosten des Verursachers zu erstellen das nachweisen muss, dass gegenseitige Beeinträchtigungen ausgeschlossen sind. Leitungskreuzungen sind 1,00 m unter betroffenen Fernmeldeleitungen vorzunehmen. Der Avacon Netz GmbH seien vor Planungsabschluss alle Kreuzungsunterlagen ebenfalls in dreifacher Ausführung zur Prüfung zu übergeben. Ferner dürften innerhalb von Leitungsschutzbereichen betroffener Fernmeldeleitungen keine tiefwurzelnden Bäume und Sträucher angepflanzt werden. Für den Fall, dass Fernmeldeleitungen durch Maßnahmen der Vorhabenträgerin gesichert oder umgelegt werden müssen, verweist die Avacon Netz GmbH darauf, dass die Kosten durch den Verursacher zu tragen seien. Zudem weist die Avacon Netz GmbH darauf hin, dass Erdarbeiten innerhalb von Leitungsschutzbereichen nur in vorsichtiger Handschachtung und nur nach Einweisung durch unseren Mitarbeiter ausgeführt werden dürfen. Entsprechende Absprachen seien drei Wochen vor Beginn der Maßnahme mit der Einsatzplanung der Avacon Netz GmbH abzustimmen.

Die Vorhabenträgerin erklärt, dass sie die Hinweise zur Kenntnis genommen hat und diese auch in der weiteren Planung und Ausführung einhalten wird.

Die Planfeststellungsbehörde hat zur Sicherstellung der Zusage der Vorhabenträgerin die Nebenbestimmung unter 1.3.9.2 festgesetzt. Weiterer Regelungsbedarf wird nicht gesehen. Insbesondere trifft dieser Planfeststellungsbeschluss keine Regelung bzgl. etwaig entstehender Kosten.

### **2.3.2.3 Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr regionaler Geschäftsbereich Wolfenbüttel (NLStBV)**

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr regionaler Geschäftsbereich Wolfenbüttel nimmt zum Vorhaben Stellung und erklärt, dass ihre Belange mittelbar über die Zuwegung von der K63 an die B244 berührt werden.

Auch wenn keine direkte Zuwegung für die o.a. Baumaßnahme erfolgt, bittet die NLStBV darum, dass im Falle einer baulichen Änderung an Bundes- oder Landesstraßen im Zuge von Schwerlasttransporten oder der Notwendigkeit einer direkte Zuwegung an der freien Strecke der B244 erforderlich werden, diese mit Fachbereich 1 der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr regionaler Geschäftsbereich Wolfenbüttel über entsprechende Nutzungsverträge/Sondernutzungen frühzeitig zu regeln sind. Darüber hinaus wünscht die NLStBV eine Kopie des Beschlusses.

Die Vorhabenträgerin erklärt, dass sie die Hinweise zur Kenntnis genommen hat und im Falle von geplanten Schwerlasttransporten oder bei baulichen Änderungen von Bundes- oder Landesstraßen für die weitere Planung und Abstimmung auf die NLStBV zukommen wird. Darüber hinaus ist eine Zuwegung direkt von der B244 nicht vorgesehen.



Die Planfeststellungsbehörde hat die Nebenbestimmung unter 1.3.8 festgesetzt, um die ausreichende Einhaltung verkehrlicher Belange sicherzustellen.

#### **2.3.2.4 Stadt Helmstedt**

Die Stadt Helmstedt nimmt zum Vorhaben Stellung und erklärt, dass ihre Belange durch das Vorhaben berührt werden. Derzeit werde der Flächennutzungsplan der Stadt neu aufgestellt. Aufgrund der Energiewende befänden sich im Umfeld der beiden Umspannwerke der Avacon Netz GmbH und der TenneT TSO GmbH zudem mehrere Projekte in der Planung und Umsetzung. Hierzu zählen u. a. zwei Projekte für Batteriespeicher, von dem für eines bereits die Genehmigung erteilt wurde. Insbesondere die Flächen zwischen dem hier im Rahmen der Entflechtung betroffenen Umspannwerk Helmstedt Ost (TenneT), der Kreisstraße K 63, der Bahntrasse entlang des Lappwaldsees und der Biogasanlage an der Bundesstraße B 244 stünden im Fokus der städtebaulichen Entwicklung. Eine Luftbildübersicht der Flächen wird als Anlage beigelegt. In diesem Bereich seien seitens der Stadt Helmstedt im Norden Anlagen zur Nutzung der Seewasserthermie für ein kommunales Wärmenetz vorgesehen. Zu diesem Zweck wurde durch die Stadt das im Grundbuch von Helmstedt Blatt 5364 eingetragene Flurstück 625/12 der Flur 41 von Helmstedt erworben. Südlich angrenzend bis zu den Umspannwerken sowie auch südlich der Umspannwerke sollten die Flächen für weitere energiewirtschaftliche Nutzungen entwickelt und vorgehalten werden. Es werde darum gebeten, die Planungen zu berücksichtigen und die Leitungen möglichst frühzeitig aus diesem Bereich heraus und um diesen herum zu führen. Insbesondere betrifft dies die neu geplanten Maststandorte 3N, 4N und 5N, mit denen die Leitungen quer über die bezeichnete Fläche geführt würden. Hier solle ein engerer Verlauf entlang des Umspannwerks Ost und der Kreisstraße erfolgen, um die Fläche nicht unnötig zu durchschneiden, sondern soweit wie möglich für die beschriebenen Nutzungen frei zu halten.

In einem Abstimmungsgespräch am 06.05.2025 hat die Stadt hierzu noch ergänzt, dass die Nutzung der Seewasserthermie Teil der kommunalen Wärmenetzplanung werden solle. Nach Vorstellung der Stadt Helmstedt sei die geplante Seewasserthermieanlage dabei der Anfang für eine städtebauliche Entwicklung, die sich zwischen dem Umspannwerk Helmstedt Ost, der Kreisstraße K63, der Bahntrasse entlang des Lappwaldsees und der Biogasanlage an der Bundesstraße B244 erstrecken soll. Eine dafür notwendige Änderung des Flächennutzungsplans sei seit ca. 1.5 Jahren in der Vorbereitung. Ein entsprechender Ratsbeschluss werde für Juni 2025 erwartet. Im Rahmen der Planungen zur städtebaulichen Entwicklung liege der Stadt auch eine konkrete Anfrage eines Unternehmens vor, dessen Planungen die Errichtung eines KI-Rechenzentrums nördlich des Umspannwerks inkludieren sollten. Dieses Rechenzentrum umfasse einen dreistufigen Ausbau, welcher in der dritten Ausbaustufe eine Leistung von 520 MW aufbringen könne. Ein möglicher Baustart wurde mit 2028 angegeben. Das vorliegende Problem beziehe sich insbesondere auf die Realisierung der dritten Ausbaustufe, dessen Platzbedarf mit denen in der aktuellen Planung zur Verfügung stehenden Flächen nicht realisierbar wäre. Die Stadt wünsche sich daher eine Verschiebung der Masten an den Rand der zu bebauenden Flächen, sodass möglichst viel Freifläche entsteht. Konkret davon betroffen wären die Masten 6 und 5N.



Die Planfeststellungsbehörde hat die Belange der Stadt Helmstedt unter 2.2.3.11 behandelt und abgewogen.

### **2.3.2.5 Landwirtschaftskammer Niedersachsen**

Die Landwirtschaftskammer Niedersachsen nimmt zum Vorhaben Stellung und erklärt, dass aufgrund der vielschichtigen Eingriffe in den Boden und dessen Struktur durch Rückbau und Neugründung von Masten eine bodenkundliche Baubegleitung und Beweissicherung unabdingbar seien. Die Landwirtschaftskammer führt dazu aus, dass der Bau bzw. die Errichtung von Stromtrassen i.d.R. einen dauerhaften Entzug von Grund und Boden durch Versiegelung oder die Umsetzung von Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen zur Folge hätten, die wiederum durch eine Funktionsstörung des Bodens in Folge Zerstörung der Bodenstruktur im Rahmen von Bautätigkeiten oder Nutzung von Lagerplätzen, der Nutzung und ggf. Beeinträchtigung von vorhandener Infrastruktur in Form von Wegen, Plätzen und Entwässerungseinrichtungen sowie Einschränkungen der nachfolgenden Flächennutzungen gekennzeichnet seien. Eine Neuerrichtung von Stromtrassen führe i.d.R. auch zu einer vorübergehenden Inanspruchnahme der Flächen für Baustelleneinrichtungen, Zuwegungen und Arbeitsflächen während der Errichtung und des Rückbaus. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen seien daher auf die Dauer der Bau- und Betriebszeit der provisorischen Leitung abzustellen bzw. ist ein Rückbau der Leitung dann anderen Maßnahmen anzurechnen, um einem sparsamen Umgang mit Grund und Boden zu entsprechen. Zudem habe der Zuschnitt unvermeidbarer Flächenentzüge darüber hinaus so zu erfolgen, dass die Schlagstruktur weiterhin genutzter Bereiche im Hinblick auf die Bewirtschaftung und die Erschließung weitestgehend unbeeinträchtigt bleibt.

Die Vorhabenträgerin erklärt, dass die bodenkundlich versierte Umweltbaubegleitung anhand eines spezifischen Bodenschutzkonzeptes die Bauausführungen begleiten wird. Die Vorhabenträgerin sichert zu, dass sowohl bei der Planung als auch bei der Ausführung, die Arbeitsflächen und Zuwegungen so gestaltet werden, dass eine weitere Nutzung der Schlagstruktur den Umständen entsprechend gut genutzt werden kann.

Die Planfeststellungsbehörde hat die Erstellung eines Bodenschutzkonzeptes durch eine bodenkundliche Baubegleitung und eine Beweissicherung unter 1.3.2 festgesetzt. Zum Schutze der Belange der Landwirtschaft wird die Vorhabenträgerin ebenfalls zu umfangreichen Schutzmaßnahmen verpflichtet (1.3.6). Im Hinblick auf die Schlagstruktur ist anzumerken, dass es sich um geringfügige Änderungen der Maststandorte handelt und keine neuen Zerschneidungen vorgesehen sind. Im Übrigen wird auf die Ausführungen unter 2.2.3.13 verwiesen.

### **2.3.2.6 Deutsche Telekom GmbH**

Die Deutsche Telekom Technik GmbH nimmt zum Vorhaben Stellung und erklärt, dass ihre Belange durch das Vorhaben berührt werden. Im Planungsbereich befinde sich eine Telekommunikationslinie der Telekom. Der Bestand und der Betrieb der Leitung müssten

weiterhin gewährleistet werden. Die Telekom bittet, für das Vorhaben einen Bauablaufzeitenplan aufzustellen und mit der Telekom abzustimmen, damit Bauvorbereitung, Kabelbestellung, Kabelverlegung, Ausschreibung von Tiefbauleistungen der Telekom usw. rechtzeitig eingeleitet werden können. Für die Baumaßnahmen benötigt die Telekom eine Vorlaufzeit von in der Regel 6 Monaten. Sie weist darauf hin, dass eine in unmittelbarer Nähe der geplanten Anlage verlaufende Telekommunikationslinie der Telekom bei eventuell auftretenden atmosphärischen Entladungen besonders gefährdet sei. Die Telekom bittet daher schon bei der Festlegung der Standorte einen Abstand von mindestens 15 m zwischen den Erdungsanlagen der geplanten Anlage und der Telekommunikationslinie der Telekom zu berücksichtigen.

Die Vorhabenträgerin erklärt, dass sie einen Bauablaufzeitplan erstellen wird. Allerdings weist sie darauf hin, dass eine Abstimmung des Bauablaufzeitplanes aus ihrer Sicht nicht erforderlich sei, da durch die Maßnahme keine Leitungen oder Anlagen der Telekom umverlegt oder freigelegt werden. Somit sind auch keine Bauvorbereitungen, Kabelbestellungen, Kabelverlegungen und Ausschreibungen der Telekom notwendig. Die Vorhabenträgerin führt weiter aus, dass die Erdungsanlagen an den Masten und die Leitungen der Telekom stets einen Abstand von mindestens 15 Metern aufweisen.

Die Planfeststellungsbehörde stimmt mit der Vorhabenträgerin darin überein, dass – solange eine Umverlegung der Leitung der Telekom nicht erforderlich ist – ein abgestimmter Bauablaufzeitenplan nicht erforderlich ist. Sofern wider Erwarten Anpassungen an der Leitung notwendig werden, ist dies frühzeitig mit der Leitungsträgerin abzustimmen. Zur Sicherstellung der Belange der Telekom hat die Planfeststellungsbehörde die Nebenbestimmung unter 1.3.9.4 erlassen.

#### **2.3.2.7 Bundesnetzagentur**

Die Bundesnetzagentur nimmt zum Vorhaben Stellung und erklärt, dass sich im Untersuchungsraum mehrere in der Zuständigkeit der Vorhabenträgerin befindliche Verfahren befinden. Namentlich die Abschnitte B, D-Ost und D-West des Vorhabens Nr. 10 des BBPIG. Die Bundesnetzagentur verweist auf mögliche Zielkonflikte, die es durch interne Abstimmungen aus Sicht der Bundesnetzagentur zu vermeiden gelte:

„Im Zuge der Energiewende wurde mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) ein Planungsinstrument geschaffen, das zu einem beschleunigten Ausbau der Übertragungsnetze in Deutschland beiträgt. Dem im NABEG verankerten Planungs- und Genehmigungsregime, für das die Bundesnetzagentur zuständig ist, unterliegen alle Vorhaben, die in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) als länderübergreifend und/oder grenzüberschreitend gekennzeichnet sind. Ihre Realisierung ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich. Die Bundesnetzagentur führt für die Vorhaben auf Antrag der verantwortlichen Betreiber von Übertragungsnetzen die Bundesfachplanung durch. Zweck der Bundesfachplanung ist die Festlegung eines raumverträglichen Trassenkorridors, eines Gebietsstreifens, in dem die Trasse einer Höchstspannungsleitung voraussichtlich realisiert werden kann, als Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung. Für Vorhaben, für die ein Präferenzraum entwickelt wurde, entfällt die Bundesfachplanung. Ein Präferenzraum ist ein durch die

Bundesnetzagentur ermittelter Gebietsstreifen, der für die Herleitung von Trassen besonders geeignete Räume ausweist. Mit der Planfeststellung, die die Bundesnetzagentur wiederum auf Antrag der verantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber durchführt, wird der genaue Verlauf der Trasse innerhalb des festgelegten Trassenkorridors bzw. des entwickelten Präferenzraums bestimmt und das Vorhaben rechtlich zugelassen

Der Raum, der durch die geplante Entflechtung der 110 kV-Leitungen am Umspannwerk Helmstedt in Ihrer Zuständigkeit in Anspruch genommen werden soll, kommt für eine Realisierung des BBPIG-Vorhabens Nr. 10 (Höchstspannungsleitung Wolmirstedt – Helmstedt Ost – Wahle) in Betracht.

Das Vorhaben Nr. 10, das als Freileitung in Drehstromtechnik ohne gesetzliche Erdkabeloption zu realisieren ist, besteht aus den beiden Einzelmaßnahmen Wolmirstedt – Helmstedt Ost – Hattorf – Wahle und Wolmirstedt – Helmstedt Ost – Salzgitter. Zum einen soll die bestehende 380 kV-Verbindung durch Umbeseilung bzw. Erhöhung der Stromtragfähigkeit verstärkt werden. Zum anderen soll eine zusätzliche 380 kV-Freileitung zum Teil unmittelbar neben einer Bestandstrasse sowie zum Teil in neuer Trasse zwischen Wolmirstedt und Salzgitter errichtet werden.

Am 27.11.2023 erließ die Bundesnetzagentur den Planfeststellungsbeschluss für den hier vorliegend relevanten Abschnitt B (Regelzonengrenze – Wahle) des Vorhabens Nr. 10. (abrufbar unter: [www.netzausbau.de/vorhaben10b](http://www.netzausbau.de/vorhaben10b)) und legte damit den Verlauf der Trasse für diesen Abschnitt verbindlich fest. Das Genehmigungsverfahren in der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur ist damit abgeschlossen.

Am 31.10.2023 traf die Bundesnetzagentur die Bundesfachplanungsentscheidung für den ebenfalls vorliegend relevanten Abschnitt C Wolmirstedt – Landesgrenze Niedersachsen/Sachsen-Anhalt des Vorhabens Nr. 10 und legte damit den Verlauf eines raum- und umweltverträglichen Trassenkorridors fest. Am 03.11.2023 beantragte die 50Hertz Transmission GmbH, die Bundesfachplanungsentscheidung vom 31.10.2023 im Bereich Helmstedt zu ändern. Die Bundesnetzagentur entschied am 30.01.2024 den mit der Bundesfachplanungsentscheidung vom 31.10.2023 festgelegten Trassenkorridor geringfügig zu ändern. Der Abschnitt C verläuft seitdem zwischen Wolmirstedt und der Grenze des Trassenkorridorsegments 3.1. Die Bundesfachplanungsentscheidung stellt eine verbindliche Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung dar. Eine Trassierung außerhalb des nunmehr festgelegten Trassenkorridors ist nicht möglich.

Die Vorhabenträgerin nimmt die Hinweise zur Kenntnis und erklärt, dass die Vorhaben untereinander abgestimmt sind und mögliche Zielkonflikte somit vermieden werden können. Die 50Hertz Transmission GmbH reichte am 31.01.2024 einen Antrag auf Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt C des Vorhabens Nr. 10 bei der Bundesnetzagentur ein, der den beabsichtigten Verlauf der Trasse sowie hierzu in Frage kommende Alternativen (innerhalb des verbindlich festgelegten Trassenkorridors) enthält. Die Bundesnetzagentur führte am 28.03.2024

in Magdeburg eine öffentliche Antragskonferenz durch. Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wurde als Trägerin öffentlicher Belange beteiligt. Am 28.06.2024 legte die Bundesnetzagentur auf der Grundlage des Antrags der Vorhabenträgerin und der Ergebnisse der Antragskonferenz einen Untersuchungsrahmen für die Planfeststellung fest und bestimmte damit den Inhalt der von der Vorhabenträgerin noch einzureichenden Unterlagen.

Nach der Vorlage der vollständigen Unterlagen, welche im 4. Quartal 2025 erwartet werden, wird die Bundesnetzagentur ein Anhörungsverfahren durchführen und zum Abschluss des Verfahrens mit dem Planfeststellungsbeschluss den Leitungsverlauf innerhalb des festgelegten Trassenkorridors festlegen.

Die Bundesnetzagentur traf für den vorliegend relevanten Abschnitt D-Ost Regelzonengrenze – Helmstedt Ost des Vorhabens Nr. 10 am 30.11.2022 die Entscheidung, dass die Realisierung der Maßnahme aufgrund der örtlichen Gegebenheiten ohne Durchführung der Bundesfachplanung möglich ist und stattdessen unmittelbar ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen ist.

Die TenneT TSO GmbH reichte am 21.03.2023 einen Antrag auf Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt D-Ost bei der Bundesnetzagentur ein, der den beabsichtigten Verlauf der Trasse enthält. Die Bundesnetzagentur führte am 31.05.2023 in Schöningen eine öffentliche Antragskonferenz durch. Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wurde als Trägerin öffentlicher Belange beteiligt. Auf der Grundlage des Antrags der Vorhabenträgerin und der Ergebnisse der Antragskonferenz legte die Bundesnetzagentur am 31.07.2023 einen Untersuchungsrahmen für die Planfeststellung fest und bestimmte hiermit den Inhalt der von der Vorhabenträgerin noch einzureichenden Unterlagen. Diese Unterlagen, die momentan von der TenneT TSO GmbH erarbeitet werden, werden im 1. Quartal 2025 erwartet. Nach der Vorlage der vollständigen Unterlagen wird die Bundesnetzagentur ein Anhörungsverfahren sowie einen Erörterungstermin durchführen und zum Abschluss des Verfahrens mit dem Planfeststellungsbeschluss den konkreten Leitungsverlauf festlegen.

Für den vorliegend relevanten Abschnitt D-West Helmstedt Ost – Salzgitter des Vorhabens Nr. 10 liegt der Bundesnetzagentur ein Antrag der TenneT TSO GmbH auf Bundesfachplanung vom 01.12.2022 vor, der einen Vorschlag für einen Verlauf eines Trassenkorridors sowie Alternativen hierzu enthält. Die Bundesnetzagentur führte am 15.02.2023 in Wolfenbüttel eine öffentliche Antragskonferenz durch. Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr wurde als Trägerin öffentlicher Belange beteiligt. Auf der Grundlage des Antrags der Vorhabenträgerin und der Ergebnisse der Antragskonferenz legte die Bundesnetzagentur am 31.05.2023 einen Untersuchungsrahmen für die Bundesfachplanung fest und bestimmte hiermit den Inhalt der von der Vorhabenträgerin noch einzureichenden Unterlagen. Diese Unterlagen, die momentan von der TenneT TSO GmbH erarbeitet werden, werden frühestens im vierten Quartal 2024 erwartet. Nach der Vorlage dieser vollständigen Unterlagen wird die Bundesnetzagentur eine Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung sowie einen Erörterungstermin durchführen und zum Abschluss des Verfahrens mit der Entscheidung über die Bundesfachplanung einen Trassenkorridor als verbindliche Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung festlegen.

Nach derzeitigem Verfahrensstand verlaufen die genehmigte Leitung für den Abschnitt B, der verbindlich festgelegte Trassenkorridor für den Abschnitt C, die beantragte Trasse für den Abschnitt D-Ost und mehrere Trassenkorridorsegmente für den Abschnitt D-West unter anderem in dem Raum, der durch das Vorhaben in Ihrer Zuständigkeit in Anspruch genommen werden soll bzw. befinden sich in dessen unmittelbarer räumlicher Nähe. Zudem umfasst der Planungsraum des hier gegenständlichen Planfeststellungsverfahrens den gesetzlich festgelegten Netzverknüpfungspunkt. Im vorliegenden Fall ist der Netzverknüpfungspunkt Helmstedt Ost betroffen, der für die nachfolgenden Planungsstufen verbindlich ist. Eine abschließende Beurteilung der zu bewältigenden Nutzungskonflikte ist seitens der Bundesnetzagentur zum derzeitigen Verfahrensstand nicht möglich, dennoch möchte ich darum bitten, das Vorhaben Nr. 10 mit seinen Abschnitten C, D-Ost und D-West in dem von Ihnen geführten Planfeststellungsverfahren zu berücksichtigen bzw. mit seinem Abschnitt B zu beachten.

sich jedoch im weiteren Verfahren noch ändern können. Ergänzend weise ich darauf hin, dass auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur die derzeit vorliegenden Planunterlagen zu den o. g. Abschnitten des Vorhabens Nr. 10 sowie auch der oben genannte Planfeststellungsbeschluss abrufbar sind ([www.netzausbau.de/vorhaben10](http://www.netzausbau.de/vorhaben10)).

Ich bitte Sie, meine Hinweise zu berücksichtigen und mich über den Fortgang des Verfahrens zu informieren bzw. mich im weiteren Verlauf des Verfahrens zu beteiligen. Für weitere Informationen stehe ich Ihnen gerne – auch unter der E-Mail-Adresse [verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de](mailto:verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de) – zur Verfügung. Bitte verwenden Sie für den Kontakt mit mir das oben angegebene Aktenzeichen

Da die Vorhabenträgerin TenneT TSO GmbH sowohl für das Vorhaben in Ihrer Zuständigkeit als auch für die Abschnitte B, D-Ost und D-West des Vorhabens Nr. 10 zuständig ist, gehe ich davon aus, dass bei der TenneT TSO GmbH entsprechende interne Abstimmungen erfolgen und keine Konflikte zu erwarten sind. Ich rege ferner an, falls nicht bereits geschehen, die für den Abschnitt C des Vorhabens Nr. 10 federführend zuständige Vorhabenträgerin 50Hertz Transmission GmbH ([leitungsauskunft@50hertz.com](mailto:leitungsauskunft@50hertz.com)) in vorliegender Angelegenheit noch zu beteiligen. Auf den Internetseiten der Vorhabenträgerinnen 50Hertz Transmission GmbH und TenneT TSO GmbH sind auch Planunterlagen zum Vorhaben Nr. 10 abrufbar, die den derzeitigen Planungsstand wiedergeben, sich jedoch im weiteren Verfahren noch ändern können. Ergänzend weise ich darauf hin, dass auf den Internetseiten der BNetzA die derzeit vorliegende Planunterlagen zu den o.g. Abschnitten des Vorhabens Nr. 10 sowie auch der oben genannte Planfeststellungsbeschluss abrufbar sind ([www.netzausbau.de/vorhaben10](http://www.netzausbau.de/vorhaben10)).

Ich bitte Sie, meine Hinweise zu berücksichtigen und mich über den Fortgang des Verfahrens zu informieren bzw. mich im weiteren Verlauf des Verfahrens zu beteiligen. Für weitere Informationen stehe ich Ihnen gerne – auch unter der E-Mail-Adresse [verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de](mailto:verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de) – zur Verfügung. Bitte verwenden Sie für den Kontakt mit mir das oben angegebene Aktenzeichen.“

Die Vorhabenträgerin hat hierzu erwidert, dass die Vorhaben miteinander abgestimmt seien, sodass keine Konflikte bestünden.

Die Planfeststellungsbehörde kann aufgrund dieser Aussage keine Konflikte mit der – ebenfalls durch die Vorhabenträgerin beantragten – Planung erkennen. Die Umverlegung der 110-kV-Leitungen dient unter anderem der kreuzungsfreien Einschleifung der benannten Bedarfsplanmaßnahme.

### **2.3.2.8 Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG)**

Das LBEG nimmt zum Vorhaben Stellung und erklärt, dass sie Hinweise zu den Themenbereichen Baugrund, Bergbau: Ost sowie Boden geben möchte.

#### Baugrund

Das LBEG führt zum Baugrund aus, dass sich der Standort im Bereich einer Salzstockhochlage mit löslichen Gesteinen im Untergrund (Salze und Sulfate) befindet und infolge flächenhafter Auslaugung der löslichen Salze weitspannige rezente Geländesenkungen möglich sind. Dies mache lokale Erdfälle möglich. Daher empfiehlt das



LBEG im Rahmen von Baumaßnahmen am Standort bezüglich der Erdfallgefährdung entsprechende konstruktive Sicherungsmaßnahmen vorzusehen.

Die Vorhabenträgerin nimmt die Hinweise zur Kenntnis und erklärt, dass im Zuge verschiedener Planungs- und Bautätigkeiten im Vorhabengebiet Baugrunduntersuchungen durchgeführt wurden und die Belastbarkeit des Baugrundes zu den beantragten Zwecken bestätigt werden könne.

#### Bergbau: Ost

Das LBEG führt aus, dass sich das Vorhaben in der Nachbarschaft zu einem Tagebau zur Gewinnung von Bodenschätzen befinde. Es können sich Einschränkungen durch erforderliche Grundwasserabsenkungen ergeben.

Die Vorhabenträgerin nimmt die Hinweise zur Kenntnis und erklärt, dass die von der Vorhabenträgerin durchgeführten Baugrunduntersuchungen eine stark wasserziehende Wirkung des tiefliegenden ehemaligen Baunkohletagebaus nahelegen. Bei den Bohrungen, sowie bei bisherigen Bautätigkeiten im beantragten Vorhabengebiet wurde kein Grundwasser angetroffen.

Da nach plausiblen Angaben der Vorhabenträgerin Grundwasserabsenkungen nicht erforderlich werden, sieht die Planfeststellungsbehörde hier keinen Regelungsbedarf. Auf die Nebenbestimmung unter 1.3.7 wird verwiesen.

#### Boden

Das LBEG weist darauf hin, dass die Grundlage zur fachlichen Beurteilung des Schutzgutes Boden in Deutschland das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) liefert und fokussiert dabei auf die Bewertung der Bodenfunktionen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen und der Archivfunktion vermieden werden (vgl. § 1 BBodSchG). Zur fachgerechten Berücksichtigung in der Planung sollte das Schutzgut Boden in zu erarbeitenden Umweltberichten ausführlich beschrieben und eine Bodenfunktionsbewertung entsprechend der im Bundes-Bodenschutzgesetz (vgl. § 2 BBodSchG) genannten Funktionen vorgenommen werden. Im Plangebiet befänden sich laut den Daten des LBEG Suchräume für schutzwürdige Böden entsprechend GeoBerichte 8 (Stand: 2019). Im Plangebiet handelt es sich um folgende Kategorien: hohe - äußerst hohe Bodenfruchtbarkeit. Die Karten könnten auf dem NIBIS® Kartenserver eingesehen werden. Gemäß dem Nds. Landesraumordnungsprogramm (LROP 3.1.1, 04) sind Böden, welche die natürlichen Bodenfunktionen und die Archivfunktion in besonderem Maße erfüllen, vor Maßnahmen der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung besonders zu schützen. Entsprechend den Daten des LBEG seien die Böden empfindlich gegenüber Bodenverdichtung (siehe Auswertungskarte „Gefährdung der Bodenfunktionen durch Bodenverdichtung“ auf dem NIBIS® Kartenserver). Verdichtungen seien durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden – zum Schutz und zur Minderung der Beeinträchtigungen des Bodens. Das LBEG unterstreicht den Bedarf nach einer frühzeitigen und aktiven Beteiligung



der Belange des vorsorgenden Bodenschutzes bei der Planung, der Durchführung auf der Baustelle und der Kontrolle der Flächenwiederherstellung. Bei der Umsetzung des Vorhabens solle folglich eine bodenkundliche Baubegleitung eingebunden werden. Sollte die Aufgabe, wie in den Maßnahmenblättern des LBP beschrieben, durch die Umweltbaubegleitung abgedeckt werden, sollte diese ausgewiesene bodenkundliche Fachkenntnisse aufweisen. Ziel der bodenkundlichen Baubegleitung müsse sein, die Belange des vorsorgenden Bodenschutzes im Rahmen von Baumaßnahmen zu erfassen, zu bewerten und negative Auswirkungen auf das Schutzgut Boden durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden.

Konkret sollten negative stoffliche und bodenphysikalische Bodenveränderungen vermieden bzw. minimiert sowie natürliche Bodenfunktionen wiederhergestellt oder erhalten werden. Im Rahmen der Bautätigkeiten sollten einige DIN-Normen aktiv Anwendung finden (v.a. DIN 19639 Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben, DIN 18915 Vegetationstechnik im Landschaftsbau -Bodenarbeiten, DIN 19731 Verwertung von Bodenmaterial). Der Geobericht 28 Bodenschutz beim Bauen des LBEG diene zudem als Leitfaden zu diesem Thema in Niedersachsen. Weitere Hinweise zur Vermeidung und Minderung von Bodenbeeinträchtigungen sowie zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen seien zudem in Geofakt 31 Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis zu finden.

Es wird durch das LBEG zudem empfohlen, ein Bodenschutzkonzept zu erstellen. Mithilfe eines Bodenschutzkonzeptes könnten frühzeitig die bodenschutzrelevanten Faktoren ermittelt sowie Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung von Bodenbeeinträchtigungen festgelegt werden. Inhalt eines solchen Konzeptes sei z.B. eine Beschreibung des Ausgangszustands der von der Planung betroffenen Böden, die Darlegung konkreter an die Bodeneigenschaften angepasster Schutzmaßnahmen oder eine Beschreibung geeigneter Rekultivierungsmaßnahmen der nur temporär genutzten Flächen. Es werde empfohlen, die bodenkundliche Baubegleitung bereits bei der Erarbeitung des Bodenschutzkonzeptes einzubeziehen. Das zu erarbeitende Bodenschutzkonzept sollte hierbei auf Grundlage der entsprechenden fachlichen Regelwerke, insbesondere der DIN 19639 und der entsprechenden Bodenuntersuchungen erstellt werden.

Das LBEG weist darauf hin, dass im Zuge der Baumaßnahmen durch in den Boden eingebrachtes Bettungsmaterial oder Fundamente überschüssiges Bodenmaterial (Unterbodenaushub) anfallen kann. Für diese Überschussmassen bedürfe es einer Verwertung nach Maßgabe der entsprechenden rechtlichen und fachlichen Vorgaben (u.a. BBodSchG, KrWG, BBodSchV §12, TR Boden). Hierfür werde eine möglichst frühzeitige Bilanzierung der voraussichtlich anfallenden Mengen und die Absprache mit den entsprechenden Behörden (hier v.a. Untere Bodenschutzbehörden) empfohlen. In diesem Zusammenhang könne zudem die Aufstellung eines Verwertungs- oder Bodenmanagementkonzeptes, in dem diese Sachverhalte transparent festgeschrieben werden und welches mit den Behörden abgestimmt wird, sinnvoll sein.

Um dauerhaft negative Auswirkungen auf die Böden zu vermeiden, solle der Boden im Bereich der Bewegungs-, Arbeits- und Lagerflächen durch geeignete Maßnahmen (z.B.

Überfahrungsverbotzonen, Baggermatten) geschützt werden. Boden sollte im Allgemeinen schichtgetreu ab- und aufgetragen werden. Die Lagerung von Boden in Bodenmieten sollte ortsnah, schichtgetreu, in möglichst kurzer Dauer und entsprechend vor Witterung geschützt vorgenommen werden (u.a. gemäß DIN 19639). Außerdem sollte das Vermischen von Böden verschiedener Herkunft oder mit unterschiedlichen Eigenschaften vermieden werden. Auf verdichtungsempfindlichen Flächen sollten Stahlplatten oder Baggermatten zum Schutz vor mechanischen Belastungen ausgelegt werden. Besonders bei diesen Böden sollte auf die Witterung und den Feuchtegehalt im Boden geachtet werden, um Strukturschäden zu vermeiden. Im Rahmen des Rückbaus von bestehenden Masten sollten ggf. vorhandene mit Schadstoffen belastete Fundamente vollständig entfernt werden. Bei Rückbaumaßnahmen von teerölhaltigen Schwellenfundamenten ist die mögliche Verunreinigung mit grundwassergefährdenden Stoffen zu beachten und belastetes Bodenmaterial entsprechend zu entsorgen. Die Veröffentlichung Geofakten 33 Teerölimprägnierte Schwellenfundamente informiert zudem zur Vorgehensweise bei Untersuchung und Einschätzung solch spezieller Fundamente und deren Einfluss auf Boden und Grundwasser.

Generell sei darauf zu achten, dass durch die Rückbaumaßnahmen (Abmeißeln der Fundamente) keine Verbreitung von Schadstoffen erfolgt. Bei der Wiederverfüllung solle standorttypisches Material verwendet werden. Die Arbeiten sind nur bei geeigneten Boden- und Bodenwasserverhältnissen durchzuführen. Beim Rückbau der Stahlmastkonstruktionen sollte ebenfalls sichergestellt werden, dass keine stofflichen Bodenbeeinträchtigungen (z.B. durch Korrosionsschutzfarbe) auftreten.

Eine eingriffs- und funktionsbezogene Kompensation verbleibender Bodenfunktionsbeeinträchtigungen sollte durch geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenfunktionen durchgeführt werden (z.B. Entsiegelung, Renaturierung, Wiedervernässung). Dementsprechend wird empfohlen, Bodenabtrag im Zuge dieser Maßnahmen zu vermeiden und Maßnahmen zu wählen, die den natürlichen Standortbedingungen entsprechen. Das LBEG weist in diesem Kontext auf die Veröffentlichung Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis hin.

Die Vorhabenträgerin nimmt die Hinweise zur Kenntnis und erklärt, dass die Anfertigung eines Bodenschutzkonzeptes vorgesehen ist. Das Bodenschutzkonzept werde einen Monat vor Baubeginn der Planfeststellungs- und der zuständigen unteren Bodenschutzbehörde vorgelegt. Die Umweltbaubegleitung umfasse explizit sowohl ökologische als auch bodenkundlichen Aspekte. Die entsprechenden fachlichen Qualifikationen würden von der TenneT vor Beauftragung überprüft. Darüber hinaus werde mit der Maßnahme „V 5 – Lastverteilungsplatten zum Schutz von hochwertigen Biotopen und Böden“ das Ziel verfolgt, irreversible Beeinträchtigungen von hochwertigen, gesetzlich geschützten Grünlandbiotopen und Verdichtungen des Unterbodens zu vermeiden.

Die Planfeststellungsbehörde stimmt mit den Forderungen des LBEG im Hinblick auf Bodenschutz überein. Die Planfeststellungsbehörde hat, um den Belangen des Bodenschutzes gerecht zu werden, die Nebenbestimmungen unter 1.3.2 und 1.3.5 festgesetzt

und sich die Anordnung weitergehender Maßnahmen vorbehalten, vgl. 1.4.3. Auf die Ausführungen zum Bodenschutz unter 2.2.3.7 wird verwiesen.

### **2.3.2.9 Landkreis Helmstedt**

Der Landkreis Helmstedt hat zu dem Vorhaben Stellung genommen:

#### Bodenschutz

Der Landkreis Helmstedt führt aus, dass bei der Ausführung der Baumaßnahmen, die sowohl die Errichtung der Anlagen als auch die Zuwegung betreffen, die Belange des Bodenschutzes gemäß § 4 Abs. 1 und 2 i. V. m. § 1 des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BodSchG) vom 17. März 1998 zu berücksichtigen sind. Demnach sind die Bestimmungen der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 9 Juli 2021, sowie die darin genannten DIN-19639, DIN-19731 und DIN-18915 zu beachten. Die Bodenarbeiten seien entsprechend § 4 Absatz 5 der BBodSchV durch eine bodenkundliche Baubegleitung nach DIN 19639 zu begleiten. Die bodenkundliche Baubegleitung habe einen entsprechenden Sach- und Fachkundenachweis vorzulegen und ist der unteren Bodenschutzbehörde vor Baubeginn zu benennen.

Die Vorhabenträgerin erklärt, dass die Anfertigung eines Bodenschutzkonzeptes vorgesehen ist. Das Bodenschutzkonzept werde einen Monat vor Baubeginn der Planfeststellungs- und der zuständigen unteren Behörde vorgelegt. Die Umweltbaubegleitung umfasse explizit sowohl ökologische als auch bodenkundlichen Aspekte. Die entsprechenden fachlichen Qualifikationen werden von der TenneT vor Beauftragung überprüft.

Die Planfeststellungsbehörde stimmt den Ausführungen des Landkreises zu und hat, um den Belangen des Bodenschutzes gerecht zu werden, die Nebenbestimmungen unter 1.3.2 und 1.3.5 festgesetzt und sich die Anordnung weitergehender Maßnahmen vorbehalten, vgl. 1.4.3. Auf die Ausführungen zum Bodenschutz unter 2.2.3.7 wird verwiesen.

#### Naturschutz

Der Landkreis gibt in seiner Stellungnahme an, Klärungs- und Ergänzungsbedarf im Hinblick auf einige Punkte zu haben. Eine abschließende Stellungnahme sei daher nicht möglich:

Er kritisiert zunächst widersprüchliche Angaben in Erläuterungsbericht und LBP. Im LBP heiße es, es würden Gehölzbiotoptypen der Wertstufen III-V beansprucht. Dies stünde im Widerspruch der Angabe im Erläuterungsbericht. Die Vorhabenträgerin hat in ihren Entgegnungen die Angaben korrigiert. Es werden durch das Vorhaben keine Gehölzbiotoptypen der Wertstufe V beansprucht. Der Landkreis kritisiert ebenfalls, dass den Biotoptypen BMH und GMS keine faunistische Bedeutung als Trittsteine zugesprochen würden. Des Weiteren merkt die UNB redaktionelle Fehler an. Die Vorhabenträgerin entgegnet, dass den genannten Biotoptypen aufgrund des verhältnismäßig geringen Natürlichkeitsgrades im Nahbereich des UW nur eine geringe Funktionalität der Biotope im

Kontext der Biodiversität als Trittsteine zukomme. Die Hinweise auf redaktionelle Fehler nimmt sie zur Kenntnis. Die Planfeststellungsbehörde ist zu der Auffassung gelangt, dass trotz der aufgezeigten Mängel eine Bewertung der naturschutzfachlichen Unterlagen unter Berücksichtigung der teilweise korrigierten Angaben der Vorhabenträgerin möglich ist und hat ihrer Prüfung die korrekten Angaben zugrunde gelegt.

In Bezug auf die Maßnahme A1 regt die UNB an, eine Regio-Saatgutmischung aus dem Ursprungsgebiet 5 zu verwenden. Die Planfeststellungsbehörde hat auf die Zusage der Vorhabenträgerin die Nebenbestimmung unter 1.3.3 festgesetzt. Zudem hält sich es für erforderlich und sinnvoll, die Maßgabe auch auf die Maßnahme A2 auszudehnen.

Der Landkreis Helmstedt führt zum Maßnahmenblatt A4 weiter aus, dass sie sich eine Klarstellung wünscht über eine mit der UNB abgestimmte Kompensationsmaßnahme/-fläche am Rieseberg/Königslutter. Der LK bitte um Mitteilung, um welche Fläche es sich handelt, da es in der Vergangenheit zu einem Missverständnis mit dem Flächeneigentümer und der UNB kam, was die Anerkennung als Kompensationsflächenpool anbelangt. Die Vorhabenträgerin erklärt, dass es sich bei der Maßnahmenfläche um eine Teilfläche des Flurstücks 10/32 der Flur 2 in der Gemarkung Rieseberg (Stadt Königslutter am Elm) handelt. Die konkrete Fläche sei zudem dem LBP entnehmbar und räumlich verortet dargestellt.

Im Hinblick auf die übrigen Anmerkungen und Kritikpunkte der UNB des Landkreises wird auf den allgemeinen Teil, insbesondere die Prüfung der Verbotstatbestände unter 2.2.3.6.4 und die Prüfung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung unter 2.2.3.6.1 verwiesen.

## **2.4 Begründung sofortige Vollziehbarkeit**

Die sofortige Vollziehbarkeit beruht auf § 43e Abs. 1 Satz 1 EnWG.

## **2.5 Begründung Kostenentscheidung**

Die Kostenentscheidung folgt aus §§ 1, 3, 4, 5 und 13 NVwKostG, § 1 Abs. 1 AllGO sowie Ziff. 27.1.14 der Anlage zu § 1 Abs. 1 AllGO. Die Höhe der Kosten (Gebühren und Auslagen) wird in einem gesonderten Bescheid festgesetzt.

## **3 Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Niedersächsischem Oberverwaltungsgericht, Uelzener Straße 40, 21335 Lüneburg gemäß § 43e EnWG i.V.m. § 48 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 VwGO erhoben werden. Die Klage wäre gegen die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Göttinger Chaussee 76A, 30453 Hannover zu richten.

Gemäß § 43e Abs. 1 Satz 1 EnWG hat die Anfechtungsklage gegen diesen Planfeststellungsbeschluss keine aufschiebende Wirkung. Ein Antrag nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Anfechtungsklage kann nur innerhalb eines Monats nach der Zustellung des Planfeststellungsbeschlusses an das oben genannte Gericht gestellt und begründet werden. Treten später Tatsachen ein, die die

Anordnung der aufschiebenden Wirkung rechtfertigen, so kann der durch diesen Planfeststellungsbeschluss Beschwerte einen hierauf gestützten Antrag nach § 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO innerhalb einer Frist von einem Monat stellen. Die Frist beginnt in dem Zeitpunkt, in dem der Beschwerte von den Tatsachen Kenntnis erlangt.

## **4 Hinweise zum Planfeststellungsbeschluss**

### **4.1 Entschädigungsverfahren**

Der Planfeststellungsbeschluss regelt gem. § 75 Abs. 1 S. 2 VwVfG alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Träger des Vorhabens und den durch den Plan Betroffenen. Kreuzungsverträge, Gestattungsverträge, Kostenregelungen, Entschädigungen, Schadenersatzleistungen und Anpassungsverpflichtungen sind – soweit nicht bereits dem Grunde nach über die Voraussetzungen dieser Ansprüche im Rahmen der Planfeststellung entschieden wird – nicht Gegenstand der Planfeststellung und zwischen den Beteiligten ggf. in gesonderten Verfahren außerhalb der Planfeststellung zu regeln. Im Planfeststellungsbeschluss werden nur die öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen der Vorhabenträgerin und den vom Plan Betroffenen rechtsgestaltend geregelt. Die sich aus der Enteignung bzw. Eingriffen in das Eigentum ergebenden Ansprüche sind im Entschädigungsverfahren zu regeln.

Ein Anspruch der Betroffenen auf Entschädigung ergibt sich aus § 74 Abs. 2 S. 3 VwVfG. Im Planfeststellungsbeschluss werden die den Betroffenen zustehenden Entschädigungsansprüche in Geld nur dem Grunde nach geregelt, eine Festsetzung der Höhe der Entschädigung findet nicht statt.

Die durch die Baumaßnahme und den Betrieb der Leitung betroffenen Grundstücke sind im Grunderwerbsverzeichnis mit Verweis auf die Eigentümerschlüsselliste und den Lage- / Grunderwerbsplänen aufgeführt. Die jeweiligen Eigentümer haben gegen die Vorhabenträgerin dem Grunde nach einen Anspruch auf Entschädigung für eingetretenen Rechtsverlust und unter bestimmten Voraussetzungen auch für andere Vermögensnachteile.

### **4.2 Bodenfunde**

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (z. B. Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen und Steinkonzentrationen sowie auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese nach § 14 Abs. 1 NDSchG anzeigepflichtig und müssen unverzüglich der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde gemeldet werden.

Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter und Unternehmer der Arbeiten. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 NDSchG bis zum Ablauf von vier Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen und für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.





### 4.3 Hinweise zur Zugänglichmachung

Dieser Planfeststellungsbeschluss sowie die unter 1.2 dieses Beschlusses genannten Planunterlagen werden für die Dauer von zwei Wochen auf der Internetseite der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr zugänglich gemacht.

Einem Betroffenen oder demjenigen, der Einwendungen erhoben hat, wird eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt, wenn er oder sie während der Dauer der Veröffentlichung ein entsprechendes Verlangen an die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gerichtet hat.

### 4.4 Bekanntgabefiktion

Gegenüber den Betroffenen und demjenigen, der Einwendungen erhoben hat, gilt der Planfeststellungsbeschluss gem. § 43b Abs. 1 Nr. 3 Satz 3 EnWG nach Ablauf von zwei Wochen seit der Zugänglichmachung auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde als bekanntgegeben.

### 4.5 Außerkrafttreten

Dieser Planfeststellungsbeschluss tritt gem. § 75 VwVfG i.V.m. § 43c Nr. 1 EnWG außer Kraft, wenn mit der Durchführung des Planes nicht innerhalb von zehn Jahren nach Eintritt der Unanfechtbarkeit begonnen wird, es sei denn, er wird vorher auf Antrag der Vorhabenträgerin oder ihrer Rechtsnachfolgerin von der Planfeststellungsbehörde um höchstens fünf Jahre verlängert.

### 4.6 Berichtigungen

Offensichtliche Unrichtigkeiten dieses Beschlusses (z. B. Schreibfehler) können durch die Planfeststellungsbehörde jederzeit berichtigt werden; bei berechtigtem Interesse eines an dem vorliegenden Planfeststellungsverfahren Beteiligten hat die genannte Behörde zu berichtigen, ohne dass es hierzu jeweils der Erhebung einer Klage bedarf (vgl. § 42 VwVfG).

Im Auftrage



Bruchmann



## Anlage Fundstellennachweis und Abkürzungsverzeichnis

Die Bedeutungen und die Fundstellen der im Planfeststellungsbeschluss verwendeten Abkürzungen ergeben sich aus dem anliegenden Abkürzungsverzeichnis. Die nachfolgend genannten Vorschriften sind in ihrer zum Zeitpunkt der Verwaltungsentscheidung gültigen Fassung Grundlage dieses Planfeststellungsbeschlusses:

Abkürzung	Bedeutung
µT	Mikrotesla
26. BImSchV	26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über elektromagnetische Felder)
26. BImSchVVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder – 26. BImSchV
32. BImSchV	32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung)
A	Ampere
A 1, A 2, ...	Ausgleichsmaßnahmen
Abs.	Absatz
AllGO	Allgemeine Gebührenverordnung
Art.	Artikel
AVV-Baulärm	Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm
Az.	Aktenzeichen
BauGB	Baugesetzbuch
BBodSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten
BBodSchV	Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung
Beschl. v.	Beschluss vom
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil I
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge - Bundes-Immissionsschutzgesetz
Bl.	Bauleitnummer
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht



Abkürzung	Bedeutung
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CEF-Maßnahme	Continuous Ecological Functionality-Maßnahmen, d.h. vorgezogene Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme
dB (A)	Dezibel (A), Einheit für den Schallpegel der Verkehrsgeräusche
d.h.	Das heißt
DIN	Deutsches Institut für Normung e.V.
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EMVG	Gesetz über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln
EN	Europäische Norm
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz)
EOK	Erdoberkante
et.al.	und andere
etc.	et cetera
evtl.	eventuell
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FFH-RL	Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie
FStrG	Fernstraßengesetz
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.; ggfs.; ggfls.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ha	Hektar
Hz	Hertz
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
kHz	Kilohertz
km	Kilometer
KSG	Bundes-Klimaschutzgesetz
kV	Kilovolt
kV/m	Kilovolt pro Meter
LROP	Verordnung über das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen



Abkürzung	Bedeutung
LSG	Landschaftsschutzgebiet
LSG-VO	Landschaftsschutzgebietsverordnung
m	Meter
m <sup>2</sup>	Quadratmeter
m <sup>3</sup>	Kubikmeter
mg/l	Milligramm pro Liter
mm <sup>2</sup>	Quadratmillimeter
mbH	mit beschränkter Haftung
m.V.a.	mit Verweis auf
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
(n-1)-Sicherheit	Der Grundsatz der (n-1)-Sicherheit besagt, dass in einem Netz bei prognostizierten maximalen Übertragungs- und Versorgungsaufgaben die <i>Netzsicherheit</i> auch dann gewährleistet bleibt, wenn eine Komponente, etwa ein Transformator oder ein Stromkreis, ausfällt oder abgeschaltet wird. In diesem Fall darf es nicht zu unzulässigen Versorgungsunterbrechungen oder einer Ausweitung der Störung kommen.
NDSchG	Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz
Nds. GVBl.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
NdsOVG	Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht
NEG	Niedersächsisches Enteignungsgesetz
NLT	Niedersächsischer Landkreistag
Nr.	Nummer
NSG	Naturschutzgebiet
NStrG	Niedersächsisches Straßengesetz
NVwKostG	Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz
NWaldLG	Niedersächsisches Waldgesetz
NWG	Niedersächsisches Wassergesetz
o.ä.	oder ähnliche
o.g.	oben genannten
OVG	Oberverwaltungsgericht
R.L. Nds	Rote Liste Niedersachsen
Rn.; Rdnr.	Randnummer
ROV	Raumordnungsverfahren
S.	Seite bzw. Satz
S 1, S 2, ...	Schutzmaßnahmen
sog.	so genannte
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm



Abkürzung	Bedeutung
u.a.	unter anderem
UBB	Umweltbaubegleitung
Urt. v.	Urteil vom
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
UW	Umspannwerk
v.a.	Vor allem
VDE	Verband der Elektrotechnik
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie
z. B.	zum Beispiel
z.T.	Zum Teil
ZustVO	Verordnung über Zuständigkeiten